

Deutschland könnte
men, in Nord-
erhalten, den
Sozialdemokraten
Landarbeiter auf.

n, heißen nicht.
die Sachkenntnis
Wena ich Geld
il seine landwirt-
eben? (Tosender

er, wenn er Geld
ne Person würde
nn ich lauter so
er. (Schallende,

wort erhält:
mit Subst. emp-
affischen Thema.
wir verständen
verstehen etwas,
th.) Herr Kreis
Über wenig Sie
für Deutschland
können, mit der
Sie diese Tat-
sante Art, vor
bei den Soz.)
zumuten wollte,
Reim Arbeiter
geht ihm vor-
e, warum Herr
ehr gut! bei den
andere, als daß
nt, wie die an-
e des Deutschen
ern rechtlos sein
Bereits 1898 hat
s Koalitions-
chauptung, daß
ist eine schwere
ch bei den Soz.)
s Gemeinwesen,
das Koalitions-
e kein einziger
Rechten unter-
traße des Kon-
einde. Was
ärte, die Groß-
wenn sie ihre
Beirerregungen
ge Rißprossie
cht, daraus zu
nge brechen und
gen Soz.) Daß
dehren Sie den
tögeleitet herab.

regentretet, ist
Boden für alle
anprüchen und
wahr! bei den
quenz unseres
prophet, er-
für die länd-
er selbst nicht
lämpfen würde,
bei den Soz.)
die damit, daß
existieren soll-
n einer gleich-
enn Sie das
Wir verlangen
s. Aber wenn
der Stillschleß
Sich richtig!
ndarbeiter ein

erungen gegen-
mal um die
it, hätten die
s. Zustimmung
Antrag einer
vir nicht. Die
ch weiter ihre
ndarbeiter zu-
och weiterhin
ner ländlichen
Sie unseren

nttrag, die ge-
nition von 21
106 Stimmen
n, freifinnige,
len, darunter
Es folgte die
tollen (Vollen)
es alle lan-
rmerbes, aber
auf Konfession,
ben werden.
s fordert nur
en, Soz. und
es zeigt die
eine Selbst-
schändend für
len und Soz.)
cht wunden,
lodangebörige

ie, die sich kein
olle erwerben
nen dort das
Schlimmer
me des An-
um.)
ur bedauern,
hine des An-
des Kultur-
Soz., Artil.,

egen welches
schlecht. Es
rangen hat,
Soz.) Eine
cht, daß den
en Anführer
er schließlich
t in der Tat
l auf Grund
chts als ein
anwenden
n dieser Ge-
bitte, dem
und Wollen.)
ber p wird
ortgesetzt zu
ubventions-

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Bfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich exklusive
Befehlgeb.
Einzelnnummer 10 Bfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonnt. und
Feiertage täglich nachmittags.

Vertriebspreis: Anschlag Nr. 353.

Volksmacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 44.

Bielefeld, Montag, 22. Februar 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Skandalöse Behandlung

unserer Frauen und Mädchen durch die Handlanger
der Textilfabrikanten.

Es wird allmählich zu einem öffentlichen Skandal, wie die
Textilarbeiterinnen von gar vielen Trabanten des Unternehm-
tums behandelt und an ihrer Ehre geschändet werden. Erst kürz-
lich berichteten wir über einen Prozeß, in dessen Beweiszu-
nahme festgestellt worden war, daß der Obermeister einer
Spinnerei unsittliche Handlungen an den ihm unterstellten Ar-
beiterinnen beging, die darauf schließen lassen, daß er der An-
sicht war, die ihm unterstellten Arbeiterinnen bildeten seinen
Harem, über den er nach Belieben verfügen könne und in dem
er durch Beaufsichtigung und Benützung des Widerstand be-
seitigen könne, der sich der Befriedigung seiner weiblichen Ge-
lüste entgegensetze. Weiter wurde uns aus einer Weberin in
Niederhollstein berichtet, daß dort eine Arbeiterin entlassen
worden war, weil sie den ihr vorgelegten Weibmeister als Vater
ihres Kindes bezeichnet und zur Zahlung von Alimenter für
das Kind verurteilt habe, und schon wieder liegen eine Reihe Fälle
skandalöser Behandlung von Arbeiterinnen vor.

Eine Privatklage, die vor dem Schöffengericht Bittau zur
Verhandlung stand, gibt jedenfalls auch jetzt zu denken. Die
Fabrikarbeiterin Frau Wagner klagte gegen den Weibmeister
Goldberg. Frau Wagner war bis gegen Ende vorigen Jahres
in der Weberin von Höcher in Herwigsdorf beschäftigt, in der
Goldberg als Weibmeister angestellt ist. In den Vergleichsver-
handlungen, die vor der Weisaufnahme gepflogen wurden,
erklärte Goldberg, daß er mit der Klägerin nicht verfeindet sei,
er nichts Böses nachgelegt und deshalb auch nicht zurücknehmen
habe. Demgegenüber warf die Frau Wagner die Frage auf,
warum er sie denn außer Arbeit gebracht habe. Auf ihr Zutun
seien die Zustände in dem Betriebe durch die Fabrikinspektion
untersucht worden. Eine Weberin jagte in der Verhandlung aus,
daß der Weibmeister Goldberg an einem fraglichen Vormittag
während der Frühstückspause sich zu den Weberinnen habe ge-
hen wollen, aber dann fortgegangen sei und gesagt habe, er wolle
nicht so nahe an sie heran, sonst mache sie es am Ende wie die
Wagner und gingen auch zum Fabrikinspektor. Nicht allein den
Arbeitsgeber, sondern die ganze Fabrik hat sie damit blamiert,
so ein raffiniertes Luder, so eine Dure. Sie hat eine Wette wie ein
paar Tabakbeutel, meine Frau hat sie schon. Goldberg stellte
das in Abrede. Er nennt die Frau eine infame Vagabunde.
Die nächste Zeugin, eine Frau Ostermann, die als Entlassungs-
zeugin gelten soll, will sich auf nichts berufen können. Selbst das
eindringlichste Reden des Vorsitzenden, die Wahrheit zu sagen,
kann ihr nicht mehr abtropfen, als daß sie sagt: Ich habe keinen
Namen gehört, ich habe nicht darauf geachtet, ich habe etwas
abgeleitet. Eine andere Zeugin schildert die Vorgänge
genau so wie die erste Zeugin. Sie erweitert ihre Aussage
noch dahin, daß Goldberg mit Bezug auf die Frau Wagner ge-
sagt habe: Die könnte nach vor mir liegen, ich würde sie nicht
mit den Worten fortstoßen. Die Weberin Jurig bringt auch
nichts weiter über die Weibin, als die stupide Weibensart: Ich
weiß es nicht mehr, ich kann mich nicht befinden. Die Antwort
gibt sie auf Fragen, auf die sie gar nicht angebracht war. Der
Vorsitzende bemerkt ihr gegenüber eindringlich, sie solle die
Wahrheit sagen; als sie immer noch bei dieser Antwort bleibt,
bemerkt er: Man sieht es Ihnen auf vier Schritte
an, daß Sie nicht die Wahrheit sagen. Rechtsanwalt
Dr. Menzel plaidierte für eine empfindliche Strafe. Den
Zeugenaussagen der beiden Belastungszeugen sei vollinhaltlich
Glauben zu schenken. Die Weisaufnahme habe nur noch mehr
ergeben, als der Anklage zugrunde gelegt sei. Die drei Ent-
lassungszeugen hätten sich geradezu flagrant benommen, sie hätten
sich bloß gemacht, wie es noch in keiner Hauptverhandlung zuge-
treten sei. Nach kurzer Beratung wird Goldberg durch das
Gericht zu 50 Mk. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten ver-
urteilt.

Man weiß wirklich nicht, über was man mehr empört sein
soll, ob über den Fabrikpacha oder über die Entlassungszeu-
ginen, denen gegenüber der Vorsitzende des Gerichts selbst her-
vorhob, daß man es ihnen auf Schritt und Tritt ansehe, daß sie
nicht die Wahrheit sagen. Das ist ja eben gerade das Betrüben-
de, daß es immer wieder Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die wenn
auch vielleicht nur grob fahrlässig, so doch in wahrheitswüthiger
Weise diese Auswüchse der Wollust zu denken suchen. Wir wissen
allerdings, daß solche Deduktionen durch welche sich die Zeugen
sehr leicht die Woxen des Justizhauses öffnen, weil sie sehr leicht
einen Meineid schwören können — denn auch wenn sie etwas, was
sie gehört haben, verschweigen, begehen sie einen Meineid —,
nur aus Sorge um die Existenz des Mannes wird er.
So ein Weibmeister kann vieles Gute und Schlechte bewert-
stellen, je nachdem, wie Arbeiter, die in solchen Fällen als
Zeugen auftreten, belastende oder entlastende Aussagen machen.
Es braucht da der betreffende Weibmeister vorher nicht das
geringste zur Beeinflussung der Zeugen unternommen zu haben;
die tägliche Drangsalierung der Arbeiter wegen Kleinigkeiten,
ihre spöttische Drohlosmachung, wenn sie sich gegen die Willkür-
herrschaft der Fabrikpacha auslehnen, läßt die Arbeiter, die
gegen einen solchen Pacha als Zeugen auftreten sollen, inständig
die Gefahr ihrer zukünftigen Existenzlosigkeit aufsteigen sehen,
wenn sie die reine Wahrheit sagen sollen. Und so begibt sich
ein solcher Zeuge leider manchmal in die Gefahr, wegen Meide-
eids jahrelang seine Existenz und seine Freiheit zu verlieren.
Überhaupt, und namentlich, wenn Arbeiterinnen in Frage kommen,
hängen sich diese gar nicht, welche furchtbaren Folgen es für sie
und ihre Familie haben kann, wenn sie sich in solchen Fällen als
Zeugen um die Aussage der Wahrheit herumdrücken und so
schließlich in die Schlinge des Meineidsparagrafen geraten.
Ist es denn aber notwendig, daß sich die Arbeiterinnen in eine
solche Gefahr begeben? Warum besteht denn in den Fabriken
noch die Gefährdung der weiblichen Ehre und die Gefährdung der
Existenz der Arbeiter? Nun, weil die Arbeiterinnen und ihre
männlichen Kollegen noch größtenteils unorganisiert sind und
demaufolge ohne jede Rückendeckung ihre Existenz der Wollust und
Willkür der Fabrikpacha ausgeliefert sind. In Mühlhausen
im Elsaß sind ja solche Attenden verschiedener Weibmeister auf
die weibliche Ehre etwas Alltägliche. Schon junge Schreib-
kiste, die selbst kaum trocken hinter den Ohren sind, unternehmen
solche Attenden, wie erst kürzlich berichtet wurde. Und auch jetzt

wieder wurde berichtet, daß ein Meister den Arbeiterinnen
nachstellt und diejenigen, die ihn abweisen, mit Ausdrücken, wie
„Gottverd.“ „Sau“ oder „ich hau dir Gottverd.“ eine uf
b. „Schmurre“ belegt. Solchen Grobheiten und Verfolgungen
durch gewisse Wüßlinge sind die Textilarbeiterinnen, Mädchen
wie Frauen, täglich ausgesetzt. Aber das braucht nicht zu sein!
Jede Belegschaft von Arbeitern hat die Fabrikbeamten und die
Behandlung, die sie verdient. Eine Belegschaft, die gut organi-
siert ist, würde den Wüßlingen in der Fabrik das Handwerk
gar bald gelegt haben und sie würde auch die Existenz jener Ar-
beiter und Arbeiterinnen zu schützen wissen, die gezwungen
wären, vor Gericht mitzuwirken, daß den Schändern der Frauen-
ehre das Handwerk gelegt wird.

Es dürfte angebracht der Ueberhandnahme solcher unsittlicher
Attenden auf die Kolleginnen dringend an der Zeit sein. Vor-
sehrungen zu treffen, die es den Arbeiterinnen ermöglichen, sich
dieser Fabrikwüßlinge zu erwehren. Viele Frauen und Mädchen
schämen sich, solche Zustände zur Sprache zu bringen. In den
Versammlungen geschieht das höchst selten. Es muß daher in
den einzelnen Orten eine Kollegin bestimmt werden, die derartige
Klagen entgegennimmt und sie dann dem Vorstand der Organi-
sation weitergibt. Wir sind sicher, daß, wenn überall eine tuzi-
gierte Kollegin zur Entgegennahme dieser Klagen bestellt wird,
gar bald die wahren Zustände an den Tag kommen werden.
In manchen Fabriken treiben die Wüßlinge
ihre Schweißkette seit Jahren, ohne daß
etwas davon ans Tageslicht kommt.

So erhielt Schreiber dieses vor einiger Zeit einen Brief
aus einer Fabrik in Schlesien, der u. a. folgendes enthielt:

„Eine Arbeiterin, die war etwas schwachsinzig, hatte der
Meister schon ein halbes Jahr gebraucht und ihr einen ge-
wissen Körperteil in den Mund gesteckt. Sie jagte
zu uns, wenn sie nicht gewollt hat, dann hat er sie auf
die Erde gedrückt, bis sie keinen Atem bekam, und
dann hat er es ausgeführt. Am anderen Morgen wur-
den wir bei der Firma vorbestellt und da wurde er sofort ent-
lassen.“

Weiter wurde in dem Briefe gesagt, daß dieser Meister und
sein Sohn, der Untermeister war, die meisten Arbeiter-
innen unsittlich belästigt hätten; und diejenigen,
die sich nicht mit ihnen einließen, bekamen schlechte Ar-
beit und wurden so gequält, daß sie Feierabend
machen, das heißt, ihre Entlassung nehmen mußten. Und
nichts war über die Schweißkette an den Tag gekommen, weil
alle ihre Entlassung gefürchtet hatten, wenn sie etwas sagen
würden. Als sich die Wüßlinge dann an die Frau eines Kollegen
wagten, erregte sie ihr längst verdientes Schicksal. Die attestierte
Arbeiterin ergabte das Vorgefallene ihrem Vorgesetzten, und der
brachte es in der Mittelschlichtung zur Sprache. Und
siehe da, als er einmal der Frau gebrochen war, dann meldesten
sich alle die Arbeiterinnen, die unter den unsittlichen Ver-
folgungen gelitten hatten.

Und wie in diesem Falle, so liegen die Verhältnisse zweifellos
in fast allen Fabriken, wo es Meister oder sonstige Fabrik-
beamte gibt, die sich mehr als Durenbock denn als Beamter
fühlen. Gegen diese Reizpflanzen muß nun mit eiserner Ener-
gie eingeschritten werden. Deshalb fordern wir die
Ortsvereinigungen auf, dem Schutze der Ar-
beiterinnen vor solchen Fabrikwüßlingen von
nun an die größte Beachtung zu schenken und solche
Einrichtungen zur Anbringung der Klagen zu treffen, wie wir
sie hier beschreiben haben. Wenn der Staat es seinerzeit ab-
seht, die Arbeiterinnen vor den Wüßlingen unter den Fabrik-
beamten zu schützen, so muß eine auf breiterer Grundlage organi-
sierte Selbsthilfe die Schwächlinge an den Tag bringen, die
unter den Wüßlingen der Hungerpeinliche an den Textilarbei-
terinnen verübt werden. Vielleicht werden dann die Parlamen-
tarier, die seinerzeit den Schutz der Arbeiterinnen vor den
unsittlichen Verfolgungen durch die Arbeitgeber und ihre Hand-
langer ablehnten, die aber die Sittlichkeit des ganzen Volkes
untergehen ließen, wenn eine junge Tankmilitärin ihren Körper
nicht in Gase füllt, finden, daß sie wieder einmal den Splitter
im Auge des anderen, aber den Balken in ihrem Auge nicht ge-
sehen haben.

Den Textilarbeiterinnen aber rufen wir zu:

Nacht auf, ihr Mädchen und ihr Frauen,
Ihr das Joch der Arbeit tragt!
Den Feind erkauf schon Schreck und Grauen
Wenn ihr euch nur zu rühren wagt.
Man frisst in Vetter, Schmach und Sünde
Die Mädchen oft mit bittrem Hohn.
Man reißt die Mutter von dem Kinde
Und gibt ihr einen Hungerlohn.
Man spricht mit frommer Heuchelmene
Von Häuslichkeit und Ehelust
Und treibt die Frauen zur Fabrik,
Dah sie ihr Brot sich dort verdienen.
Nacht auf, bedrängtes Weib
Und schäme Ehr und Leib!
S'ist Zeit, s'ist Zeit, s'ist höchste Zeit,
Ihr Frauen, auf zum Streik!

(Aus „Der Textilarbeiter“.)

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die agrarische Woche der Landwirtschaftsbündler nimmt
heute ihren Anfang, nachdem die Verhandlungen des Landwirt-
schaftsrates die vorige Woche in Anspruch genommen haben.
Neben einer Menge Festlichkeiten sind 42 öffentliche und 63 nicht-
öffentliche Versammlungen vorgesehen. Den „Glanzpunkt“ wird
die übliche Madonnenkommunion im Ritus Laich bilden. Hier
wiederum ist es die Reichsfinanzreform, deren Behandlung all-
gemeines Interesse hervorgerufen wird. Das Referat hält nicht
einer der parlamentarischen Führer der Agrarier, sondern der
Mittepunktbesitzer aus dem Windel. Nebenher finden noch
eine Reihe Interessentenversammlungen statt; solche sind vor-
gesehen vom Klub Deutscher Geflügelzüchter, der Vereinigung
der Stärkeinteressenten, des Vereins der Spiritusfabrikanten,
der Vereinigung Deutscher Schweinezüchter u. a. m. In der
Verhandlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer wird Graf
Mitsch über die Erhöhung der direkten Steuern in Preußen
sprechen. Im Anschluß an die Tagungen der Agrarier finden

Insertionspreis
für die einseitige Zeile oder
deren Raum 15 Bfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertions-Annahme
bis 1/20 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volksmacht“
A. Gerlich & Co., Bielefeld.

dann noch Versammlungen der Biegeleibhaber, der Zementfabri-
kanten usw. statt. Die massigen Gestalten der „notleidenden
Agrarier“ werden in diesen Tagen dem Straßenbild in der
inneren Stadt ein typisches Gepräge geben.

Zur Auslegung des Vereinsgesetzes. Der Sozialdemokratische
Verein des Wahlkreises Calbe-Merseleben hielt am 23. August
1908 in Barby seine Kreisgeneralversammlung ab, die sich aus
Delegierten zusammensetzte. Die Polizei sah desungeachtet die Ver-
sammlung als eine öffentliche und ordnete polizeiliche
Ueberwachung an. Eine Beschwärde über das Vorgehen der
Polizei wies der Landrat in Calbe a. S. ab. Jetzt hat der
Regierungspräsident in Magdeburg auf weitere Beschwärde hin den
Bescheid des Landrates und die Verfügung der Polizei aufgehoben,
da die Angabe, zu der Generalversammlung seien nur Delegierte
zugelassen worden, nicht zu widerlegen sei. — Was lange währt,
wird endlich gut!

Der Neuntundentag in den Staatsbetrieben. Auf unab-
lässiges Petreiben der sozialdemokratischen Fraktion des wirt-
schaftsbürglichen Landtags ist vor einigen Jahren in den Staats-
werkstätten der Neuntundentag eingeführt worden. Als der
Antrag gestellt wurde, erhob die Regierung ein großes Weh-
klagen über die Mehrbelastung des Staats, die hierdurch eintreten
würde. Der damalige Regierungsvorsteher sprach von 225 000
Mark einmaligen Ausgaben für Neubauten und Anschaffungen
und einem jährlichen Mehraufwand von 675 000 Mark. Trotz
dieses Klagebundes wurde der sozialdemokratische Antrag er-
freudlicherweise angenommen und der Neuntundentag eingeführt.
Jetzt hat nun die Regierung der Finanzkommission des Land-
tags Bericht über die Durchführung des Beschlusses erstattet, und
wir entnehmen dem Bericht das folgende:

Bei der Stundlohnarbeit habe sich die Befürchtung, daß ein
Mehraufwand nötig sei, nicht erfüllt. Die Leistung der Arbeiter
sei gestiegen. Bei den Stundlohnarbeitern sei weder eine Ver-
mehrung der Arbeiter noch ein Mehraufwand an Löhnen ein-
getreten. Bei den Zeitlohnarbeitern sei dies der Fall, doch könne
die Wirkung der Arbeitszeitverlängerung hierauf nicht genau fest-
gestellt werden, da gleichzeitig Verkehrssteigerungen und Ver-
triebsausdehnungen stattgefunden hätten. Der gesamte Mehrauf-
wand durch den Neuntundentag sei auf jährlich etwa 70 000
Mark anzunehmen.

Mit diesem Berichte vergleiche man nun die Schredgespenste,
welche die Regierung erst an die Wand gemalt hatte! Die Neu-
bauten, welche fast 2 1/2 Millionen Mark kosten sollten, sind über-
haupt nicht erfolgt, und der jährliche Mehraufwand beträgt ge-
rade den zehnten Teil dessen, was die Regierung kalkuliert hatte.
Daneben kann man den Wert solcher Regierungsschätzungen im
allgemeinen bemessen.

Der Protest der Farmer. Zu dem Protest der südwest-
afrikanischen Farmer in der Diamantenangelegenheit erklärt die
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Sperre territorial
begrenzt ist und unumgänglich notwendig erscheint. Eine Ab-
änderung kann unter keinen Umständen erfolgen. Die Ge-
währung der Schürfreiheit würde nicht eine bessere Ausbeutung
schaffen, sondern nur zur Ausbreitung des Grubensiebers
führen. Gleichzeitig wurde dadurch die Gefahr entstehen, daß
die Felder nicht in deutschem Besitze bleiben.

Aus dem Reichstag.

Die Budgetkommission des Reichstags lehnte am
Freitag vormittag die Beratung des Etats für Südwesafrika
ab. Staatssekretär Dernburg kommt auf den Fall Viehsteu-
er zurück und erklärt, daß ein ehrengerichtliches Verfahren gegen
diesen Referat-Offizier bisher deshalb nicht habe eingeleitet wer-
den können, weil das ordentliche Gericht in der Verurlungsinstanz
noch nicht endgültig habe entscheiden können.

Es werden 200 000 Mk. mehr verlangt für die Polizei in den
Diamantfeldern und auch bewilligt, nachdem verschiedene Wünsche
geäußert worden sind, die auf eine bessere Polizei abzielen.

Von 220 000 Mk., die für Lazarettbetriebe verlangt werden,
werden nach längerer Debatte 32 000 Mk. gestrichen. Die für
Umzugskosten, Dienstfreien usw. geforderten 480 000 Mk. wer-
den mehrfach kritisiert, schließlich aber doch bewilligt.

Von 115 000 Mk., die für Ausrüstung der Polizei gefordert
werden, streicht die Kommission 8000 Mk.

Einen großen Zeitaufwand erforderten bei dem Kapitel:
Militärverwaltung, die Verhandlungen über „Eisenbahnbau-
vorläge“. Abg. Semler will eine Verbindung zwischen
Reetmanshoop und Windhof. Es ist das eine Strecke von an-
nähernd 600 Kilometern, die einen Kostenaufwand von rund
40 Millionen Mark notwendig machen würde.

Staatssekretär Dernburg ist Gegner dieser Bahn; die-
selbe könne sich nicht rentieren. Die wirtschaftlichen Interessen
müßten aber bei derartigen Projekten in den Vordergrund ge-
stellt werden.

Oberstleutnant v. Gtörp, der Kommandeur der Schutz-
truppe, macht eingehende Mitteilungen über die Truppenbewe-
gungen in Südwesafrika und hält den vom Abg. Semler befür-
worteten Bahnbau in absehbarer Zeit für notwendig.

Um die Verhandlungen zu fördern beauftragt die Budget-
kommission die Abg. Semler und Erbsberger damit, die
einschlägigen Fragen heute nachmittag vorzubereiten, damit die
Kommission morgen früh darüber abschließend verhandeln kann.

Die Kommission geht deshalb zunächst über zur Beratung des
Kapitels: Eisenbahnen. Der für die Linie Lüderichs-
Reetmanshoop geforderte Zuschuß von 250 000 Mk. wird auf An-
regung des Staatssekretärs Dernburg auf 100 000 Mk. herab-
gesetzt.

Rechnungskommission. Bei der Prüfung der Rech-
nungen für Kamerun pro Jahr 1903 wurde festgestellt, daß der
frühere Gouverneur v. Puttkamer für den Bau des Bezirksamt-
gebäudes in Duala statt der bewilligten 52 000 Mk. nicht
weniger als 103 000 Mk. ausgegeben hat. Der Referat-
rent, Abg. Schwarze-Sippstadt, Abg. Hug (Ftr.) und ganz be-
sonders Abg. Hengsbach (Soz.) wandten sich gegen diese eigen-
mächtige Wirtschaft. Hengsbach bedauert lebhaft, daß bereits
für die Jahre 1901 und 1902 die Summe von 88 000 Mk. von
der früheren Rechnungskommission unbeantwortet durchgegangen
sei; diese Zustände müßten entschieden mißbilligt werden. —
Ministerialdirektor Conze konnte nicht viel zur Entschuldigun-
g vorbringen. — Beim Etat für Samoa wurde moniert, daß von
den bewilligten 2500 Mk. für Verbreitung der deutschen Sprache
nur 200 Mk. ausgegeben wurden. Der Rest floß in den Re-
feratsfonds, aus dem dann alle möglichen, nicht bewilligten Aus-

haben bestritten werden. — Von unserer Seite unterzog Genosse Ulrich dieses Treiben einer scharfen Kritik. — Ein Beschluß in dieser Sache soll erst in nächster Sitzung gefaßt werden.

In der Viehschadenkommission gab am Freitag der Ministerialdirektor von Zouvières für die verbündeten Regierungen diese Erklärung ab: 1. Unannehmbar sind der Schlupf aus § 2: Die durch das Verbot entstehenden Kosten sind aus der Staatskasse zu entrichten. 2. Unannehmbar sei die Bestimmung im § 58, bezugsweise 50 Prozent für Viehschaden zu zahlen. — In den beiden ersten Punkten gab die Kommission der Regierung nach; im dritten Punkte blieb sie einstimmig fest. Nach stundenlangem Geschäftsordnungsdebatte, die von Herrn von Zouvières heraufbeschworen wurde, und an der die sozialdemokratischen Mitglieder sich wiederholt beteiligten, wurde die Abstimmung wiederholt. Nunmehr fielen 9 Mitglieder um; für die Sozialkommission stimmten 18 Abgeordnete, Ministerialdirektor Zouvières blieb bei seiner Erklärung namens der verbündeten Regierungen. Trotzdem wollte die Regierung die Verhandlungen nicht abbrechen, weil sie auf eine Verständigung in einem späteren Stadium der Verhandlungen immer noch hoffe. Infolge dieser Erklärungen setzte die Kommission die Beratungen fort.

Das Berliner Auswärtige Amt.

Unter dieser Überschrift gibt ein „Eingeweihter“ in dem soeben erschienenen zweiten Heft des „März“ seine Erfahrungen im Auswärtigen Amt zu besten. Er sagt da u. a.: „In Wirklichkeit gibt es auf der ganzen Welt wohl keine Stelle, wo soviel Zeit mit Nichtstun verbracht wird, wie im Berliner Auswärtigen Amt. Das zeigt sich schon bei der Art, wie man in der Wilhelmstraße die neuzutreffenden Verträge aufstellt. Wir wählten dafür wirklich keinen treffenderen Vergleich als den mit der Kleinfingerkugel. Diese 30jährigen WGSchönen müssen ebenfalls zuerst schreiben lernen und ihre Zeit größtenteils mit orthographischen und mit Stilübungen verbringen.“

Und doch rächt sich diese Methode nachher bitter, umso mehr, als man naturgemäß bei der späteren Auswahl für die höheren Stellen der Hilfsarbeiter und vortragenden Räte vor allem die Elemente berücksichtigt, bei denen der geistige Formendruck am besten gelungen zu sein scheint, und die man daneben als die größten Arbeitsmaschinen betrachten zu können glaubt. Aber nicht etwa in dem Sinne, daß diese Apparate in kürzester Zeit ein möglichst großes Quantum an geistiger Arbeit zu leisten vermögen, sondern gerade umgekehrt, in dem Sinne, daß sie für die Feinheit der Arbeit möglichst viel Zeit verwenden. Denn je ängstlicher und vorsichtiger ein Beamter ist, um so pflichttreuer muß er sein, und desto mehr kann man ihn daher gebrauchen, desto mehr Garantie bietet er gegen etwaige Verletzungen der hergebrachten Formen. Ob er dabei für eine Arbeit, die jeder normale Mensch in einer halben Stunde erledigt, einen ganzen Tag braucht, betrachtet man als obsolet gleichgültig. Wer sich die Zeit nimmt, dem geistigen Problem, ob man an den Herrn X. vor zehn Jahren „danke“ oder „mit Dank“ geschrieben habe, stundenlang in den Akten nachzuforschen, der ist für das Auswärtige Amt der rechte Mann; er wird dort zweifelhaft Karriere machen.“

Daß bei dem herrschenden System Schleicher und Streber in der Wilhelmstraße einen günstigen Boden finden, wollen wir hier gar nicht besonders betonen; denn diese Menschenorte findet sich ja leider überall. Aber daß Leute mit über den Durchschnitt hinausgehender Begabung oder gar mit speziellen Fachkenntnissen oder Weltanschauung dort von vornherein mit einem großen Misstrauen betrachtet werden, das verdient doch immerhin hervorzuheben. Man fürchtet eben in der Wilhelmstraße alle, die unter Umständen Neigung befanden könnten, selbständig, als gerade dringend nötig ist, zu denken, da sie ihrer Umgebung nur allzu leicht über den Kopf wachsen könnten.

Der „Eingeweihte“ schließt seinen Artikel: „Also kann die Parole nur lauten: „Fort mit dem jetzigen bürokratischen System!“ Der Bau ist hoch und muß von Grund auf neu fundiert werden. Und weg vor allen Dingen mit der jetzigen kleinsten Politik, die der Widerspruch einer kleinen Methode, eines unfreien Geistes, also den Aufgaben der internationalen Lage nicht mehr gewachsen ist.“

Was wird aus der Reichsfinanzreform?

Wie wir bereits in den letzten Nachrichten der Sonabendnummer unseren Lesern mitteilten, soll in der von der Steuerkommission angeführten Subkommission eine Einigung über die Reichsfinanzreform zustande gekommen sein.

Obwohl die Verhandlungen in der Subkommission streng vertraulich waren, sind verschiedene bürgerliche Zeitungen, in erster Linie die „Germania“, in der Lage, die Beschlüsse der Subkommission mitteilen zu können. Daraus ergibt sich folgendes: Sowohl die Nachsteuer als auch die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten soll fallen, ebenso das Erbrecht des Staates. Dafür soll eine Einkommensteuer eingeführt werden, die 150 Millionen Mark einbringen und von den Einzelstaaten durch Steuern von Besitz und Einkommen, einzuweisen nach der Kopfzahl der Bevölkerung, aufgebracht werden soll. Für eine Reichsvermögens- und Einkommensteuer war eine Mehrheit nicht zu haben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß die in die Öffentlichkeit gedungenen Nachrichten über die Verhandlungen der Steuer-Subkommission nicht in vollem Maße zutreffen. Insbesondere sei es nicht richtig, daß die Beschlüsse das Ergebnis einer Verständigung mit der Reichsfinanzverwaltung bilden. Die bei der Beratung anwesenden Vertreter des Reichsschatzamt haben selbstverständlich keine zustimmende Erklärung abgegeben, da sie damit von der vom Bundesrat bisher eingenommenen Stellung abzuweichen wären. Daß aber für die Regierung die Beschlüsse der Subkommission etwa annehmbar wären, wird nicht erklärt.

Und man wird nicht schlafen, wenn man annimmt, daß sich die Regierung zum Umfoll vorbereitet.

Die „Deutsche Tageszeitung“ redet dem Kaiser zu, er möge ruhig Blut bewahren und die Nerven behalten. Der tote Punkt, auf dem die Finanzreform angelangt ist, werde überwunden werden. Einmalig warnt das Blatt den Kaiser, den Reichstag aufzulösen. Eine Reichstagsauflösung mit der Parole: „Finanzreform und Nachsteuer“ würde der Regierung gewiß keine Mehrheit bringen. Eine Auflösung sei schon um oeswillen nicht nötig, weil die Gegner der Nachsteuer dem Fürsten Bülow keine anderen Schwierigkeiten bereiten wollen.

Die Herren Maratier lassen sich eben nicht aus der Ruhe bringen, und das, was von den Beschlüssen der Subkommission in die Öffentlichkeit gedrungen ist, bestätigt ja, daß wir alle Aussicht haben, eine Finanzreform nach den Herzen der Maratier zu bekommen. Daß die Regierung ernstlich daran gedacht hat, der Reichsfinanzreform wegen den Reichstag aufzulösen, halten wir, wie wir bereits vor einigen Tagen ausgeführt haben, für ausgeschlossen.

Finnland.

Das Alkoholverbotsgesetz. Helsingfors, 7. Februar. Der finnische Senat hat das Gutachten über das Gesetz, das das Branntweinbrennerei in Finnland verbietet, für den Rat endgültig abgelehnt und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzes. Der Senat befürchtet, daß die Alkohollapitalisten Schadenersatzansprüche erheben könnten. Die Volksvertretung war bei der Annahme des Verbotsgesetzes 1907 der Meinung, daß die Schadenersatzfrage das Verbotsgesetz grundsätzlich nicht tangiere. Falls solche Ansprüche erhoben würden, werde die Volksvertretung diese Angelegenheit grundsätzlich zu entscheiden haben. Das ablehnende Gutachten des Senats hat die Bevölkerung sehr erregt. Die Entrüstung ist allgemein. Die bürgerlichen

Abstinevereine und die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen erörtern die Angelegenheit mit großer Heftigkeit. Die bürgerlichen Abstinevereine beginnen einzusehen, daß der Senat sein Versprechen, mit der größten Energie für das Verbotsgesetz zu wirken, schwächlich gebrochen habe. Von einer Deputation zur Rede gestellt, wie die Landesregierung gegen den Willen des Volkes handeln könne, während das Volk doch glaube, daß es parlamentarisch regiert werde, antwortete der Senatspräsident, Herr J. J. Kinnlands, daß sein Senat keine parlamentarische Regierung, sondern eine vom Rat eingesetzte Behörde, die nur dem Rat verantwortlich sei. Daß dem so ist, war ja allen bekannt. Leo Mechelin, der Begründer der konstitutionalistischen Ära von 1905, hatte sich doch immer bemüht, das Land wenigstens äußerlich nach parlamentarischen Formen zu regieren. Als er im April 1908 in der Volksvertretung keine Mehrheit fand, trat er zurück. Auch der Senator Ståhlberg, der im Herbst 1907 mit seinem Antrage, das Verbotsgesetz abzulehnen, durchfiel, trat von seinem Posten zurück. Der Bloksenat will also ganz nach der Manier der Altklassen vor 1905 den Volkswillen mißachten und der Handlanger und Werkzeug des absoluten Rats sein.

Diese Erklärung hat im Lande nicht weniger böses Blut hervorgerufen als das ungünstige Gutachten über das Verbotsgesetz. Nach den letzten Berichten hatte sich der russische Finanzminister geäußert, daß das Gesetz russischerseits beibehalten werden könne. Um so aufrechter wirkt nun die Gegnerschaft der eigenen Regierung. Die Freunde des Verbotsgesetzes werden zunächst eine energische Interpellation im Landtage einbringen, der am 16. d. M. zusammengetreten ist.

Von der neuesten Indiskretion.

Es wäre vielleicht wirklich gar nicht so unüblich, dem Räte eines unjenerer Wählkreise zu folgen und statt des Austausches der Professoren mit einem Austausch der Diplomaten zu versuchen. Wir haben vor dem Handwerk der Diplomaten im allgemeinen keinen besonderen Respekt, müssen aber eingestehen, daß die Diplomaten der auswärtigen Mächte denn doch die deutschen um mehr als Kopfschmerzen überragen. Wir mußten wenigstens uns keiner einzigen Ungeschicklichkeit der russischen, englischen, französischen Diplomatie zu erinnern, die auch nur entfernt mit denjenigen, welche den deutschen Diplomaten im letzten Jahrzehnt massenhaft passiert sind, zu vergleichen wäre. Was ist das aus wieder mit der Veröffentlichung des „Matin“? Wir teilen unsern Lesern den Wortlaut derselben mit:

Seit Beginn der Marokkofriste hat es mancherlei Mißverhältnisse gegeben. Weder Frankreich noch der Kaiser haben je gewollt, daß der Uebereifer von Subalternbeamten, maßloser Ehrgeiz, vielleicht manchmal wohl auch bloße administrative Schikanen haben die beiden Nationen gelegentlich zu so gespannten Situationen geführt, daß man einen Konflikt befürchten konnte. Jedoch hat der Kaiser in den Kampf das Gewicht seiner Autorität geworfen, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Im Augenblicke der Delegationenangelegenheit von Casablanca befaßte der Kaiser seinen Ministern, sie ohne Zögern zu regeln, und nach der Lösung der Schwierigkeit jagte er zu einem seiner Intimen: „Ich habe Befehl gegeben, binnen achtundvierzig Stunden damit zu Ende zu kommen, und alles ist geregelt worden.“ Im Jahre 1905 war die Aufgabe des Kaisers noch schwieriger. Die Stunde war noch ernster, und die deutsche Armee in ihrer Gesamtheit wünschte den Krieg. In der Umgebung des Kaisers gaben Diplomaten und Soldaten keine andere Lösung als möglich an. Auch die Lage war günstig für Deutschland. Wilhelm II. aber widerstand allen Rückschlüssen und allen Lösungen. Diejenigen, die ihn in jenen Tagen gesehen haben, wo er mit einem Gefährlichkeitsgefühl den schiedlichen Kampf zweier Völker hervorgerufen konnte, wissen, daß er allein den Frieden gewollt und ihn allein erhalten hat, und begreifen, daß die deutsche Sache schlecht war und daß Marokko die Knochen eines einzigen preussischen Grenadiers nicht wert sei.“

Anstatt selbst eine Kritik daran zu knüpfen, ziehen wir es vor, die der „Täglichen Rundschau“, eines Blattes der albenischen Wölflinge, welches früher auch Wilhelm II. unzerknitten zu lesen erhielt, folgen zu lassen:

„Es war bisher nicht üblich, daß derartige Telegramme nicht von der Zentralstelle, sondern von einem Botschafter in einem ausländischen Blatte veröffentlicht wurden, und im vorliegenden Falle wurde das Ungewöhnliche des Vorganges noch dadurch erhöht, daß das Telegramm nicht auf dem Auswärtigen Amt in Berlin redigiert zu sein scheint, sondern vom Kaiser direkt ausgegangen ist. Auch mußte die Bekanntgabe des Telegramms um deswillen eine leise Verwunderung erregen, weil es die Weitergabe eines Lobes des Kaisers, also eine Art Selbstlob darstellte, obwohl doch bekannt ist, daß Fürst Radolin an dem Marokko-Abkommen herzlich unzufrieden ist; denn das Abkommen ist zwischen Schoen und Cambon in Berlin vereinbart und von Cambon in Paris dem Minister Bidon unter Uebergehung des Fürsten Radolin unterbreitet worden. Noch erstaunlicher als die eigenartige Bekanntgabe dieses Telegramms war aber der Umstand, daß der „Matin“ an die Depeche einen Kommentar in Form einer Unterredung mit einer ungenannten Persönlichkeit der Botschaft über die Haltung des deutschen Kaisers gegenüber Frankreich knüpfen konnte, mit einer Persönlichkeit, die man wohl als den Fürsten Radolin selbst anprecher darf. Wir hatten erwartet, daß wenigstens dieser Kommentar heute demontiert werden würde, oder aber, daß Fürst Radolin erklären konnte, daß er mit diesem Kommentar nichts zu schaffen habe. Das ist aber nicht geschehen, und auch im Auswärtigen Amt wurde man bis heute nicht, ob Fürst Radolin oder ein anderer dem „Matin“ zu diesem Kommentar verfallen hat. In ihm wird ganz unzweideutig der Kaiser gegen den Fürsten Bülow und die Heeresleitung ausgeführt, der in einem ausländischen Blatte Kriegslust nachgelagt wird. Ganz ohne Not werden für den wenig exquidanten Marokkophandel Fürst Bülow und andere Ratgeber des Kaisers als die Sündenböcke bezeichnet, die den friedliebenden Kaiser auf falsche Bahnen zu drängen versucht haben. Es wird ferner für die Langfahrt des Kaisers nachdrücklich förmlich um Entschuldigung gebeten und der Kaiser zum ungünstigen seiner Berater entlastet. Es wird aber vor allem dem deutschen Heer, das sich grundtätig nicht in Politik mischt, Kriegs- und Angriffslust nachgelagt, was Anlaß zu einer Deutschenhege geben muß und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nur trüben kann. Man kann gegen solche Geschichtsfälschungen nur schärfsten Protest erheben und dringend wünschen, daß über den eigenartigen Fall bald eine amtliche Erklärung erfolgt, denn es wäre unerhört, wenn die Angaben des „Matin“ sich wirklich auf den deutschen Botschafter Fürsten Radolin stützen könnten. Bisher waren Indiskretionen in unserer hohen Diplomatie nicht üblich, und noch weniger eine offene oder versteckte Polemik eines deutschen Botschafters in einem französischen Blatte gegen seinen Chef. Wir möchten vorerst nicht annehmen, daß Fürst Radolin von seinem doch bald erfolgenden Abzuge, im Uebergehung seiner Vereitelung während der Beilegung des Marokkofreits, sich zu Äußerungen und Mitteilungen hat verleiten lassen, die von Frankreich gegen uns ausgeht werden können und jedenfalls das Ansehen der Leitung unserer auswärtigen Politik herabmindern müssen. Wir erwarten ein Dementi oder eine Klarstellung, können aber nicht verhehlen, daß Fürst Radolin schon merkwürdig lange mit ihr agiert hat. Der Kaiser hat sich seit den „Daily-Telegramm“-Entfaltungen die größte Zurückhaltung auferlegt; es darf verlangt werden, daß am allerwenigsten seine Botschafter ihn aus dieser Zurückhaltung herauszulassen versuchen und das Spiel der Verteilung vor dem Ausland mit Indiskretionen beginnen. Jeder solche Versuch dürfte, der schärfsten und einmütigsten Abweisung durch die öffentliche Meinung Deutschlands sicher sein.“

Nun aber kommt erst das allerschlimmste. Der unglückliche Fürst Radolin hatte, wie unsere Leser wissen, jede Mitwirkung an der Veröffentlichung des „Matin“ abgelehnt. In seiner

Sonabendnummer drückt darauf der „Matin“ seine Entrüstung aus. Er erklärt, versichern zu können, daß der ausführliche Kommentar zu der Depeche des deutschen Kaisers weder von dem Reichstagsabgeordneten Erzberger, noch von dem Fürsten Radolin selbst kam. Fürst Radolin beschränkte sich nur darauf, die kurze Erklärung im Anschluß an das Kaiser-telegramm dem Vertreter des „Matin“ in die Feder zu diktieren und deren Veröffentlichung zu autorisieren. Der „Matin“ erklärt es für unbegreiflich, daß Fürst Radolin nun gegen die Veröffentlichung seiner Erklärung protestiert. Soviel steht fest, meint das Pariser Blatt, daß der nähere Kommentar, den es an die Depeche des Kaisers und an die kurze Angabe des Fürsten Radolin veröffentlicht, ihm von einer Persönlichkeit mitgeteilt wurde, zu welcher der Kaiser jene Äußerungen gemacht hatte. Auf diesen zweiten größeren Kommentar bezieht sich die heutige Erklärung des „Matin“.

Nach einer weiteren Meldung aus Paris vermutet man dort in dieser Persönlichkeit den Fürsten von Monaco, der die Äußerung des Kaisers mitgeteilt haben soll. Der Vertreter des „Matin“, den Fürst Radolin empfing, war ein ehemaliger französischer Marineoffizier namens Sauerwein, der später Adjutant des Fürsten von Monaco war und nun Mitglied der Redaktion des „Matin“ ist. Die von „Matin“ gebrachte Äußerung des Kaisers: „Ich habe den Befehl gegeben, daß die Affäre von Casablanca innerhalb 48 Stunden beilegt werde“, hat nach dem Pariser Blatte folgende Vorgeschichte: Von diplomatischer zuverlässiger Seite wurde schon vor einiger Zeit berichtet, daß eines Tages, als die Affäre von Casablanca am kritischsten war, man in der Wilhelmstraße die Geduld verloren hatte. Fürst Bülow ließ nach Paris sagen, wenn Frankreich keine Entschuldigung vorbringe, lasse er seinen Botschafter abberufen. Von französischer Seite wurde ihm geantwortet: Fürst Bülow müsse am besten wissen, was er zu tun habe. Diese Drohung wurde dem Kaiser, der damals in Donauhinigen weilte, übermittelt. Die Drohung war nämlich ohne vorherige Verständigung Kaiser Wilhelms nach Paris gerichtet worden. Kaiser Wilhelm, der unter allen Umständen den Konflikt von Casablanca beigelegt wissen wollte, telegraphierte darauf nach der Wilhelmstraße, daß die Affäre von Casablanca binnen 48 Stunden beigelegt sein müsse. Die Friedensliebe Kaiser Wilhelms habe es also bewirkt, daß es damals zu keinem offenen Konflikt gekommen ist. Kaiser Wilhelm habe den Knoten einfach durchgeschnitten.

Was sind das für Zustände im Auswärtigen Amt, daß ein französisches, noch dazu deutschfeindliches Blatt solche Vertraulichkeiten ausplaudern in der Lage ist. Das Gelungenste dabei ist noch, daß die Nachricht von Fürst Radolins Demission vorläufig noch dementiert wird.

Kommunales.

Kommunale Verwaltung und Arbeitslosigkeit. In der gestrigen Dresden-er Stadtverordnetenversammlung kam es zu stürmischen Szenen anlaßlich der Beratung der sozialdemokratischen Anträge zur Verringerung der Arbeitslosennot; Stadtverordneter Genosse Rißke begründete diesen Antrag.

Die Debatte der bürgerlichen Räte bewegte sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. So meinte u. a. der antisemitische Stadtrat Haedel, an der Rot der Arbeitslosen seien nur die Führer schuld, die die Arbeiter in den Streik leiteten, und sie dadurch hinderten, für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu sparen. Andere Räte wollten erst abwarten, wie die vom Räte beschlossene Arbeitslosenzählung ausfällt. Auch der Vertreter des Stadtrats — Bürgermeister Dehne — verzögerte sich hinter Ausflüchte.

Selbstverständlich wurden diese teilweise sehr rückständigen Äußerungen durch lebhafteste Zurufe unterbrochen. Genosse Rißke lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Rede Haedels als eine echte Reichsverbandrede. Verschiedene Genossen wurden zur Ordnung gerufen.

Die zahlreich auf der Tribüne versammelten Zuhörer riefen lebhaft „Pui“, als die gesamten Anträge abgelehnt wurden. Es wurde wiederholt mit Räumung der Tribüne gedroht.

Verweigerung städtischer Turnhallen an Arbeiterturner. In Mühlhausen i. Th. wandte sich der Arbeiter-Turnverein — weil ihm das bisherige Lokal entzogen wurde — an den Magistrat mit dem Ersuchen um Ueberlassung einer städtischen Turnhalle. Die Antwort des Magistrats lautete kurz und schroff, daß er nicht in der Lage sei, dem Vereine eine städtische Turnhalle zu überlassen. Darauf richtete der Turnverein das gleiche Ersuchen an die Stadtverordnetenversammlung, aber damit hatte er den Teufel bei seiner Großmutter verflucht. In der letzten Sitzung kam die Eingabe des Arbeiter-Turnvereins zur Verlesung, die bürgerlichen Stadtwörter waren jedoch fast einstimmig sogar gegen Verlesung des Gesuches. Unser einziger Vertreter — Genosse Schaefer — wies darauf hin, daß den vier bürgerlichen Turnvereinen anstandslos städtische Turnhallen überlassen werden, er forderte den Oberbürgermeister auf, die Gründe für sein Verhalten anzugeben. Der so Apokryphenhaft entlich sich endlich zu antworten: Der Arbeiter-Turnverein erhält solange keine städtische Unterstützung, als er eine sozialdemokratische Institution ist und politische Tendenzen hat.

Wertzuwachssteuer. Der Bürger-Ausschuß in Lübeck nahm in seiner Sitzung vom 17. Februar einstimmig eine Wertzuwachssteuer an. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1907 ab und enthält Steuerfüße von 1 bis 25 Prozent. Der Höchstfuß wird erhoben, wenn ein Grundstück innerhalb eines Zeitraumes bis zu zehn Jahren mit mehr als 100 Prozent Gewinn wiederverkauft wird.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 22. Februar.

Der Arbeiter-Schachklub Bielefeld ist gestern vormittag zustande gekommen. Das Beitragsgeld ist auf 50 Mk. der monatliche Beitrag auf 25 Mk. festgelegt worden. Der nächste Spielabend findet am Sonnabend abend 8½ Uhr im Restaurant Bielefeld statt.

Von der Firma Rager & Kramer geht uns folgendes Schreiben zu:

Bielefeld, 19. Februar 1909.

Expedition der „Volkswacht“, Bielefeld.

Ihre Notiz über einen Streik erlauben wir uns zu be richtigen.

Infolge der großen Konkurrenz mußten die Verkaufspreise unserer Fabrikate bedeutend reduziert werden und konnten wir die bisherigen Abfordpreise nicht mehr zahlen. Außerdem waren technische Vereinfachungen vorgenommen, die eine Reduktion des Lohnes wohl rechtfertigten, wie unsere Arbeiter bei den Vergleichsverhandlungen angegeben haben. Bei diesen Verhandlungen, die in Gegenwart eines Vertreters des Metallarbeiter-Verbandes gepflogen wurden, haben wir uns aber bereit erklärt, trotz und allem die alten Abfordpreise zu zahlen und jede Differenz zu beseitigen.

Die Verhandlungen scheiterten daran, daß wir einen Arbeiter, der sich des Hausfriedensbruchs und der Bedrohung schuldig gemacht hatte, nicht wieder einstellen wollten, wenigstens nicht eher, als bis er vom Gericht wegen dieser Affäre freigesprochen sei.

Der Streik war übrigens schon Dienstag beendet, da sämtliche Beteiligten ihre Papiere gewünscht und erhalten haben. Wir erlauben Sie höflichst, diese Berichtigung zu bringen.

Hochachtungsvoll

Rager & Kramer.

Diese Berichtigung ist keine Verichtigung. Ein Streik wird doch nicht dadurch beendet, daß sich die Arbeiter ihre Papiere geben lassen, sondern nur dadurch, daß eine Vereinbarung über die Differenzen erzielt wird.

— Achtung, Schleier! Schleier. Wir teilen die renzen bestehen. Zugung

— Zwei offene Kassen am brennen, deren Dampfer noch heute am arbeit ist, so sollen noch weitere gängen mit 4 Kassen und Dampf geben wird, doch sehr zu wünschen, d

— Stadtheater. Aufschrieben: Heute geht „Die Tür ins Freie“ auf. Mittwoch findet ein ein Ensembles „Excellior“ länger“ von Frank Weiser. Otto Erich Hartleben

— Künstler-Kongress. Stadtheater. Stadtheater wird die Kgl. Kammer als ganz hervorragende lerin, sowie Herr Walter mer außer einer infonti (Manuskript) die Oubert und zum „Freischütz“ von ist veräußert.

Rände. Gew.-Part. 9 Uhr bei Rabel:

Sozialdemokrat. 2

In Stadthagen burger Hof“ die Halbi demokratischen Vereins burg-Lippe statt. Aus ferner war anwesend der vertrat Genosse Kling nach“ Genosse Schäd

Der Bericht des gab, bezeichnet einen heft Drisgruppen. Dar Miensbüd 50, Kreisbager 5, Wiedburg 12. Der gelangt 254 Mitglieder, Mehr von 46. In S gehen, doch soll auch den, letzten Zug zu jassen

Der Kassenberer infl. Kassenbestand von Mark, dem gegenüber st Kassenbestand 91 64 Ma Zum Punkte 8. 1. nossen Klingensbaga fuktion wurden von Genossen Kretz und leiten der Agitation im Jedoch waren alle Red den sozialdemokratischen lebsthaft gesteuert wer

Mit der Arrangieru vorstand beauftragt, 1. Mai veranlaßt wer Unter Verchiedenes auf die Gemeindevorte Bielefeld anmerksam. tratischen Gemeindevor sucht werden.

Mit dem Ersuchen d handlungen zu wirken, lantene Konferenz.

* Sanderfreis, 21. Fe der a m u n g a n von ungefähr 60 Kolleg Bielefeld sprach über d über die Ansichten der über die Agitation gegen d rung lauter gerade die rumplung die Steuer von Unterdrückung auf alle ihre Schuldscheit dann noch zum Entri Steuer läme und viele diese Kollegen doch e m mellichten herausgegeben Unkosten zu deden.

* Demosd, 21. Fe von der Regierung ge umständelicher am Die „Centralhalle“ statt.

* Stadtlagen, 20. Fe 1. Februar traten die hier in eine Lohnbeweg der Werkstat des Herr zeit, einen Aufschlag an Aufbesserung des Stes Tage wurde ein Kollege ziehung des Galleiters und eine Kommission Arug vorstellig wurde w wollte jetzt einen Aufje willigen, der Stundenlo wenn ein Tarif auf d Einigung nicht erzielt

Bielefeld

en. Sonnabend, 20. Volksklub aus dem S Conrad Staad. Auch genannt hat, weil man halt. Die Elise vom huffaner, sondern das 20 Jahren vom Erbe verlassen wurde und da ist die Zeit der Nache mer, was ja allerdings bauer erhebt es, wach und zuletzt heiratet d schon vorausgesehen ha empfunden der Mann eine tiefe stillte Krie

darin für Karl Weiss als Erbenhoffenerin zu wurden meiterhaft dur sonders Heberichan Caria Holm aus der ihr nicht übel, was j fangen. Sonntag, 21. Febr spiel in 5 Akten und 10 Jelen. Das ist na außerdem auftritt in die Bühne gebrachten joseph, Klose von Noi Originelle dieser Trivi Elfe, und man wähle Siefen konnte bei di

... seine Ent-
... der aus-
... Kaiser
... noch von dem
... bestrafte sich
... das Kaiser-
... Feder zu bil-
... ren. Der Ma-
... doli nun gegen
... et. Sobol steht
... Kommentar, den
... Anrede des
... Persönlichkeit
... Meinerungen ge-
... mmentar bezieht
... mutet man dort
... naco, der die
... Der Vertreter
... ein ehemaliger
... ein der später
... in Mitglied der
... latin) gebrachte
... gegeben, daß die
... befestigt werde-
... die: Von diploma-
... niger Zeit ver-
... Casablanca am
... Gebuld verloren
... denn Frankreich
... Vorkämpfer ab-
... antwortet Rüst
... in habe. Diese
... Donanefnungen
... ohne vorherige
... ichtet worden.
... Konflikt von
... auf nach
... unter binnen 48
... Kaiser Wilhelm
... Konflikt
... ein einisch durch-
... Amt, daß ein
... solche Vertrau-
... Gelungenheit do-
... lins Demission
... In der
... kam es zu
... sozialdemokrati-
... Stadtworob-
... sich auf einem
... antiseimische
... ien nur die
... und, um sie da-
... teit zu sparen.
... vom Rate be-
... Vertreter des
... zte sich hinter
... r rüftändigen
... Genosse
... Rede Saedels
... Genossen wux-
... Zuhörer riefen
... wurden. Es
... droht.
... iterturner. In
... vereinen - weil
... Magistrat mit
... Turnhalle. Die
... daß er nicht in
... zu überlassen.
... suchen an die
... er den Zweifel
... sigung kam die
... g, die bürger-
... gegen Ver-
... Genosse
... erlichen Turn-
... lassen werden,
... für sein Ver-
... sich endlich zu
... solange keine
... ratische Insti-
... übed nahm
... Vertzuwach-
... 1. Januar 1907
... Der Hochstuf
... Zeitraumes bis
... wiederverkauf
... artschaft.
... 2. Februar.
... tern vormittag
... 50 Pfg., der
... Der nächste
... im Restaurant
... uns folgendes
... Februar 1909.
... lb.
... uns zu be-
... Verkaufspreise
... konnten wir
... überdem waren
... eine Reduktion
... beiter bei den
... Verband-
... Metallarbeiter-
... bereit erklärt,
... hlen und jede
... wir einen Ar-
... der Bedrohung
... ten, wenigstens
... Affäre freige-
... endet, da sämt-
... halten haben.
... zu bringen.
... angsvoll
... Kramer.
... Streik wird
... ihre Papiere
... einbarung über

— **Achtung, Schleifer!** Die Firma „Heal“ in Opladen sucht Schleifer. Wir teilen hierdurch mit, daß bei der Firma Dis-
renzen bestehen. Bezug ist fernzubalten.

— **Zwei offene Kassen** sind im Bau Hofstein, Zeffingstraße, am brennen, deren Dinst im Treppenhause hochzieht, trotzdem hier noch Leute am arbeiten sind. Da der Bau noch ziemlich zurück ist, so sollen noch weitere 2 Dinst aufgestellt werden, so daß im ganzen mit 4 Kassen geheizt wird. Was es dann für Rauch und Dinst geben wird, kann man sich wohl denken. Es wäre doch sehr zu wünschen, daß hier Abhilfe geschaffen würde.

— **Stadtheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns ge-
schrieben: Heute geht „Simon“ und morgen (Dienstag) „Die Tür ins Freie“ zum letzten Male in Szene. Am Mittwoch findet ein einmaliges Gastspiel des Elite-Ballet-
Ensembles „Excelsior“ statt. Hierzu kommt „Der Kammer-
sänger“ von Franz Weidert und „Abschied vom Regiment“ von Otto Erich Hartleben zur Aufführung.

— **Künstler-Kongress.** In dem am Freitag, 26. Februar, im Stadttheater stattfindenden Konzert des städtischen Orchesters wird die Kgl. Kammerlängerin Fräulein Selene Stagemann, eine als ganz hervorragende Sängerin bekannte und geschätzte Künstlerin, sowie Herr Walter Frings (Violoncelle) mitwirken. Es kommen außer einer finnischen Dichtung von W. v. Moellendorf (Mausfänger) die Ouverturen zu „Phäris“ in „Aulis“ v. Gluck und zum „Freischütz“ von Weber zur Aufführung. Das Orchester ist verstärkt.

Versammlungen.

Runde. Gew.-Kartell. Dienstag, 23. Februar, abends 9 Uhr bei Nibel: Sitzung.

Sozialdemokr. Verein für Schaumburg-Lippe.

In Stadthagen fand gestern (Sonntag) im „Schaumburger Hof“ die Jahrgangs-Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Schaumburg-Lippe statt. Aus 8 Orten waren 17 Delegierte erschienen, ferner war anwesend der Kreisvorsitzende. Das Agitationskomitee vertrat Genosse Klingenberg, die Redaktion der „Vollstreckung“ Genosse Schäfers, die Expedition Genosse Völkner. Der Bericht des Vorstandes, den Genosse Kreitz gab, verzeichnet einen kleinen Fortschritt. In 8 Orten bestehen jetzt Ortsgruppen. Davon haben Mitglieder: Stadthagen 140, Miesbach 50, Krehagen 10, Sörlamp 7, Osterholz 30, Wesen 5, Wüddurg 12. Der Verein hatte also am Schlusse 1908 insgesamt 254 Mitglieder, gegen 208 Ende Juni 1908, das ist ein Mehr von 46. In Steinhude will es schon vorwärts gehen, doch soll auch dort durch eifrige Agitation versucht werden, festen Fuß zu fassen.

Der Kassenbericht vom 2. Halbjahr 1908 verzeichnete infol. Kassenbestand von 293,49 M., eine Einnahme von 66,00 M., dem gegenüber steht eine Ausgabe von 564,45 M., bleibt Kassenbestand 91,04 M.

Zum Punkte Agitation und Presse sprachen die Genossen Klingenberg und Schäfers. In der Dis-
kussion wurden von den einzelnen Genossen, namentlich den Genossen Kreitz und Landt, die Schwierigkeiten der Agitation im Schaumburg-Lippischen Lande erwähnt. Jedoch waren alle Redner der Ansicht, daß die Agitation für den sozialdemokratischen Verein und für die Presse in Zukunft lebhafter gestaltet werden müsse.

Mit der Arrangierung der Majestäten wurde der Kreisvorsitzende beauftragt, eventuelle Forderungen sollen aber nur am 1. Mai vorangetragen werden.

Unter „Verschiedenes“ macht der Vorsitzende Gen. Kreitz auf die Gemeindevorstand-Konferenz am 14. März a. c. in Bielefeld aufmerksam. Derselbe soll außer von den sozialdemo-
kratischen Gemeindevertretern auch von unseren Kandidaten besucht werden.

Mit dem Ersuchen an die Delegierten, im Sinne der Ver-
handlungen zu wirken, schloß der Vorsitzende die anregend ver-
laufene Konferenz.

— **Enderkreis, 21. Febr.** Eine öffentliche Tabakarbeiter-
versammlung am Donnerstag bei Wirt Hoffmeister war von ungefähr 60 Kollegen besucht. Kreisleiter Schlichter aus Bielefeld sprach über den Tabakarbeiterkongress in Berlin und über die Ansichten der Tabaksteuer. Redner forderte zu intensi-
vier Agitation gegen die Tabaksteuer auf. Auf die Einschleifung laute gerade die Regierung, um dann mit einer Ueber-
umpelung die Steuer durchzubringen. Bei der Einmündung von Unterschriften auf den Petitionslisten mußten die Kollegen alle ihre Schuldigkeit tun. Kollege Wöhrmann forderte dann noch zum Eintritt in die Organisation auf. Falls die Steuer läme und viele Tabakarbeiter arbeitslos würden, hätten diese Kollegen doch einen Rückhalt. Ferner sollen noch Sam-
melstellen herausgegeben werden, um die entstehenden weiteren Unkosten zu decken.

— **Detmold, 21. Febr.** Die Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Abgabe- und Ankerentener sind bei umständlicher am Dienstag, 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Centralhalle“ statt.

— **Stadthagen, 20. Februar.** Tischlerbewegung. Am 1. Februar traten die organisierten Tischler bei der Firma Krug hier in eine Lohnbewegung. Die erste Unterhandlung fand in der Werkstatt des Herrn Krug statt. Letzterer erklärte sich bereit, einen Aufschlag auf Alfordarbeit zu bewilligen, aber eine Aufbesserung des Stundenlohns lehnte er ab. An demselben Tage wurde ein Kollege gemahnt. Nun wurde unter Sing-
ziehung des Kreisleiters in Hannover ein Tarif ausgearbeitet und eine Kommission gewählt, die am 6. Februar bei Herrn Krug vorstellig wurde und demselben den Tarif vorlegte. Krug wollte jetzt einen Aufschlag auf Alford von 8-10 Prozent be-
willigen, der Stundenlohn sollte um 1 1/2-2 Pfg. erhöht werden, wenn ein Tarif auf drei Jahre zustande käme. Da nun eine Einigung nicht erzielt wurde, wandten sich die Kollegen an den

Gauleiter, welcher darauf am Donnerstag, 18. Febr., mit Herrn Krug persönlich unterhandelte. Das Resultat war folgendes: Auf Alfordarbeit wurden 8-10 Prozent Aufschlag bewilligt. Der Stundenlohn wird vom 22. Februar d. J. an um 1 1/2 Pfg. erhöht, vom 22. Februar 1910 an abermals um 1 1/2 Pfg. und vom 22. Februar 1911 an um 2 Pfg. Die Arbeitszeit ist eine 10stündige. Die Frühstückspause beträgt 25 Minuten, die Mit-
tagszeit 1 Stunde 20 Minuten und die Vesperpause 15 Minuten. Die Arbeitszeit am Sonnabend wurde um 4 Stunden verkürzt. Von der Einstellung des gemahnten Kollegen mußte Abstand genommen werden, da sich sonst Herr Krug zu Verhandlungen nicht herbeilassen wollte. Der vereinbarte Tarif gilt auf 3 Jahre. Auch ver sprach Herr Krug, weitere Mahrgelungen nicht vor-
zunehmen. Er sucht zwar in bürgerlichen Blättern Gesellen aus hiesiger Gegend, aber unseres Erachtens ist er zu der Einsicht gekommen, daß er sich mit seinen jetzigen Arbeitern weit besser steht. — Ist der Erfolg auch nur ein minimaler, so sieht man doch, daß durch einen festen Zusammenschluß und durch Einigkeit Erfolg erzielt werden können. Es fehlen leider in Stadthagen noch viele Holzarbeiter der Organisation fern. Diese Kollegen sind zu lange, sich zu organisieren und mit einer Lohnforderung an ihre Arbeitgeber heranzutreten; sie sind zufrieden, wenn sie ein Vergnügen und ein paar Scheffel Kohlen erhalten. — Holz-
arbeiter von Stadthagen! Wacht auf! Laßt den Schlandrian beiseite und tretet alle Mann für Mann ein in den Deutschen Holzarbeiterverband, denn nur dann ist es euch möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

— **Gelsenkirchen, 21. Febr.** Als gestern nachmittag Arbeiter bei den Aufbaumarbeiten bei Gelsenkirchen den Damm des neuen Emmerbettes mit einem Rollwagen befahren, brach der Boden des unterirdischen Dammes ein und begrub die Arbeiter. Drei wurden auf der Stelle getötet, mehrere schwer verletzt.

— **Duisburg, 21. Febr.** Im benachbarten Rheinberg erlag ein Gefängniswärter einem Herzschlag. Ein entliegender Gefangener hatte ihm einen Stoß vor die Brust versetzt. Im Begriffe, den Verbrecher zu verfolgen, traf ihn ein Herz-
schlag und machte seinem Leben ein Ende.

— **Glabach, 21. Febr.** Die Arbeiterfrau Niemann hier ertrug ihren Mann bei einem Streite mit dem Küchen-
messer.

Gerichtliches.

— **Bielefeld, 20. Februar.** Strafammer. Der Knecht Josef Johannhöfer und der Arbeiter Richard Kleinertschamp von Verl haben auf dem Berler Markt eine ganze Reihe von Robeiten aus blohem Uebermut ausgeübt. Johannhöfer, der schon wegen Körperverletzung verurteilt ist, schickte heute Trun-
kenheit vor und wollte von nichts wissen. Hiermit hatte er jedoch kein Glück. Er wurde von der Strafammer wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung zu 1 Jahre und 6 Mo-
naten Gefängnis verurteilt. Sein Komplize Kleinertschamp erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung 3 Monate Gefängnis. Auf diese Strafe wurden jedem 6 Wochen von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Arbeiter Friedrich Wächter von hier hat am 14. Januar, von Hunger gequält, aus dem Schanzenfester des Kaufmanns Carl Temme, dessen Scheibe gesprungen war, mehrere Hauchhaale entwendet und sofort ver-
zehrt. Der Gerichtshof nahm an, daß hier nicht schwerer Dieb-
stahl, sondern einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfall vor-
liege. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis, unter An-
rechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Uns scheint hier doch nur Wundraub vorzuliegen. Die Gefangenheitsarbeiter Hermann und Wilhelm Schäfer von Herford sind am 16. Oktober v. J. ohne jeden Grund über den Festungsturm hergefallen. Während ihn Hermann Sch. am Kasse würgte, gab ihm Wilhelm Sch. mit einer Fäuste einen Schlag über den Kopf, daß er bewußtlos und blutüberströmt zu-
sammenbrach. Am folgenden Tage haben die Gebrüder Sch. den Amtsgerichtsrat a. D. Religius auf offener Straße ange-
fallen, indem sie den alten Herrn um 1 M. anstellten und ihn mit dem Anruf: „Der hat uns zwei Jahre aufgehängt!“ zur Seite riefen. Die Strafammer verurteilte den Wilhelm Schäfer wegen gefährlicher Körperverletzung zu 7 Monaten Gefängnis, den Hermann Schäfer unter Freisprechung im übrigen wegen ver-
suchter Nötigung und wegen Verleumdung in 2 Fällen zu einer Gesamtstrafe von 8 Wochen Gefängnis und wegen Betrugs zu 5 Wochen Haft.

— **Erst 5 Jahre 3 Monate im Ruchthaus, dann freigesprochen.** Frankfurt a. M., 19. Febr. Vor dem Kriegsgericht des Con-
valescenzlagers Mainz war der Arbeitslos Walter, gebürtig in Waldorf (Kreis Wiesloch), wegen Raubmord in wiederholtem Falle zu fünf Jahren drei Monaten Ruchthaus verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legte Walter beim Ober-
kriegsgericht Berufung ein, das über die Berufung schon ein-
mal verhandelt und beschloffen hat, den Angeklagten auf den Geisteszustand zu untersuchen. Das Gutachten lautete dahin, daß Walter für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Infolgedessen wurde Walter auf seine ehemalige Verur-
lung hin freigesprochen.

— **Stella tie das Eigentum.** Vor der Strafammer in Halle a. S. stand eine 40 Jahre alte, uneheliche Arbeiterin — die ihren seit Jahren gelähmten Mann und ihre kleinen Kinder zu ernähren hat — weil sie in der Not einige Pfeflohen weggunehmen versuchte. Ein Grubenbeamter kam dazu und stellte sie mit den Worten: „Halt, oder ich schicke!“ — Das Gericht verurteilte die arme Frau zu vier Wochen Gefängnis.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Ar-
beiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 10 des 19. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Notstand der Ver-
arbeiter. Von Luise Rieb. — Die Prometheusfrage. Von G. G. (Hort). — Der Textilarbeiterverband im Jahre 1908. Von G. Nadel. — Das Ausland im Jahre 1908. II. Von G. B. — Etwas vom Tabakarbeiterlohn. — Aus der Bewegung: Achtung, Genosseninnen! — Von der Agitation. — Natallie Liebsch. — Politische Rundschau. Von G. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. Von G. H. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauen-
stimmrecht. — Soziale Gesetzgebung. — Soziales Glendebild. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbe-
wegung im Ausland.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ver-
spruch. Von Wilh. Weigand — Veltste Kultur-iden aus der historischen Zeit. Von Hannach Dorich Lwin. I. — Die Ver-
dammungsorgane und ihre Funktionen. II. — Die Mutter als Erzieherin. — Heilung: An die Arbeiter-Jugend. Von Otto Krilla. — Volkstimmung. Von Alexander D. Kelland.

Für unsere Kinder: Guter Rat. Von Friedrich von Salzet. (Gedicht). — Aus dem Reiche der Technik. I. Ueber Maße und Maßeinheiten. Von Richard Wolbt. — Schneewittchen. Märchenzene von Theodor Storm. — Mutter und Kind. Von Franz Hensdel. — Die Wasserfchlange. Nach Aesop. — Schlittenfahrt. Eine Schulerinnerung von J. Kreyen. — Meine Mutter läßt fragen. (Gedicht).

Vermischtes.

— **Attentat.** Berlin, 21. Febr. Auf sonderbare Weise suchte gestern in Niederbarnau die Frau Rohmann an ihrem Ge-
liebten, der sie nicht heiraten wollte, Rache zu nehmen. Sie überzog seine Wohnung mit Petroleum und brachte außerdem eine Kiste mit Pulver zur Explosion. Infolge der Explosion

wurden Fenster und Türen herausgerissen, doch sind Personen nicht verletzt. Die Frau wurde verhaftet.

— **Hochwasserfischaden.** Frankfurt a. M., 21. Febr. Wie der „Frk. Ztg.“ gemeldet wird, beträgt nach amtlicher Schätzung der Hochwasserfischaden im Kreise Mienkirchen circa eine halbe Mil-
lion Mark!

— **Selbstmord.** Wien, 21. Febr. Vollständig nackt und mit dem Ansehen der Todesstarre wurde gestern die Konstituentin Paula Landau am Fußboden ihres Zimmers aufgefunden. Die Rettungsgesellschaft stellte Vergiftung durch Arsen fest. Ein Brief, den das 30jährige Mädchen, das ihrem Leben selbst ein Ende gemacht hat, hinterließ, enthielt folgende merkwürdige An-
ordnung: „Lobliche Rettungsgesellschaft! Ich ersuche, meinen Körper, den ich der Wiener Universität zu Studienzwecken schenke, an den geeigneten Ort zu bringen, ich bitte, absolut nicht beerdigt zu werden.“ Auch ein Tagebuch des Mädchens fand sich vor, in dem sie erklärte, daß sie wegen Armut der Eltern nicht studieren konnte.

— **Schiffszusammenstoß.** Brüssel, 21. Febr. Der belgische Dampfer „Capote“ wurde im Hafen von Patras von dem griechischen Dampfer „Embercia“ in den Grund gebohrt. Die wert-
volle Ladung und das Schiff sind verloren.

— **Ein Luftmörder verhaftet.** Marseille, 21. Febr. Die Polizei verhaftete gestern den mutmaßlichen Urheber des an dem 30jährigen Mädchen Bianco begangenen Luftmordes. Der Ver-
haftete ist Arbeiter einer Seifenfabrik; bei einer in seiner Woh-
nung vorgenommenen Hausdurchsuchung fand man mit Blut besetzte Kleidungsstücke.

— **Feuersbrunst.** Brüssel, 18. Febr. Heute morgen gegen 1 1/2 Uhr ist eine Feuersbrunst in einem großen Fabrikgebäude ausgebrochen. Das Feuer nahm in kurzer Zeit eine große Aus-
dehnung an. Die Feuerwehr der ganzen Stadt befindet sich an Ort und Stelle. Mehrere Fabrikgebäude, die sich unmittelbar in der Nähe des Feuerherdes befinden, stehen in großer Gefahr.

— **Von einem Eisenbahnzug angefahren.** Madrid, 19. Febr. Wie aus Madrid berichtet wird, ist am Bahnübergang bei Besiñat ein Wagen, worin sich drei katholische Priester be-
fanden, von einem Eisenbahnzug überfahren und angefahren wor-
den. Die Insassen wurden schwer verletzt in den Strangengraben geschleudert. Der Wagenführer wurde ebenfalls schwer verletzt.

— **Das Grubenunglück von West-Stanley.** London, 18. Febr. Ueber die Ursachen des Unglücks auf den Stanleygruben hat die Untersuchung noch keine festen Anhaltspunkte ergeben. Heute sollen die geforderten Leichen rekonstruiert werden. Noch immer werden 105 Bergleute vermißt. Die Rettungsarbeiten der letzten Nacht auf der West-Stanley-Grube haben keine besseren Ergebnisse gefördert, als die Tagesarbeit.

— **London, 19. Febr.** Auf der Stanley-Grube wurden 34 Grubenleute lebend und 150 Leichen herausgebracht. Viele Leichen sind so entsetzt, daß ihre Identität nicht festzustellen war. Die Arbeiten zur Bergung der noch in der Grube be-
findlichen Toten dauern fort. Ein großer Teil der Bergleute scheint giftigen Gasen erliegen zu sein.

— **Nebel und Schiffbruch.** London, 18. Febr. Im Kanal herrschte gestern ein überaus starker Nebel. Als dieser sich zu heben begann, sah man ein großes Dampfschiff, etwa 10 Meilen von der Küste von Dover entfernt, das offenbar schwer be-
schädigt war. Das Schiff hatte alle seine Rettungsboote be-
schädigt und drehte sich im Kreise. Ein starker Schlepper, die „Voy Curzon“, wurde dem Dampfschiff zuhelfe geschickt, aber kaum war er in See gegangen, als sich der Nebel von neuem senkte und es unmöglich machte, den hilfsbedürftigen Dampfer zu finden.

— **Die Katastrophe in West-Stanley.** London, 21. Febr. Die Zahl der Bergleute, die bei der Katastrophe auf dem West-Stanley-Schachte umgekommen sind, soll nach den neuesten Fest-
stellungen 163 betragen. Von den Leichen sind bis jetzt 128 ge-
borgen. Ursprünglich hatte die Verwaltung die Zahl der Ver-
mißten nur auf 105 angegeben.

— **200 Personen umgekommen.** Buenos Ayres, den 21. Februar. Der Dampfer „Präsident Rocco“ ist an der argen-
tinischen Küste gesunken, nachdem eine Feuersbrunst an Bord ausgebrochen war. Gerüchweise verlautet, daß alle Passagiere, ca. 200 Personen, sowie die gesamte Schiffsbesatzung um-
gekommen seien.

Letzte Nachrichten.

— **Berlin, 22. Febr.** Der Messerstecher hat gestern seine Arbeit wieder aufgenommen. In der Festlosstraße zu Charlotten-
burg wurde ein 15jähriges Mädchen von einem Manne ange-
griffen, der ihr das Jodett, das Kleid und den Gürtel durchstach, sie aber sonst nicht verletzte. Der Täter, ein etwa 20jähriger Burche, ist entkommen.

— **Berlin, 22. Febr.** Vor einigen Monaten zog zu den Ehe-
leuten Schubert in der Vientaler Straße 23 eine 18jährige Kusine namens Erna. Es entspann sich bald zwischen dem Kuffen und der 21jährigen Tochter Schuberts ein Liebesverhält-
nis, von dem der Vater aber nichts wissen wollte. Er kün-
digte deshalb dem Kuffen das Zimmer. Der Kuffe jann daher auf Rache. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr kam es in der Woh-
nung zu einem erregten Wortwechsel. Möglicherweise Erna einen Revolver hervor und feuerte 2 Schüsse auf Schubert ab. Eine Kugel drang dem 42jährigen Manne in die linke Schläfe, die andere verletzte ihn unterhalb des rechten Auges. Es gelang der Polizei, den Täter festzunehmen.

— **Berlin, 22. Februar.** Ein erschütternder Vorgang spielte sich gestern in einem Hotel in der Kopenstrasse ab. Vom Fenster ihres im 3. Stockwerke gelegenen Zimmers stürzten sich der Tischlermeister Weide aus Ost-Landsberg und seine Frau in den Hof hinab und erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

— **Stargard, 22. Februar.** Der Chauffeur Karl Schmidt aus Pankow, der mit einem Kraftwagen des Brinzen Friedrich Wilhelm von Brünen auf der Straße Konitz-Stargard einen An-
fahren überfuhr und denselben schwer verletzte, wurde vom hiesigen Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis und 60 M. Geldstrafe verurteilt. Als strafverschärfend kam in Betracht, daß Schmidt fortfuhr, ohne sich um den Kranken zu kümmern.

— **Kopenhagen, 22. Februar.** Gestern abend wurde hier ein zweites Messerattentat auf eine Dame verübt. Die Ueberfallene kam gegen 10 Uhr abends nach Hause und wurde auf der Straße von einem Manne überfallen, der versuchte, ihr mit einem lan-
gen, spitzen Messer einen Stich in den Unterleib zu versetzen. Auf den Schreien der Frau wurde der Täter, welcher unterlegt blieb, rannte der Attentäter davon und entkam.

— **Madrid, 22. Februar.** Die Bewohner der spanischen Provinz Alicante sind gestern früh durch ein Erdbeben gestört worden. In mehreren Orten der Provinz wurden drei Erdstöße verspürt; namentlich der zweite war so heftig, daß alle Welt aus den Woh-
nungen und Kirchen auf die Straßen flüchtete. Einige Frauen und Kinder wurden verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100. Montagvormittags von 9 bis 12 1/2 Uhr und Sonn-
abendnachmittags von 4 bis 6 Uhr.

— **J. G. Lippstadt.** Ihre Karte mit dem Hinweis auf die Sitzung des Gew.-Kartells und die Gew.-Bibliothek ging erst Sonnabend nachmittag hier ein, also zu spät für die Sonnabend-
Nummer.

— **D. S. Kirchsegen.** Wir haben nichts dazwischen erhalten. Nach Münster. Etwas mehr Kürze.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Schluss-Angebot in unserem Reste-Verkauf!

Ca. **15000** Mtr. Hemdentuch

Eigene Ausrüstung.
Solides westfälisches
Fabrikat mit kleinen
Webfehlern. Kein Kunde
erhält mehr als 30 Mtr.

Einheitspreis Mtr.

27

Ganz aussergewöhnlich billig!

Kleiderstoff-Reste und Coupons

für Kostüme, Blusen, Kinder-
kleider etc., darunter ganz vor-
zügliche Qualitäten

zum Aussuchen

per Meter **65** und **1⁰⁰**

Hervorragende Gelegenheit!
Posten

Bielefelder Reinleinen

mit kleinen Webfehlern, erstes hiesiges Fabrikat
84 cm. breit

per Meter **125** und **165**

Läuferstoff-Reste

nur solide Qualitäten

per Meter **48** **68** **95**

Ca. **8000** Mtr.

Reste u. Coupons

Körperbarchent

Hemdentuch

Bettkattun

Bettdamast

Kleiderbarchent

Flockpiqué

Handtuchgebild

Möbelkattun

Rohnessel

Unterrockbarchent

Serie I

Serie II

Serie III

Serie IV

per Meter **18** **29** **45** **54**

Neu eingetroffen!

800 Meter

Schürzendruck- Fabrikreste

bestes Fabrikat, echt indigoblau,

in Längen bis 3 Meter

120 Centimeter breit

per Meter **39**

Besonders preiswert!

Posten ganz feine

Renforcé - Hemdentuche

für bessere Leibwäsche

solange Vorrat, per Meter **45**

Ein grosser Posten

Gummituch-Fabrik-Reste

nur gute und allerbeste Qualitäten

Serie I **175** Meter Serie II **275** Meter

Ein kleiner Posten Gummituch-Reste **35**
so lange Vorrat, jeder Rest

Ein Posten schwarze

Schürzenpanama - Reste

in verschiedenen Längen

per Meter **85** und **125**

Ein Posten

Schürzensiamosen-Reste

in allen Längen

zu sehr billigen Preisen.

Besonders vorteilhafte Auslagen von Resten und Coupons unserer Kurzwaren-Abteilung.

Ca. **10000** Meter **Wäschebesatz-Borde**
in Coupons à 5 Meter, darunter wundervolle Dessins

Serie I Coupon **25** Serie II Coupon **75**

Ca. **10000** Meter **Wäsche - Besatz**
garantiert waschecht, in Stücken à 10 Meter

Serie I Stück **20** Serie II Stück **30**

Ein Posten **Sächsische Festons**
darunter Cambric und Madapolamstickereien

in Coupons à 4 1/2 Meter Ser. I Coupon **78** Ser. II Coupon **98**

Ein grosser Posten **Barmer Festons**
darunter ganz eleganter Durchbruchfeston

in Coupons von 6 und 10 Metern, jeder Coupon **98**

Ca. **10000** Meter **Reinleinenene Spitze**
— mittlere Breite —

in Coupons à 10 Meter, jeder Coupon **50**

Ca. **5000** Meter **Hemden - Spitze**
— in Stücken à 10 Meter —

Serie I Stück **25** Serie II Stück **50** Serie III Stück **75**

Ca. **500** Meter **Sammet - Band**
in schwarz mit la. fester Perlante, in Stücken à 12 Meter

Serie I **39** Serie II **48** Serie III **59**

Ca. **3000** Meter **Mohair - Schutz - Borde**
in Stücken à 10 Meter

nur in schwarz, jedes Stück **38**

Ein Posten **Halbleinen - Band**
in Stücken à 20 Meter

jedes Stück **38**

Strumpfband-Reste

jeder Rest **10**

reinseid. Taffetbänder

in allen Farben

in Längen von 75 Centimeter

Serie I **10** Serie II **20**
Band **10** Band **20**

Rouleaux-Cordel

rein Leinen

in Stücken zu 7 Meter Stück **10**

in Stücken zu 10 Meter Stück **38**

Restbestand in reinleinenenen Spitzen

mit passenden Einsätzen

per Meter **15**

S. Alsberg & Co.

Nr. 44.

Partei

Die brandenburgische Sozialdemokratische Fraktion von der Märktischen Volks- In einem Zeitartikel: Wehr die Gemeindevorsteher sich ganz löbliche Bestreben. Folge" aufzuweisen, sagte zu meter, der nicht mindestens aufzuweisen habe, sei nichts bürgerlichen Gemeindevorsteher seinen Wählern schämen. Debatte, wo Genosse Döwle Mittel sprach und sich dagegen nützigen Anträge von der Mittel der Gemeinde abhän seien eine ganze Anzahl oppe dem. Man fühlte es deutlich, mündentum herausgebildet, besserer Erkenntnis der eige den Gemeinde" seine Komm Wenn dem nicht in den Anfo Programm der Sozialdemol delns in Parlamenten gem blaues Wunder erleben.

Die Landtagsfraktion wi Lehrerbildungsgehees. D blatt:

Die kam nun die sozial einem Gelegenheits, der wo Lehrer, nach dazu in der S nach Dirich und Feinert aa dem Gebiete der gemeinbli lichen Einschränkung der S zu geben?

Wir erlauben uns die un dah die Motive, auf Grund tagssraktion für das Lehrer von den „Budgetbewilligung Genossen untercheiden! Gohel für einen prinzipiell tratische Landtagsfraktion d zum Ausdruck gebracht), dah Tendenz innewohnt, dah di für was wir in den Gemei lehen: nach dem Selbstbe deiten und Schmälerung de staates, so muhte unsere Tr den Genossen, im Grunde g zurechtgeschmiedete Gelegen dem berücksichtigt? Nein!

Also lag kein stichhaltig dungsgehe einzutreten. Es fraktion auf dem Gebiete haulich, schon solche Proben sehen. Tritt man für die V berordneter ein, so kann m Gehe keine Zustimmung gebi diete der Autonomie Schwie

ac. Der außerordentlich demokratie, der am 13. und fand, hatte lediglich den B revisionistischen Mehrheit au drei Redakteuren des Wod lebigem, damit diese Angele lichen Parteitag allzu sehr i notwendigen Vorbereitunge wahlen beeinträchtigen sollt mit, dah der Vorschlag des „Get Wolf" eine marxistich der Genossin Roland Goh anzufragen, mit allen gegen „Tribune" fordernde Antr teilungen angenommen wur daktoren, die Genossen Wi dem zweiten Beichluf nich Stimmen ihr Ausichluf an Im Laufe der langen Leb nchtung angehörende Gen Gortler, die drei Redakteur hebung ihres Organs einu aber ebenso dringend vor s. B. der Genosse Van der eure Stimmung und die eigenen Führer vor der f solchen Umständen in die ihm jagen kann: Da ist der feiner Partei den Hals um wird, aber es wird den U gegenüber viel härter da, n Einheit wieder hergestellt, zu den Redakteuren gewar „Tribune" auf und nehmt teigenossen. Seid vorläufig neue Parteimonatsblatt dar meinen alle Marxisten in Aber vor allem beugt einen Damit seid ihr wieder die hoffe ich, nach viele Jahre werden.

Neulich äußerte sich di Harte, nach ihrer Meinung richtung in Holland viel ändern. Eine Kritik in d „Tribune" sie geliefert hab unerträglich.

Der Parteitag hat also gleichen können, sondern r geendet. Wahrscheinlich w erklörungen folgen. Jed marxistischen Richtung. Wi Roland Goh ihr Verbleibe arbeit versprochen.

Die ersten sozialistishe Bistoria. Dem „Vorwärts geschrieben: Kurz vor Weihnachten durch den Gouverneur auf Ministerpräsident Sir Tho bilden vermochte, nachdem Liberalen ein Mißtrauens zum erstenmal in der die Sozialisten, an der W autor in der Gesamtparte angewandten der politischen Ausichten für die sozialierein keine rosigen. Mich

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 44.

Bielefeld, Montag, 22. Februar 1909.

20. Jahrg.

Parteinachrichten.

Die brandenburgische Gemeindevorstandskonferenz und die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags werden von der „Märkischen Volksstimme“ zu Kottbus angegriffen. In einem Zeitartikel: „Wohret den Anhängen!“ wird zunächst die Gemeindevorstandskonferenz besprochen und erklärt, dass an sich ganz löbliche Bestrebungen, „praktische Arbeit“ zu leisten, „Erfolge“ aufzuweisen, für die Aufstellung, ein Stadtverordneter, der nicht mindestens jedes Jahr einige praktische Erfolge aufzuweisen habe, sei nichts wert, habe keine „Achtung“ bei den bürgerlichen Gemeindevorstellern und müsse sich demgemäß vor seinen Wählern schämen. Diese Auffassungen seien auf der Konferenz zum dringlichen Ausdruck gekommen an jener Stelle der Debatte, wo Genosse Düvel von der Aufbringung kommunaler Mittel sprach und sich dagegen wandte, die Stellung unserer notwendigen Anträge von dem Vorhandensein der materiellen Mittel der Gemeinde abhängig zu machen. Auf der Konferenz seien eine ganze Anzahl opportunistischer Vorschläge gemacht worden. Man fühle es deutlich, heraus, dass sich vielfach ein Staatsmännchen herausgebildet hat, das auf eigene Faust und in „besseren Erkenntnis der eigenartigen Verhältnisse der betreffenden Gemeinde“ seine Kommunalpolitik zu betreiben gesehnen ist. Wenn dem nicht in den Anfängen entgegengetreten und nicht das Programm der Sozialdemokratie als Richtschnur unseres Handelns in Parlamenten gemacht wird, können wir noch unter blauen Wunden erleben.

Die Landtagsfraktion wird getadelt wegen der Annahme des Lehrerbeförderungsgesetzes. Dazu schreibt unser Kottbuser Parteiblatt:

„Wie kam nun die sozialdemokratische Landtagsfraktion dazu, einem Gesetzentwurf, der wohl eine materielle Besserstellung der Lehrer, noch dazu in der Kompositionsfassung bringt, aber doch nach Dirich und Leinert ganz erhebliche Verschlechterungen auf dem Gebiete der gemeindlichen Selbstbestimmung und der staatlichen Einschüpfung der Schulmaterie bringt, ihre Zustimmung zu geben?“

Wir erlauben uns die unmaßgebliche Meinung auszusprechen, daß die Motive, auf Grund deren die sozialdemokratische Landtagsfraktion für das Lehrerbeförderungsgesetz eintrete, sich in nichts von den „Unbegreiflichkeitsgründen“ unserer süddeutschen Genossen unterscheiden! Wir halten die Zustimmung zu dem Gesetz für einen prinzipiellen Fehler. Wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Auffassung hatte (und sie hat sie zum Ausdruck gebracht), daß dem Gesetzentwurf eine reaktionäre Tendenz inne wohne, daß dieser Gesetzentwurf das unterste, für was wir in den Gemeinden kämpfen und wonach wir uns lehnen: nach dem Selbstbestimmungsrecht in Schulanlagen und Schulaufsicht der Rechte des reaktionären Unterstaates, so mußte unsere Fraktion dagegen stimmen. Was ging den Genossen, im Grunde genommen, von der von der Volkspartei zurückgegriffenen Gesetzentwurf an? Sind unsere Wünsche in dem berücksichtigt? Nein!

Also lag kein stichhaltiger Grund vor, für das Lehrerbeförderungsgesetz einzutreten. Es ist nach all dem Guten, was unsere Fraktion auf dem Gebiete der Kritik leistete, gerade nicht erlaubt, schon solche Proben „praktischer Staatsmännlichkeit“ zu sehen. Tritt man für die Autonomie der Gemeinden als Stadtverordneter ein, so kann man als Landtagsabgeordneter keinem Gesetz seine Zustimmung geben, das den Gemeinden auf dem Gebiete der Autonomie Schwierigkeiten bereitet. Prinzipien obstat!

ac. Der außerordentliche Parteitag der holländischen Sozialdemokratie, der am 13. und 14. Februar in Deventer stattfand, hatte lediglich den Zweck, die Streitigkeiten zwischen der revisionistischen Mehrheit und den Marxisten — vor allen den drei Redakteuren des Wochenblattes „De Tribune“ — zu erledigen, damit diese Angelegenheit zu Overten nicht den ordentlichen Parteitag allzu sehr in Anspruch nehmen und vielleicht die notwendigen Vorbereitungen zu den bevorstehenden Kommunalwahlen beeinträchtigen sollte. Die Verhandlungen endeten damit, daß der Vorschlag des Parteivorstandes, dem Zentralorgan „Het Volk“ eine marxistische — von dem Genossen Wibaut und der Genossin Roland Holst zu redigierende — Wochenbeilage anzufügen, mit allen gegen 4 Stimmen, der die Aufhebung der „Tribune“ fordernde Antrag gegen die Stimmen von 9 Abteilungen angenommen wurde, und daß dann, da die drei Redakteure, die Genossen Wijnkoop, van Ravestein und Ceton, sich dem zweiten Beschluß nicht fügen wollten, mit 209 gegen 88 Stimmen ihr Ausschluss aus der Partei beschlossen wurde. — Im Laufe der langen Debatten hatten andere der marxistischen Richtung angehörende Genossen, mit Ausnahme des Genossen Gorter, die drei Redakteure dringend ersucht, sich mit der Aufhebung ihres Organs einverstanden zu erklären, andererseits aber ebenso dringend vor dem Ausschluss gewarnt. So sagte z. B. der Genosse Van der Goot zu der Mehrheit: „Ich verstehe eure Stimmung und die eurer Führer, aber behaltet eure eigenen Führer vor der Blamage. Trefft ihr soll nicht unter solchen Umständen in die Kammer zurückkehren, daß man von ihm sagen kann: Da ist der Mann, der der Opposition innerhalb seiner Partei den Hals umdrehte. Ich weiß, daß es nicht so leicht wird, aber es wird den Anschein haben. Ihr steht dem Lande gegenüber viel härter da, wenn ihr sagen könnt: Wir haben die Einheit wieder hergestellt, ohne daß Tote im Felde geblieben sind.“ Zu den Redakteuren gewandt sagte derselbe Genosse: „Seht die „Tribune“ auf und nehmt wieder Platz in den Reihen der Parteigenossen.“ Sie vorläufig aufrieben mit dem Erfolg, den das neue Parteiwochenblatt darstellte. Mit sehr wenigen Ausnahmen meinen alle Marxisten in der Partei, daß dies ihre Pflicht ist. Aber vor allem beugt einem verkehrten Beschluß der Partei vor. Damit seid ihr wieder die alten erprobten Parteigenossen, die, hoffe ich, noch viele Jahre mit uns gemeinsam den Kampf führen werden.

Ähnlich äußerte sich die Genossin Roland Holst, welche erklärte, nach ihrer Meinung seien die Unterschiede in der Parteirichtung in Holland viel kleiner als in den meisten anderen Ländern. Eine Kritik in der Form und in dem Maße, wie die „Tribune“ sie geliefert habe, sei für jede Partei auf die Dauer unrentabel.

Der Parteitag hat also die vorhandenen Gegensätze nicht ausgleichen können, sondern mit dem Ausschluss einiger Genossen geendet. Wahrscheinlich werden auch noch eine Reihe Austritts-erklärungen folgen. Jedenfalls aber haben die Führer der marxistischen Richtung, Wibaut, van der Goot und die Genossin Roland Holst ihr Verbleiben in der Partei und ihre fernere Mitarbeit versprochen.

Die ersten sozialistischen Parlamentskandidaten im Staate Victoria. Dem „Vorwärts“ wird aus Melbourne, 4. Jan., geschrieben:

Nach dem Verfall der Wahl wurde das Unterhaus von Victoria durch den Gouverneur aufgelöst, weil der bisherige konservative Ministerpräsident Sir Thomas Bent sein neues Ministerium zu bilden vermochte, nachdem das Parlament ihm auf Antrag der Liberalen ein Misstrauensvotum erteilt hatte.

Rum erstmalig in der Geschichte Victorias, entschlossen sich die Sozialisten, an der Wahlkampf teilzunehmen, nachdem kurz zuvor in der Gesamtpartei von Australien durch Referendum zugunsten der politischen Aktion entschieden worden war. Die Aussichten für die sozialistischen Kandidaten waren von vornherein keine rosigen. Nicht nur das jugendliche Alter der Partei

von drei Jahren, die Schwäche der Finanzen, die Kürze der Zeit zwischen Parlamentsauflösung und Neuwahl (23. Dezember 1908), sondern hauptsächlich auch die Ansicht im Lande, daß es sich um eine Entscheidung für oder wider das bisherige Regime handelte, standen der sozialistischen Partei im Wege. Sie stellte zwei Kandidaten ins Feld, erklärte revolutionäre, marxistische Sozialisten. Mehr Kandidaten aufzustellen war schon darum nicht möglich, weil in Victoria (wie in anderen australischen Bundesgebieten) bei den Wahlen für das Unterparlament noch das vor circa 20 Jahren geschaffene infame Gesetz besteht, daß die Kandidaten die Summe von 50 Pfd. Sterling (1000 Mk.) hinterlegen müssen. Diese 50 Pfd. Sterling, die aufzubringen für eine arme Partei nicht leicht ist, gehen an den gutmeinenden Vater Staat verloren, wenn der Kandidat nicht mindestens ein Fünftel der Stimmen des siegreichen Kandidaten auf sich vereinigt. Kennzeichnend für die Arbeiterpartei ist, daß sie diese Gesetze niemals ernstlich bekämpft hat. Vor den Wahlen hatte die Arbeiterpartei, in einer von ihr vorgeschlagenen Konferenz, eine Vermählung mit der sozialistischen Partei angestrebt. Als aber unsere Delegierten fragten, ob die bisherigen Arbeiterkandidaten denn in Zukunft als sozialistische auftreten würden, war es mit der Konferenz zu Ende! So wurde die Wahlparole der Sozialisten: Kein Kompromiß! Ihre Kandidaten haben es nicht wie die übrigen vornehmlich auf Stimmenfang ab, sondern bemühen sich um die Schulung der Wähler in Nationalökonomie und Politik. Ihre Wahlreden standen an Intelligenz, Feuer und Entschiedenheit hoch über dem persönlichen, denunziatorischen Gezeiter der Nichtsozialisten. Die große Masse der Wähler, für deren Schulung die Arbeiterpartei in ihrer 25jährigen Existenz so gut wie nichts getan hat, ist jedoch politisch noch zu unwissend, noch zu sehr hypnotisiert von den Schlagwörtern: Liberale Partei und Arbeiterpartei, als daß sie den Sozialisten zum Siege verholfen hätte; obwohl wirkliche Begeisterung und der Wille, die Redner anzuhören nur in der Wahlversammlung der sozialistischen Kandidaten vorhanden war. Die Arbeiterpartei bejaht die Verträge, am Tage vor der Entscheidung ein Flugblatt voll der schmutzigsten Lügen über die Sozialisten auszustreuen, ferner durch einen ihrer Redner erklären zu lassen, daß ein sozialistischer Kandidat betrogen worden sei. Das Resultat der Wahl war, daß die sozialistischen Kandidaten nur 82 und 85 Stimmen gegen 984 und 781 der Sieger erhielten. In beiden Kreisen schloß die Arbeiterpartei durch. Das Parlament, das 65 Abgeordnete hat, ist nach der Niederlage der Konservativen zusammengesetzt aus 22 Konservativen, 19 Liberalen, 21 Arbeiterparteilern und 3 Wilden. Die Arbeiterpartei gewann 6 Sitze, während sie vor der Auflösung 15 Mandate hatte. Früher hatte sie schon einmal 18 Sitze innegehabt. In Zukunft wird jedenfalls die Entscheidung zwischen der Arbeiterpartei und den vereinigten Konservativen und Liberalen fallen müssen. Voraussichtlich wird die Arbeiterpartei dann in nicht zu langer Zeit die Macht ergattern und erst dann wird das Feld für die Sozialisten zu fröhlichem Ringen geklärt sein. Die sozialistische Partei verliert also jetzt leider ihr Depotit. Ines erklärte eine kapitalistische Zeitung, daß das Wahleresultat für die Sozialisten ein gutes sei, und daß ist der Fall, wenn wir berücksichtigen, daß 1901, als die Sozialisten von Sydney zum erstenmal ins Wahlfeld zogen, ihr zugewählter Kandidat in einem Arbeiterdistrikt nur 20 Stimmen erhielt. Der Beginn in Victoria ist verheißend.

An diesen Wahlen haben die Frauen noch nicht teilgenommen. Erst vor einigen Wochen erhielten sie in Victoria, der in diesem Falle der letzte der australischen Staaten war, das Wahlrecht, nachdem das betreffende Gesetz vom Unterhaus sechsmal angenommen, vom Oberhaus aber immer wieder verworfen worden war.

In New-Seeland, in dem vor einigen Wochen Parlamentswahlen stattfanden und drei sozialistische Kandidaten im Felde standen, vereinigte ein Sozialist 237 Stimmen auf sich. Die Arbeiterpartei ist in New-Seeland sehr schwach und brachte nur einen Kandidaten mit Hilfe der sozialistischen Stimmen durch, und dies in der Hauptstadt des Landes, Wellington.

Gewerkschaftsbewegung.

Preussische Garbpolitik? Recht eigentlich Gründe gibt die Firma Schwarzpfort. Lokomotivfabrik, dafür an, daß sie in verschiedenen Abteilungen Abzüge auf die Arbeitspreise macht. Einer Kommission, die wegen der Abzüge vorstellig wurde, ist seitens der Direktion gesagt, daß sich die Abzüge notwendig machen, weil die preussische Regierung die Preise so sehr drückt. Ist die Regierung wirklich so kurzschichtig, daß sie glaubt, durch Drücken der Preise sparen zu können? Durch eine solche Politik wird das Gegenteil erreicht. Werden die Preise gedrückt, dann wird die Arbeit schlechter, die Leistungsfähigkeit der Maschinen geht zurück und die Garbpolitik der Regierung schlägt in das Gegenteil um. Der Verband der Metallarbeiter wird sich mit einem Abgeordneten in Verbindung setzen, um feststellen zu können, was an dem Ganzen zureichend ist.

Metallarbeiter. In den Sanja-Automobilwerken zu Barel (Odenburg) sind Differenzen ausgebrochen; die Dreher sind in den Streik eingetreten. Die Kollegen werden daher gebeten, vorläufig Barel zu meiden.

Beamtenentlassungen. In Verfolg der dieser Tage perfekt gewordenen Fusion der Kleinbahnfabrik Arthur Koppel, Bochum, mit der Firma Drenth & Co. Koppel, Berlin, wurde auf erlassenermte Werte 80 Beamten gekündigt.

Aus den Gewerkschaften. Der Verband der Bureauangestellten zählt gegenwärtig rund 5000 Mitglieder. — Der Malerverband hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl um 474 vermehrt. Er verzeichnete Ende 1907 35 817, Ende 1908 36 391 Mitglieder. Der Sattlerverband hatte Ende 1908 6664 Mitglieder, das bedeutet gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, wo 7010 Mitglieder gezählt wurden, einen Rückgang der Mitgliederzahl um 346. — Der Tapeziererverband hat im Jahre 1908 einen Mitgliederzuwachs von 635 erlitten. Seine Mitgliederzahl betrug Ende 1907 8479, Ende 1908 7844.

Der Verband der Maler, Lackierer usw. hält seine zwölfte Generalversammlung vom 2. bis 5. März 1909 im Gewerkschaftshaus zu Köln ab. Als Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, Wahl des Bureau, der Redaktionskommission und Prüfung der Mandate. 2. Nachbericht des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion des „Bereins-Anzeigers“ (Referenten: Weinert, Marx, Zöbeler und Wenzler). 3. Beratung der zum Statut gestellten Anträge (Referent: Zöbeler). 4. Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu einem Reichstaxi. 5. Beschlüsse des Gewerkschaftstages zu Hamburg (Referent: Jacobson u. Streine). 6. Der Kampf gegen die Gefahren der Weidergiftung (Referent: Buchholz). 7. Verabschiedung über die durch vorstehende Punkte nicht erledigten Anträge. 8. Wahl der Vorstandsmitglieder. Festsetzung der Diäten und Gehälter. Bestimmung der Orte für den Sitz des Vorstandes und Ausschusses.

Lohnbewegung in der Textilindustrie. Die Textilarbeiter in München-Gladbach haben in verschiedenen Werken Lohnforderungen gestellt, so bei der Firma Emil Brandts, bei der Firma Wanders u. Hoffmann und bei der Firma Melde u. Gerfs. Bei der Firma Normanns u. Thoma

ist inzwischen eine Verständigung erzielt worden. Die Antworten der übrigen Firmen stehen noch aus. — Die Aktienweber Schwaib u. Co. Grafath bei Krefeld, sperrte ihre sämtlichen Weber und Weberinnen und einen Teil der Hilfsarbeiterinnen, circa 300 an der Zahl, aus. Die Aussperrung war die Antwort darauf, daß 56 Weber der Teppichbranche die Kündigung wegen Ablehnung einer 25- bis 30prozentigen Lohnreduktion einreichten. Die Firma versucht bereits zum vierten Male innerhalb Jahresfrist, eine Lohnreduktion durchzubringen. Die Belegschaft ist ziemlich vollständig organisiert, teils im deutschen, teils im christlichen Verband. Die Firma stellt sich auf den Herrenstandpunkt und lehnt jede Verhandlung mit den Verbandsleitungen ab.

Die Baumwollspinnerei von Otto Bülthgen in Rheinfelden (Rheinland) hat ihren circa 650 Arbeitern eine 8- bis 10prozentige Lohnreduktion angekündigt. Es scheint, als wolle die Firma noch kurz vor Beendigung der Krise einen Versuch unternehmen, um die neuen Aufträge nach den gefürzten Löhnen herstellen zu lassen.

Die Granitsteinwerke der „Deutschen Steinindustrie“ in Reichenbach im Odenwald stehen der unerhörten Lohnabgabe wegen seit Jahresbeginn im Streik. Herr Römer, der Leiter dieses Etablissements, hat an die Steinmetzmeister und Bildhauer Deutschlands ein Rundschreiben erlassen, in dem er herabgewürdigt um Steinhauer, bittet. Er behauptet darin u. a.: „Die Werkstätten sind modern, massiv gebaut, im Winter sogar geheizt. Unsere Leute verdienen laut berufsgenossenschaftlichem Ausweis 4 bis 5,50 Mk. (hierzu bemerkt die Streikleitung: Die meisten Arbeiter aber weniger.“) Wir bitten, vorpfeifenden Steinmetzen zu sagen, daß sie, ehe sie nach Reichenbach reisen, an unsere Firma schreiben sollen. Wir geben dann die Löhne an. Die Zugerechneten holen wir selbst ab. Damit soll vermieden werden, daß die Leute von den herumstehenden, in unserem Geschäft nicht mehr tätigen Steinmetzen vor jeder Belästigung geschützt sind. In der Erwartung usw. J. M. Joseph Römer.“

Die Löhne waren hier so gering, daß nur die begünstigten Odenwaldbewohner mit ihrer angeborenen Sparsamkeit auskommen konnten; deshalb sollte sich kein Steinmetz nach diesem Eldorado durch hochtrabende Nebensarten verlocken lassen. Erwähnenswert ist noch, daß die hiesigen Einwohner mit den Streikenden inmpathisieren; trotzdem es hier 15 Wirtschaften gibt, konnten Streikbrecher im Ort kein Quartier finden.

Ein ungeheurer Gewerkschaftsbeamter. Vor einiger Zeit war der Gewerkschaftsbeamte Otto Klabau in Mecklenburg nach Unterdrückung von Verbandsgebern in Höhe von 160 Mk., dem Hainarbeiter- und Semannsverband gehörig, und unter Zurücklassung von Privatguthaben im Betrage von 600 Mk. flüchtig geworden. Er wurde aber verhaftet und ist jetzt in Rummel abgewiesen worden. Ihm wurde Unterdrückung, Betrug in mehreren Fällen, sowie Urkundenfälschung zur Last gelegt. Seine Ehefrau wurde des Betruges in einem Falle und der Urkundenfälschung beschuldigt. Klabau gab vor Gericht zu, die Verbandskasse geschädigt zu haben. Klabau erhielt 1 Jahr und 2 Monate Gefängnis. Seine Frau bekam 2 Monate 5 Tage Gefängnis. — Die Eheleute haben ein sehr bewegtes Leben hinter sich, so daß es erstaunlich ist, wie man den Mann mit dem wichtigen Amte eines Gewerkschaftsführers vertrauen konnte. Dieser Fall mahnt zur Vorsicht bei der Auswahl von Beamten für die Arbeiterbewegung.

Eine gerichtliche Klarstellung. Eine klägliche, jämmerliche Rolle spielte vor dem Schöffengericht Ludwigsb. in einer jener Schwärze, die durch ihre ehrabscheuerlichen Behauptungen mit die große Erregung gegen die Leitung des Metallarbeiterverbandes schüren halfen, wie sie bei Beendigung des Streikwertstreits zutage trat. Der Angeklagte, Schreinermeister Johann Eich von Ludwigsb., ist auf die sozialdemokratischen Vertreter auf dem Ludwigsb. Rathhaus nicht gut zu sprechen, das mag wohl der tiefere Grund seines mühsigen Geredes sein, für das er vor Gericht auch nicht die geringste Erklärung hatte. Am 10. Januar d. J. unterhielt sich der Herr Paul Becker von Ludwigsb., der eben aus einer Versammlung der Streikwertarbeiter heimkehrte, in der Wirtschaft von Jäger in Ludwigsb. mit verheirateten Kollegen über die Streikbewegung, wobei der Angeklagte auch seine Ansicht kundgab. Dabei bemerkte der Angeklagte: „Seht ihr, es ist ja traurig, daß der Arbeiter seine paar Pfennige dran hängt und hinterrück wird er hintergangen von der Leitung. Es ist begreiflich, daß die Versammlung stürmisch verlaufen mußte, wo die Arbeiter ihr gutes Geld bezahlen müssen und so betrogen werden. Er sei in ein besseres Weinrestaurant gekommen, da hätten zwei Direktoren gesessen und bei ihnen ein Gewerkschaftsbeamter. Da habe er gehört, daß die Direktoren dem Gewerkschaftsbeamten 500 Mark geboten hätten, wenn er dafür sorgte, daß der Streik abgebrochen werde und die Arbeit zu den abgemachten Bedingungen wieder aufgenommen werde. Der Beamte habe sich damit einverstanden erklärt.“ Becker wandte sich nach Beendigung des Gesprächs an Eich mit dem Ersuchen, ihm die Namen der Direktoren zu nennen. Er erwiderte jedoch, wenn er vor Gericht komme, werde er die Namen nennen und unter seinem Eide alle Behauptungen wiederholen. Für Becker war das Nachsichliegende, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, und er teilte diese Aeußerung den Leitern des Streits, Vorhölzer und Schneider, mit, die darauf Klage gegen Eich erhoben. Vergeblich eruchte der Vorsitzende den Angeklagten, ihm doch irgend einen Anhaltspunkt zu geben, wie er zu solchen Behauptungen komme. Er wußte aber nicht einmal das Weinrestaurant anzugeben, wo der Gewerkschaftsbeamte dem Handel mit den Direktoren abgeschlossen haben soll, geschweige daß er die Namen der Direktoren angegeben wußte. Vorhölzer bemerkte, das Gericht sei sogar nach Dortmund getragen worden und er habe es dort zu hören bekommen. Schneider befand, gerade auf dieses Gerede hin sei er aufs schmerste verärgert worden, die große Masse habe die Behauptung geglaubt. Wenn irgend etwas Wahres daran gewesen wäre, so hätte er seinen Koffer quittiert; unter diesen Umständen hätte er ihn nicht verlassen können. Beide Kläger wie auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Dirscher, verurteilten seine Verstraffung, nur einen Widerruf der verleumdenden Behauptungen und Tragung der Kosten. Das Urteil lautete auf 30 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten, sowie Verurteilung des Urteilstenors in der „Mettalarbeiterzeitung“, der „Rätschen Post“ und in der „Mettalarbeiterzeitung“. In der Begründung heißt es: Es hat die Verhandlung zur Evidenz ergeben, daß die Behauptungen des Angeklagten lediglich leeres müßiges Wortschwallöde waren, das einer Unterlage völlig entbehrt. Die Verleumdung ist grober Natur. Nur durch das Verhalten des Angeklagten vor Gericht ist das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Angeklagte geistig nicht vollwertig zu nehmen ist, und es wurde deshalb auf eine geringe Geldstrafe von 30 Mk. erkannt. Eine Serie von Verleumdungslagen gleicher Natur steht noch bevor.

Zur Aussperrung im Wiener Tischlergewerbe. Wie aus Wien berichtet wird, soll die Aussperrung ihren lokalen Charakter verlieren und zu einer Sache der gesamten Industrie Österreichs werden. Auch soll die Aussperrung sich nicht auf alle Arbeiter erstrecken, sondern nur auf solche, die organisiert sind. Die christlich-sozialen und die sogenannten freien Holzarbeiter sollen herausgefiltert und in die von der Vereinigung bestimmten Werkstätten mit Maschinenbetrieb gebracht werden, wohin auch die Unternehmer ihre halbfertigen Arbeiten zu bringen

haben. Dieser Plan wurde gemeinschaftlich mit den christlich-sozialen Holzarbeitern geschmiedet, die sich auch schon auf Streikbrochen einrichten. Aber aus dem schönen Plan kann nichts werden, denn diese Streikbrecherorganisationen zählen nur ein paar hundert Mitglieder, die die Arbeit der Ausgeworbenen nicht leisten können. Wird der Zug nach Wien ferngehalten, dann ist den Ausgeworbenen der Erfolg sicher.

Die Tischler der Möbelfabrik Kopp in Reben (Schweiz) befinden sich seit dem 1. Dezember 1908 im Streik. Die Ursachen hierzu sind fortwährende Schikanen und Maßregelungen seitens des Fabrikanten. Besonders die Deutschen hatten darunter zu leiden. Da sich nun der Möbelfabrikant Kopp noch immer um Streikbrecher bemüht und besonders in deutschen Zeitungen annonciert, so appellieren die Streikenden an alle Kollegen, den Zug von Tischlern, Maschinisten und Tapezierern nach Reben fernzuhalten und sie dadurch in ihrem Kampf zu unterstützen.

528 Lohnkämpfe haben im Jahre 1908 in der Schweiz stattgefunden gegen 754 in 1907. Davon waren 93 (1907: 109) Streiks, 278 (137) Lohnbewegungen, 141 (120) Sperrungen, 13 (14) Ausperrungen und 3 Boykotts. Von den Ausperrungen sind besonders erwähnenswert die der Holzarbeiter in Lugern, Büsch und Bern, der Sticker (700) in Arbon und der Schneider (700) an etwa einem Dutzend Orten in der ganzen Schweiz. Die beteiligten Organisationen wurden auf eine harte Probe gestellt, aber sie blieben intakt und so konnten auch die meisten Kämpfe zugunsten der Arbeiter beendet werden.

Zentralisation der britischen Gewerkschaften. Zwecks gegenseitiger Unterstützung hat eine Anzahl britischer Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedszahl von über 100.000 Mann eine große Organisation geschaffen, von der man sich große Erfolge für die Arbeiterklasse erwartet, als es sich durchweg um halbgebildete und ungelernete Arbeiter handelt. Die von zehn Gewerkschaften vereinbarte Organisation soll folgende Programmpunkte durchführen: 1. Gegenseitige Anerkennung der Berechtigungen der Mitglieder. 2. Uebertragung von Mitgliedschaften einer Gewerkschaft in die andere im Falle des Berufswechsels. 3. Wechselzeitige allgemeine Unterstützung. 4. Organisation gemeinsamer Vorgehens bei Arbeitsstreitigkeiten. 5. Einführung von Schiedsgerichten bei Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften. Der Organisationsvertrag wurde von folgenden Gewerkschaften geschlossen: Vereinigte Arbeiter von London, Arbeiterverband, Britische Arbeitervereine, Erd-, Bau- und allgemeiner Arbeiterverband, Dred-, Werft- und Eisenarbeiterverband, Gasarbeitervereinigung, Regiearbeiterverband, Transportarbeiterverband, Nationaler Arbeiterverband, Nationale Gasarbeitervereinigung. Diese Verbände haben zusammen über 100.000 Mitglieder. Die gemeinsame Organisation wurde durch den Gewerkschaftsverband zustande gebracht, und man hofft, daß eine solche Verwirklichung der beteiligten Gewerkschaften folgen wird. Darin liegt auch die Hauptbedeutung der Organisation. Einige kleinere Gewerkschaften werden Mitglieder verlieren und vielleicht ganz eingehen, und dafür wird sich die gesamte Organisation der ungelerten Arbeiter in ein oder zwei große Gewerkschaften gliedern, die natürlich einen bedeutend größeren Machtfaktor bilden, als eine Anzahl kleinerer Gewerkschaften. Mit dieser Organisation ist ein Ziel erreicht, auf welches man in den einschlägigen Kreisen der Arbeiterschaft, namentlich beim Gasarbeiterverband, seit langen Jahren hinarbeitete.

Die amerikanischen Guttmacher führen seit Ende vorigen Monats einen Kampf gegen die „Associated Hat Manufacturers“ (Vereinigte Hut-Fabrikanten). In 57 Hutfabriken deren Besitzer dieser Vereinigung angehören, wurde die Arbeit niedergelegt. Zwischen 20 bis 25.000 Guttmacher traten in den Streik. Die Guttmacher sind stark organisiert, ihrer Gewerkschaft, „United Hatters“, gehören 25.000 Mitglieder an. Die äußere Ursache zu diesem Streik lag in dem Kontraktbruch einer Firma in Boston, die sich über die Vereinbarungen mit der Gewerkschaft hinwegsetzen wollte. Der tiefere Grund besteht aber darin, daß die Fabrikanten das „Unionlabel“, die Schutzmarke der Gewerkschaft, los sein möchten. Jeder Hut, der von organisierten Arbeitern hergestellt ist, trägt, am Futter befestigt, eine kleine Marke der Gewerkschaft. Damit haben die Guttmacher selbst eine ausgezeichnete Kontrolle über die Fabrikate, und die übrige Arbeiterschaft ist in der Lage, den organisierten Guttmachern ihre volle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Das Unionlabel ist den amerikanischen Gewerkschaften ein beliebtes Mittel, ihre Anerkennung bei den Unternehmern durchzusetzen. Die Kleidermacher, die Brauer, die Buchdrucker und viele andere Gewerkschaften, sogar die Bäcker, haben es eingeführt. Den Unternehmern ist es natürlich sehr unangenehm, und sie nehmen gern eine Gelegenheit wahr, dagegen anzukämpfen. Die vorhin erwähnte kontraktbrüchige Firma hatte sich an die Hutfabrikanten-

tenvereinigung gewandt und diese beschloß einstimmig, den Kampf für die bedrohte Firma und gegen das Unionlabel aufzunehmen. Die Guttmacher wissen, daß das Unionlabel die Lebensfrage für ihre Organisation bedeutet, und darum zögerten sie auch nicht, sofort in großem Maßstabe in den Kampf zu treten. Die Unternehmern aber gehen auch energisch vor und haben schon Schadenersatzansprüche gegen die Union geltend gemacht, die von den Gerichten zugunsten der Unternehmern entschieden worden sind. In einigen Orten haben die organisierten Guttmacher bereits Erfolge erzielt und mehrere Fabrikanen haben Frieden geschlossen.

Soziales.

Die fürsorglichen Jünger. Die ostelbischen Agrarier fliehen rein über vor lauter Fürsorge für „ihre“ Arbeiter. So hat sich zu dem Plane der Reichsregierung, den Krankenversicherungszwang auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter auszuweiten, der Vorstand der Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen in einer Eingabe an den Landwirtschaftsminister dahin geäußert, daß er eine allgemeine Ausdehnung des Krankenversicherungszwanges auf die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht für notwendig erachte, da die Krankenfürsorge durch die Arbeitgeber in der Regel freiwillig in genügendem Maße gewährt werde.

Die Herren von der Landwirtschaftskammer müssen mit den Verhältnissen auf dem Lande auch nicht im geringsten vertraut sein, sonst müßten sie wissen, daß eine Krankenversicherung für die Landarbeiter und ihre Familien dringend notwendig ist. Heute wird vielfach erst dann der Arzt geholt, wenn es gilt, einen Totenschein auszustellen. Und wir weisen darauf hin, daß die Konferenz der deutschen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, die im Königsberg tagte, die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter gefordert hat. Sie hat erklärt, daß die reichsrechtliche Krankenversicherung für die Landarbeiter im allgemeinen notwendig und wünschenswert sei. — Nun sagt der Vorstand der ostpreussischen Landwirtschaftskammer in seiner Eingabe weiter: Sollte der Versicherungszwang trotzdem eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß die Einführung der Versicherungspflicht für Landarbeiter in dünn besiedelten und wenig wohlhabenden Kreisen, wie sie vor allem in den östlichen Provinzen zahlreich vorkommen, ersten, finanziellen Bedenken unterliegen, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung erheblicher Erleichterungen entschließt; denn die Versicherung würde in solchen Bezirken für die Arbeitgeber und die Versicherten selbst eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz auf schwerste gefährden würde. Diese letzte Behauptung ist überaus lächerlich. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer spricht hier im Namen der Arbeiter. Den Auftrag hierzu dürfte ihm wohl kein größerer Kreis von Landarbeitern gegeben haben. Aber die Agrarier wollen sich die geringen Kosten einer Krankenversicherung vom Halbe halten und deshalb greifen sie zu solchen Mitteln.

ac. Der englische Arbeitsmarkt war im Januar etwas besser als im Monat Dezember. In 416 Gewerkschaften mit einer Mitgliedszahl von 688.688, die dem Handelsamt ihre Berichte einreichten, befanden sich Ende des Jahres 59.786 oder 8,7 Prozent ohne Arbeit. Im Dezember 1908 wurden 91,1 Prozent und im Januar letzten Jahres 5,8 Prozent der Mitglieder als arbeitslos gemeldet.

Militärisches.

Militärgerichtsverurteilung. Das Straßburger Kriegsgericht verurteilte einen Sergeant zu drei Monaten Gefängnis, weil er einen ihm gegebenen Befehl nicht sofort ausführte. — Vom Kriegsgericht Saarburg wurde ein Mann zu vier Wochen strengen Arrest verurteilt, weil er einem Unteroffizier, dem Degradation und längere Freiheitsstrafe bevorstand, nicht mehr als Vorgesetzten behandelt hatte. Das Obergericht hob in diesem Falle das Urteil auf. — Vom Kriegsgericht Straßburg erhielt ein Soldatenführer fünf Tage Mittelarrest.

Ein geisteskranker Leutnant. Magdeburg, 21. Febr. Das Kriegsgericht sprach den Leutnant Fromme, der unter der Anklage der Verleumdung und vorschriftswidrigen Behandlung von Untergebenen im Sinne des § 175 stand, frei. Fromme war seinerzeit zur Beobachtung seines Geisteszustandes im Lazarett interniert. Sowohl die Verhandlung wie die Begründung des Urteils erfolgten in nichtöffentlicher Sitzung.

und 4 Quadratmeter Bodenfläche. Für Kinder unter 10 Jahren ist die Hälfte der angelegten Fläche in Anschlag zu bringen.

Dachräume dürfen als Schlafräume nur benutzt werden, wenn sie vollständig verputzt oder mit gehobeltem Holz kassettierte Wände und Decken haben und mittels Treppe zugänglich sind.

§ 4. Schlafräume, in denen weibliche Personen untergebracht sind, müssen einen eigenen Zugang haben und dürfen mit Schlafräumen für Männer nicht in unmittelbarer Verbindung stehen. Diese Verbindung bezieht sich nicht auf die Unterbringung von Ehepaaren und Ehefrau und nicht auf die Unterbringung eines Ehepaares zusammen mit seinen unter 14 Jahren alten Kindern in demselben Schlafräume.

§ 5. Zum Aufenthalt für die Brenner und Arbeiter bestimmte Räume, die im Döngelbände selbst eingerichtet werden, dürfen nicht als Schlafräume benutzt werden und müssen so angelegt sein, daß sie vor Hitze und ausströmenden Gasen geschützt sind und vom Boden mindestens 2 Meter entfernt sind.

§ 6. Wände und Decken aller Aufenthaltsräume, die in Benutzung genommen werden sollen, frisch zu streichen oder zu streichen.

§ 7. Die Aufenthaltsräume sind mit einer ausreichenden Anzahl von Tischen und Stühlen, sowie in der letzten Jahreszeit mit angemessener Heizung zu versehen.

Jedem Schlaflager über 14 Jahre ist eine besondere, vom Fußboden durch eine mindestens 0,30 Meter hohe Luftschicht getrennte und von einer Langseite zugängliche, lockere, aus Eisen oder gehobeltem Holz angefertigte Bettstelle, sowie ein Kleiderregal und ein verschließbares Schloß zur Verfügung zu stellen, sofern der Arbeiter nicht selbst ein solches besitzt oder ihn nicht an anderer Stelle ein verschließbarer Raum angewiesen ist.

Die Bettstelle muß wenigstens mit einem Strohlager, einem Strohlager, einem Peltuch, im Sommer mit einer, im Winter mit zwei Decken oder einem Oberbett versehen werden.

Jedem neu eintretenden Schlaflager ist eine mit frisch gereinigtem Inhalt versehene Lagerstätte zu geben.

Den Arbeitern (Arbeiterinnen) ist in oder dicht bei den Schlafräumen Gelegenheit zum Waschen zu geben, auch muß jedem Schlaflager wöchentlich mindestens ein reines Handtuch zu besonderem Gebrauch verabfolgt werden.

§ 8. Der Inhalt der Strohlager und Kissen ist mindestens alle 6 Wochen zu erneuern, auch sind in diesen Strohlager Kissen Bettfedern aufzuliegen. Die Säcke und Kissen selbst, sowie die Decken sind mindestens alle 2 Monate zu reinigen.

Geeignetes Trinkwasser muß in den Aufenthaltsräumen selbst oder in deren unmittelbarer Nähe zur Verfügung stehen.

Die Aufenthalts- und Schlafräume sind täglich gehörig zu reinigen und zu lüften. Die Reinigung muß spätestens eine Stunde nach Schluß der Mittagsmahlzeit beendet sein.

Das Kochen, sowie das Aufbewahren von Nahrungsmitteln in den Schlafräumen ist untersagt; wohl aber hat der Unternehmer (Arbeitgeber) in den Aufenthaltsräumen oder in einer besonderen Küche eine ausreichende Kochgelegenheit zu gewähren, sowie für ausreichende Belüftung der Räume und deren Zugänge zu sorgen.

§ 9. Erkrankte Arbeiter (Arbeiterinnen), die entweder länger als 48 Stunden tatsächlich bettlägerig krank sind, oder, wenn ein

Standesamts-Nachrichten.

Bielefeld. In der Zeit vom 15. bis 20. Februar sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten: Eöhne: Buchhalter Paul Siegel, Wittekindstr. 55; Buchhalter Christian Böbe, Alsenstr. 35; Kaufmann Karl Semeyer, Krüderstr. 13; Eisenbrecher Friedrich Oberfeld, Friedrichstr. 12; Buchhalter Karl Kide, Wittekindstr. 61; Arbeiter Friedrich Böder, Weststr. 52; Metallarbeiter Hugo Neuhäus, Galenort 17; Kohlenhändler Heinrich Döfelle, Herfordstr. 123; Arbeiter Wilhelm Steppeler, Wittekindstr. 20; Arbeiter Roder Jöhner, Waldstr. 14; Metallarbeiter Gustav Lange, Deimoldstr. 108; Buchdruckermeister Karl Bertelsmann, Gütersloherstr. 23. **Töchter:** Kaufmann Otto Battig, Kastranstr. 11; Metallschleifer Gustav Freitag, Weststr. 171; Mechaniker Emil Ehardt, Alsenstr. 7; Former Heinrich Budde, Kreuzstr. 49; Kellner Friedr. Mangl, Burgstr. 19; Eisenbrecher Herm. Böhmertbauer, Stadtheiderstr. 53a; Maurer Th. Krüderberg, Wallenweg 33; Geschäftsführer Gustav Quelle, Wittekindstr. 2a; Radiermeister August Döbemer, Siegfriedstr. 44; Maurer August Gehring, Krüderstr. 24; Straßenbahnkassierer August Döbemer, Herfordstr. 79; Tischler Gustav Fiebig, Kellerstr. 19; Arbeiter Robert Gehring, Gr. Kurfürstenstr. 69; Arbeiter Wilhelm Wessel, Ehlenruperweg 110; Arbeiter Robert Stabibod, Spindelftr. 33; Arbeiter Ernst Erdel, Deimoldstr. 89; Stellmacher Emil Kiehl, Kastranstr. 96; Eisenbrecher Adolf Wülfel, Weststr. 24; Arbeiter Heinrich Hock, Engersdorfstr. 8; Arbeiter August Lübbing, Schildekerstr. 90.

Storbefälle: Frits Strunk, 1 Mon.; Hildegard Lieble, 13 Stunden; Wilhelm Hüls, 1 J.; Danielsmann Ernst Altem, 34 J.; Ehefrau Wäckerlethier Jempe, Wilhelmine geb. Strüwe, 62 J.; Invalidentenempfänger Adolf Gunde, 62 J.; Kaufmannslehrling Wilhelm Tiemeyer, 19 J.; Knabe Oberfeld, 4 Stb.; Hildegard Stebing, 1 J.; Johanne Minna Luise Vertram, 9 J.; Schneidermeister Wilhelm Barmann, 72 J.; verw. Leineweber Biermann, Anna geb. Hoffert, 72 Jahre.

Aufgebote: Schneider Wilhelm Brindöple, Al. Kesselstr. 1, und Dorothea Brindöple, Wittekindstr. 21; Schlosser Friedrich Reher, Kastranstr. 52b, und Adele Wäckerle, Brackwebe; Arbeiter Paul Schöppe, Teichstr. 23, und Marie Lewandowski, Jöllenbaderstr. 25; Arbeiter Emil Grabow, Goldstr. 4, und Anna Meyer, doebst; Kaufmann Otto Berghaus, Brandenburgerstr. 31, und Johanne Böh, Jüngstr. 13; Steinbauer Philipp Geiger, Gütersloherstr. 59, und Wilhelmine Gang, Oberstr. 43; Kgl. Bahnmeister Lambertus Penning, Fürstenaue, und Johanne Kilius, Lutterstr. 38; Kleiderer Julius Schröder, Ebertorwall 1, und Marie Hoffbrink, Roonstr. 6.

Eheschließungen: Schneidermeister August Brössel und Anna Kömper, Kaufmann Ernst Jellmann und Martha Wöhenrich, Kaufmann Johann Sauer und Martha Meyer, Kaufmann Friedrich Wortmann und Anna Könen, Maschinenmeister Wilhelm Neumann und Mathilde Schütz, Kordmacher Theodor Rintus und Anna Wöhenrich, Reddig, Stellmacher Franz Reimann und Julie Buntmann, Kautscher Karl Schilling und Paula Claas, Schlosser Franz Brössel und Anna Köhne, Schlosser Hermann Hoffbrink und Berta Walter, Arbeiter Wilhelm Lüttermann und Anna Weichat.

Verichtigung: Unter den Geburten der vorigen Woche muß es nicht unter „Töchter“ sondern unter „Söhne“ heißen: Kontorbote Fritz Michaelis, Weststr. 40.

Briefkasten der Redaktion.

F. A. Dülmen. Solange Sie in der Landeskirche sind, müssen Sie auch Kirchensteuer zahlen. Sie können auch vom Arbeitslohn abgezogen werden.

Vereins-Kalender.

Die nachstehenden durch Selbstbund hervorgehobenen Vereine gehören den in Betracht kommenden Zentralorganisationen an: Arbeiter-Nachfahr-Bund „Solidarität“, Arbeiter-Sänger-Bund, Westfalen, Arbeiter-Turner-Bund.

Restaurants. Diskantierklub 8 Uhr im Restaurant „Stadt Bielefeld“. Männer-Gesangverein „Einigkeit“ 8½ Uhr bei Viertmann Bürgerweg. **Werther.** Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr bei Brünig. **Güterlohe.** Gesangverein „Einigkeit“ 8½ Uhr. **Lage.** Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Böh, Langestr.

Arzt zugezogen wird, nach dessen Angabe voraussichtlich länger als 48 Stunden bettlägerig krank sein werden, sind in einem Krankenhause oder in anderer Weise angemessen unterzubringen. Diese Verpflichtung fällt fort, wenn in dem Betriebe ein lediglich diesem Zwecke dienender Krankenzimmer von solcher Größe vorhanden ist, daß auf jedes darin aufgestellte Bett 6 Quadratmeter Bodenfläche und 20 Kubikmeter Luftraum entfallen.

§ 10. In angemessener, mindestens aber in 10 Meter Entfernung von den Aufenthaltsräumen und von etwa vorhandenen Brunnen ist eine ordnungsmäßige Abortanlage herzustellen, welche stets rein zu halten ist. Für je 15 Arbeiter (10 Arbeiterinnen) ist ein besonderer Abort zu errichten. Die einzelnen Abortplätze sind durch jugendliche Verhüllungen oder Zwischenwände von einander zu trennen und mit einer von innen verschließbaren Tür zu versehen. Außer dem Abort, und mindestens durch Zwischenwand davon getrennt, ist für Arbeiter ein Abortraum herzustellen, dessen Bodenfläche wasserdicht sein muß, und dessen Seitenwände bis auf 1,50 Meter Höhe wasserfest verputzt oder verkleidet sein müssen. Werden Arbeiter und Arbeiterinnen in demselben Betrieb beschäftigt, so sind für die verschiedenen Geschlechter getrennte Abortanlagen herzustellen. Die Aborte müssen mit Kesseln, die mindestens einmal wöchentlich geleert und mit Wasser gereinigt werden, oder mit wasserfest gemauerten und bedeckt zu haltenden Gruben versehen sein, deren Inhalt nach Bedarf abzufahren ist.

Aborte und Wirtschaftsbauwerke sind in einer besonderen, verdeckten Grube zu sammeln und nach Bedarf abzufahren.

Aborte und Abfallgruben sind nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zu beschließen.

§ 11. Wo die Befolgung der vorstehenden Vorschriften zu ungewöhnlichen Härten führen würde, kann der Bezirksausschuß, wenn in anderer Weise den Interessen der Gesundheit und Sittlichkeit ausreichend Rechnung getragen ist, von der Befolgung der Vorschriften entbinden.

§ 12. Für die Befolgung der vorstehenden Vorschriften ist sowohl der Betriebsunternehmer (Arbeitgeber) wie der mit der Unterbringung der Arbeiter betraute Betriebsleiter verantwortlich.

§ 13. Wer in anderen, als den im § 1 näher bezeichneten gewerblichen Betrieben, in landwirtschaftlichen Betrieben und beim Bergbau beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen in einer Anzahl von mindestens 6 Personen in Räumlichkeiten, die zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Arbeitern (Arbeiterinnen) bestimmt sind (Wohnquartiere, Arbeiterkassen, Schlafräume) Unterkunft gewährt, muß den Bestimmungen der §§ 2 bis 12 entsprechen, sobald eine von der Ortspolizeibehörde unter Zustimmung des Regierungspräsidenten erlassene polizeiliche Verfügung ihm dieses auflegt.

§ 14. Uebertretungen dieser Polizeiverordnung werden, soweit nach den geistlichen oder sonstigen Vorschriften nicht höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis 60 Mark geahndet.

Im Falle des Vermögens tritt an Stelle der Geldstrafe entsprechende Haftstrafe.

§ 15. Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft. **Minden, den 28. Januar 1909.**

Der Regierungs-Präsident. Dr. Kruse.

Polizei-Verordnung

betr. die Unterbringung von Arbeitern in Massenquartieren.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), der §§ 137, 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) und des § 120 der Reichsgewerbeordnung wird, nach Anhörung der Vorstände der beteiligten Berufsvereinigungen, mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Minden folgende Polizeiverordnung erlassen.

§ 1. Der Arbeiter oder Arbeiterinnen, die in den Betrieben der Industrie für Steine und Erden, insbesondere in Ziegelfabriken, Steinbrüchen, Kalkwerken, Zementfabriken, oder bei Bauten von längerer als zweimonatlicher Dauer beschäftigt sind, in räumlichen, die zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Arbeitern bestimmt sind (Massenquartiere, Arbeiterkassen, Schlafräume), Unterkunft gewährt, muß, wenn die Zahl dieser Arbeiter (Arbeiterinnen) mehr als 5 beträgt, den nachstehenden Bestimmungen entsprechen.

§ 2. Die Aufenthaltsräume müssen den Arbeitern (Arbeiterinnen) ein gesundes, ausreichendes Schutz gegen alle Witterungseinflüsse bietendes Unterkommen sowohl für die Tages- als auch für die Nachtzeit gewähren. Für Arbeiter (Arbeiterinnen), die nur in der Zeit von Mitte März bis Mitte Oktober beschäftigt werden, sowie für sämtliche Bauarbeiter, genügen, soweit baupolizeiliche Vorschriften oder feuerpolizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen, hölzerne Baracken, wenn sie aus Brettern feigelegt verfertigt und wasserfest gedeckt sind.

§ 3. Die Fußböden der Aufenthalts- und Schlafräume müssen mindestens 0,25 Meter über dem sie umgebenden Erdboden liegen, gut und dauerhaft gedeckt oder mit einem anderen zweckmäßigen Belage (z. B. mit einem glatten, leicht abwaschbaren Überzuge aus Zement, Asphalt oder dergleichen) versehen sein. Auch ist Ziegelfestputz zulässig, sofern die Steine in Zement verlegt und die Fugen mit Zement glatt verstrichen sind.

Jeder Raum muß mit einer verschließbaren Tür und mit mindestens einem beweglichen, gut schließenden, unmittelbar ins Freie führenden Fenster versehen sein, dessen Größe nicht geringer sein darf, als der zwölfte Teil der Fußbodenfläche. Die Türen der Schlafräume müssen durch Schloß und Riegel von innen verschließbar sein. Die Haustür und bei Neubauten auch die Türen der zur Aufnahme von 10 oder mehr Personen bestimmten Schlafräume müssen nach außen aufschlagen.

Ein Raum von mehr als 30 Quadratmetern Grundfläche muß mindestens zwei zum Öffnen eingerichtete Fenster haben. Die Höhe der Räume muß mindestens 2,50 Meter betragen; bei schrägen Decken muß die mittlere Höhe dieses Maß erreichen.

Die Schlafräume müssen für jede in ihnen untergebrachte Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und 3 Quadratmeter Bodenfläche enthalten. Dienen sie zugleich zum Aufenthalt während des Tages oder zum Einnehmen der Mahlzeiten, so erhöhen sich die Maße auf mindestens 12 Kubikmeter Luftraum

Kine

Jede Nummer des

Die augenblicklich von den

Das neueste Luftfahrzeug von

Dohteressante,

Die Brant eines römischen

einem Zweikampf, der in

Der jüngste Volksaufstand in

Zum Schreiben ist Co

Der verp

Stadttheat

Heute, abends 8 Uhr

Revität! Zum letzten

Simso

Dienstag, 23. Februar 1

abends 7½ Uhr:

Revität! Zum letzten

Die Tür ins F

Mittwoch, 24. Februar 1

abends 7½ Uhr:

Einmal das Gastspiel d

Elite-Ballett-Ensembles „Exc

(8 Damen).

Revität! Hierzu:

Der Kammerm

3 Szenen von Franz We

Abschied vom Regi

Drama in 1 Akt von D

Partleben.

Freitag, den 2

Künstl

des Stä

im

Leitung: Kapellmeister M

Solisten: Königl. sächs. K

Sopran.

Walter Frin

Gluck.

Mozart.

Beethoven.

v. Moellendorf.

Lieder von Wolf,

Weber.

Fremden-, Orchester-

u. 1. Rangloge . . . 3

1. Rang-Balkon . . . 3

Parkett-Fauteuil und

1. Parkett . . . 2

2. Parkett und

2. Rang-Balkon . . . 1

Vorverkauf in d

Den Konzert-Flügel (Bech

Wa

Es werden

Olso

ähnliche Bre

verk

ganz wer

und daran

Schlitzkopf

und sich im

Kanäle befin

bei

45 P

ohne Garan

Kar

der Deutschen

Fri

Fr

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Jede Nummer des neuen Programms bereitet einen wahrhaften Genuss!

Dazu Konzert des Niederbayerischen Musik-Ensembles.

Aktuell! Das Hochwasser im Elbgebiet. Naturaufnahme.

Die augenblicklich von den hereinbrechenden Fluten arg gefährdeten Gegenden in der Altmark und die tatkräftige Hilfe der Pioniere bei Anlage von Schutzdämmen und Rettung fast verlorener Personen veranschaulichend.

Verdegang eines Aeroplans.

Das neueste Luftfahrzeug von seinem Entfachen bis zu seiner Vollendung, sowie Flugversuche damit. — Hochinteressante, zur Belehrung beitragende Bilder von fählicher Klarheit!

Die Brant des Gladiatoren.

Die Brant eines römischen Gladiators wird von einem Nebenbuhler beleidigt und dies gibt Anlaß zu einem Zweikampf, der in spannendster Weise ausgetragen wird, denn es wird darin das damals gebrauchte, gefährliche Kettennetz als Waffe vorgeführt.

Revolution in Persien.

Der jüngste Volksaufstand in dem Lande gütender Leidenschaften. Große Volksmassen werden von Agitatoren erregt.

Zum Schreien ist Cohens Brandschaden-Ausverkauf.

Eine von einem Müllkutscher verkaufte Kiste gibt Anlaß zu den drolligsten Vorkommnissen und der geschädigte Herr Cohen muß, um zu seinem Profit zu kommen, eine äußerst besorgniserregende Handlung vornehmen.

Der verfehlte Beruf Oktaves.

Humoreske, die da zeigt, wie unangenehm es sein kann, wenn der Sohn eines reichen Hauses zur Arbeit gezwungen wird.

Sitten im Kaukasus.

Gelegentlich der Inspektionsreise eines russischen Gouverneurs spielen sich recht bewegte Szenen aus dem Leben der Südrussen ab.

Die verlorene Tochter.

Ein Volksthum in ergreifenden Bildern. Leichtsinn und Puffsucht lassen sich die Tochter eines armen Fischers einem Lebemann in die Arme werfen, der sie mit in die Welt des Vergnügens nimmt. — Nach einem Jahre kehrt das Mädchen, von Schmerz getrieben, in die Heimat zurück, begeben sich ihrem irrtümlich gemordeten Vater und beichten, bei ihm zu bleiben und dem Leben hohlen Glanzes zu entsagen.

Bockbier-Fest. Ein lustiges Tongemälde.

1073

Stadttheater.

Heute, abends 8 Uhr:
Novität! Zum letzten Male!
Simson.

Dienstag, 23. Februar 1909,
abends 7 1/2 Uhr:
Novität! Zum letzten Male!
Die Tür ins Freie

Mittwoch, 24. Februar 1909,
abends 7 1/2 Uhr:
Einmaliges Gastspiel des
Elite-Ballett-Ensembles „Excelsior“
(8 Damen).

Novität! Hierzu: Novität!
Der Kammermeyer

3 Szenen von Franz Wedekind.
Abschied vom Regiment.
Drama in 1 Akt von Otto Erich Hartleben.

Trinkt
Ahu's Excelsior!

Soeben erschien:
„Falschung“

Extra-Nummer

des „Simplicissimus“

von Resnais.

Preis 50 Pfennig.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Künstler-Konzert des Städtischen Orchesters

im Stadt-Theater.

Leitung: Kapellmeister Max Cahnbley.
Solisten: Königl. sächs. Kammermeyerin Helene Staegemann,
Sopran.
Walter Frings, Violine.

Gluck. Overture „Ephigenie in Aulis“.
Mozart. Arie aus „Il re pastore“.
Beethoven. Violin-Konzert D-dur.
v. Moellendorf. Winter. — Frühlings-Einzug.
Lieder von Wolf, Grieg, Guthell.
Weber. Overture „Freischütz“.

Preise der Plätze: 1079

Fremden-, Orchester-
u. 1. Rangloge . . . 3,50 Mk.
1. Rang-Balkon . . . 3,00 „
Parkett-Fauteuil und
1. Parkett . . . 2,50 „
2. Parkett und
2. Rang-Balkon . . . 1,50 „
2. Rang . . . 1,25 Mk.
2. und 3. Reihe . . . 1,00 „
2. Rang 4. bis 6. Reihe 1,00 „
Amphi-Theater
1. bis 3. Reihe 0,75 „
4. bis 5. „ 0,50 „
Galerie . . . 0,30 „

Vorverkauf in der Musikalienhandlung H. Sells.
Den Konzert-Flügel (Bechstein) stellt die Firma Th. Mann & Co., hier.

Warnung!

Es werden von verschiedenen Seiten
dem

Olso-Brenner

ähnliche Brenner pro Stück mit 3 Mk.
verkauft. Dieses sind

ganz wertlose Nachahmungen

und daran zu erkennen, dass der
Schlitzkopf aus Weissblech besteht
und sich im Innern ein Drahtsieb anstatt
Kanäle befindet. Dieser Brenner ist
bei mir zu haben mit

45 Pfg. pro Stück

ohne Garantie für Gasersparnis und
Leuchtkraft. 1078

Karl Penner

General-Vertreter
der Deutschen Olso-Licht Centrale G. m. b. H.
Friedrichstr. 25.

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen
die Inserenten der „Volkswacht“.

Der
Ausverkauf
der vorräthigen
Konserven
zu den
bekannt billigen Preisen
dauert fort.

Metalltopfreiniger 28 „ **Spülsteinreiniger** 28 „
Schuhcreme 18 „ **10 „**

Geingermann
Niedernstrasse 34.

Unterwegs:

Ein Waggon bayrisches Porzellan

Die Preise werden nie gekannt billig. 1075

Milchuntersuchung.

Die chemische Untersuchung einmündiger Milchproben hatte folgendes
Ergebnis:

Name des Milchverkäufers	Spezifisches Gewicht	Fettgehalt	Trocken-Substanz
Büsch, Detmold	1,031	2,80%	11,73%
Blome, Bremen	1,032	2,70%	11,59%
B. Raag, Schwarzenmoor	1,033	3,40%	12,68%
Kampe, Detmold	1,032	3,0%	12,34%
Bahmeyer, Brate II	1,0325	2,90%	11,87%
Blomeyer, Derringshausen	1,031	2,80%	11,75%

Bollmilch muß enthalten: 1,028 bis 1,034 spezifisches Gewicht, 2,70% Fettgehalt und 11,50% Trockensubstanz.

Detmold, den 16. Februar 1909.

Die Polizeiverwaltung.
Der II. Bürgermeister. J. B.: Dr. Hef.



Schutzmarke.

**Wer zählt die Völker
nennt die Namen** 1071

von denjenigen, die ihre Schuhe mit
Guntner's Wäsche behandeln.
Machen Sie einen Versuch.
Fabrikant:
Carl Guntner, Göppingen.

Ansichts-Postkarten
in künstlerischer Ausführung
und reichhaltiger Auswahl.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Bekanntmachung.

Diejenigen Mannschaften der Reserve, Landwehr, See-
wehr und Ersatz-Reserve, die für den Fall der Mobilmachung
Anspruch auf Zurückstellung machen, werden hierdurch auf-
gefordert, ihre Gesuche unter Vorlegung ihrer Militärpapiere,
Steuerzettel und etwaiger Schulddokumente am

Mittwoch, den 24. Februar 1909

während der Vormittagsdienststunden auf unserem Stadt-
sekretariat (Rathaus 1. Etage, Hofstraße 9, Zimmer 5) anzubringen.

Detmold, den 18. Februar 1909.

Der Magistrat. J. B.: Dr. Hef.

Kleine Anzeigen-Gefte.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der fetten Ueberschrift 10 Pfg. *
Worte mit mehr als 15 Buchstaben
werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

kleiderjchränke

von 25 Mk. an. Bestellen 15 Mk.
Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein
Laden, daher billiger als jede Kon-
furrenz. Brunnstraße 12 a, 2. Min.
vom Stadttheater. 1949

Schlafdecken,

in Wolle und Halbwole, für 3,00,
5,00, 8,00, 10,00, 15,00, 20,00 Mk.
empfehl. J. Wertens. 19

Kamelhaardecken,

echt und imitiert, für 3,00, 5,00,
10,00, 15,00, 20,00, 25,00, 30,00 Mk.
empfehl. J. Wertens. 20

Bettvorleger

in größter Auswahl 1,00, 2,00,
3,00, 4,00, 5,00 Mk. bei J. Wertens.

kleiderjchränke,

großer Posten, 26.—, 30.—, 35.—,
40.—, 50.— Mk. bei J. Wertens.

Betten

werden beim Einkauf neuer Betten
gratis entlehnt und umgekehrt. J.
Wertens. 1953

Futterkartoffeln

zu haben bei S. Wienand, Schmiede-
straße 8. 10534

Mittagstisch,

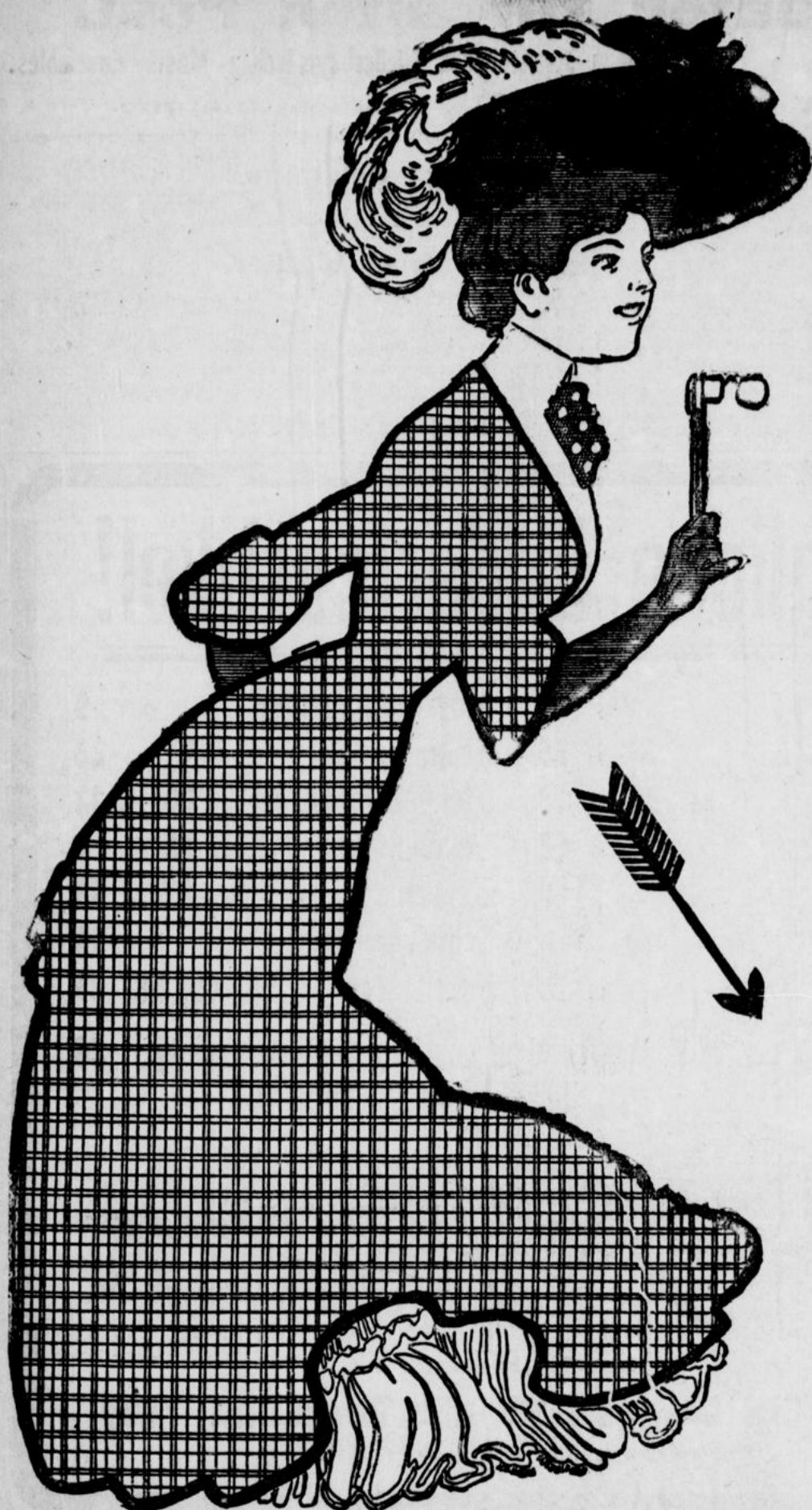
guten bürgerlichen, und Abendbrot
empfehl. Frau Kulms, Detmold,
Krummstraße 11. 1074

Wohnung

von 3 oder 4 Räumen mit Stall
und Gartenland wegen Todesfall
zum 1. April zu vermieten. Feld-
straße 130, Gellershausen. 1072

Dienstmädchen

frankheitshalber per 1. April gesucht.
Frau Gustav Bedort, Gütersloher-
straße 28. 970



Futterstoffe!

Rockfutter	schwarz und grau	110 cm breit	Meter	29
Rockfutter	in allen Farben		Meter	38
Taillen-Futter	in Körper		Meter	32
Twill-Futter			Meter	48
Englisch Twill		110 cm breit	Meter	88
Reversible	solide Qualität		Meter	48
Lustre	schwarz		Meter	48

Gebrüder Kaufmann

Niedernstrasse 13.

BIELEFELD.

Niedernstrasse 13.

Kaufmanns

grosse

1077

Kleiderstoff-Woche

beginnt heute nachmittag 3 Uhr.

Diese aussergewöhnlich billigen Preise gelten nur während dieser Woche. Eine Nachlieferung zu diesen Preisen findet nicht statt.

Wir weisen auf unsere Schaufensterauslagen hin, welche mit einem Teil dieser Stoffe dekoriert sind.

Kleiderstoffe

Sonstiger Preis bedeutend höher.

günstig für die Konfirmation, in Cheviots, Chevron und kariert.

Letzte Neuheiten

Meter **75**

Kleiderstoffe

Diese Stoffe haben einen weit höheren Wert.

günstig für die Konfirmation, in schwarz, farbig und gemustert.

Letzte Neuheiten

Meter **1¹⁰**

Kleiderstoffe

Unter dieser Auslage befinden sich grosse Unterpreislisten.

günstig für die Konfirmation, elegante, 110 cm breite Fantasie-
stoffe, sowie 110 cm breite Kostüm-
Rockstoffe.

Letzte Neuheiten

Meter **1⁵⁰**

Kleiderstoffe

Ein hervorragendes Angebot.

in aparten Fantasiestoffen, in uni
und gemustert.

Nur letzte Neuheiten

Meter **1⁵⁰**

Blusenflanelle

Diese Auslage ist enorm billig!

moderne Streifen,
reine Wolle.

Nur letzte Neuheiten!

Meter **95**

Blusenflanelle

Bedeutend unter Preis!

aparte Neuheiten in den
feinsten Farbentönen.

Nur letzte Neuheiten!

Meter **1⁶⁵**

Blusenflanelle

Wert das Doppelte!

Wiener Neuheiten, gestreift
und kariert, sowie moderne
Farbenstellungen.

Nur letzte Neuheiten!

Meter **1⁹⁵**

Ein aussergewöhnliches Angebot!

35 Stück halbfertige

Serie I

Serie II

Tüll-Roben

15⁰⁰

21⁵⁰

Den Wert dieser Roben anzugeben unterlassen wir absichtlich, da sich ein jeder von der Billigkeit überzeugen kann.

Mr. 44.

Preussisch
Abgeordn.

35. Sitzung vom Freitag.
Am Ministertisch: Frhr.
Auf der Tagesordnung:
Verordnungsgelezes
Abg. Hoffmann (Soz.)
gestern gesagt habe, trifft
Geistlichen zu. Ich kann es
Dinge noch einmal zurückzu-
Kirche eine halbe Million an
der katholischen Kirche noch
einigen Tagen hat Herr Sch.
Einstellung von Gefängnis-
wie Herr Schmitt sich die
Untersuchungsgefängnis den-
sollte man in Ruhe lassen.
wer von den Untersuchungs-
doch der Untersuchungsrichter
Kirche sollte aus ihren reich-
Klerus tun. Wir ist ein So-
von einer Reihe katholischer
will es Ihnen vorlesen: „A
sozialdemokratischen Partei,
die Unterzeichneten auch nicht
iratischen Partei stehen, so a
die Partei wenden zu dürfen,
Unterdrückten angenommen b
katholische Klerus, den die B
nennen. Diese Rechtlosigkeit
dungsfrage. Mit Spannung
Zentrum entgegen. Die
hinter den Kulissen arbeiten
nischen Volkszeitung“ eine
dass das Zentrum für den ni
aber versteht sich das Zentr
tische Zentrumspartei hat
durch die Bischöfe. Wer gla
politischen Zentrumspartei?
gepielt als die Partei, wel
lage des Klerus hat sie ane
Die Bischöfe wünschen eben
Klerus. Sie selbst haben rei
Stellung als Kirchenfürsten,
des Evangeliums nennen.
Deshalb bitten die Unterzei
der katholischen Geistlichen —
was wir sagen — die Aufm
und dem Zentrum seine B
iratische Presse bitten wir
schreis einer großen Klasse
Humanität.“ (Gelächter im
Das könnte Ihnen so passen
gieren würde. Ich habe die
von dem Original abgechni
Hände fallen. Widerlegen
bei den Soz.) Ein ähnliches
noch in den letzten Tagen zug
auf einen Artikel in der „K
nuar 1909 auch betont wird
der Bischöfe gehorcht und u
niedereren Geistlichen gebeten
Stimmen Sie doch dafür.
bestimmungsrecht hätte und e
dann würden wir dafür st
(Lachen im Ztr.) Ich verp
prinzipiell gegen Staatszu
aber damit nicht durchbringe
wenigstens Kontrolle haben,
Kontrolle. (Sehr wahr! be-
jungen wollte zu sparen bei
Erzbischöfen, dann hätte sie u
Klerus zur Verfügung. Me
ger Zeit ein Menu von e
Ich will Ihnen ein Menu z
dass sich die geistlichen Wir

Olive

Von Cha
Aus dem Englische

36
„Was schwärzt du, das
rief Regis, seinem Böglinge
„Ist er nicht immer gega
auch ihm tun können gleich
wie?“
„Freilich, freilich! Aber
entgegnete Charley, „sollte
Verdruß, daß nichts davon
nur zur Hälfte erfährt, we
nen elenden Titel wird er
kommt vielleicht nicht mal
a Jammer ist!“
„Ah! wenn du's so mein
Klebern und ihm die Hand
ist ein andres. Schaut, me
wendend, fort, „Schaut, wie
Berni! Ist es nicht zu se
Mr. Wolter nicht Weis
freudigem Stolz zu Charle
sagte tröstend: „Sei nur ob
kommen an den Tag, und er
gemeßen, und wird keine Sch
raben und Lehrer. Bedeut
Ist's nicht schon eine große
rumpelt zu werden auf leb
„So freilich — daran ha
ehrenvoll genug!“ erwiderte
„Er wird haben alles, w
„wird in Doves (Gefängnis)
alle Tage haben sein Bier
Bild oder Schrift, wenn er
„Wahr und wahrhaftig?“
„Ganz gewiß, ganz gewi
ihm schaffen 'nen Advokat
sein zu finden — zu führe
will, kann er auch halten
lesen alles in den Blättern.
„Brächtig, prächtig!“ rief
als wenn ich ihn vor mir ja
Nase herumzieht, wie sie sid
aussehen, und er so vertrau
als wenn er des Richters e
Tisch hielte — ha, ha, ha!
„Aber Charley,“ sagte d

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 44.

Bielefeld, Montag, 22. Februar 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom Freitag, 19. Febr., mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Febr. v. Rheinbaben.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Verordnungs-Gesetzes für katholische Pfarrer.
Abg. Hoffmann (Soz.): Ein großer Teil dessen, was ich gestern gesagt habe, trifft natürlich auch auf die katholischen Geistlichen zu. Ich kann es mir deshalb erlauben, auf diese Dinge noch einmal zurückzukommen. Wie man der evangelischen Kirche eine halbe Million guttätig zugelegt hat, hat man auch der katholischen Kirche noch eine Viertelmillion zugelegt. Vor einigen Tagen hat Herr Schmitt die Notwendigkeit vermehrter Einstellung von Gefängnisgeistlichen betont. Interessant war, wie Herr Schmitt sich die Erzielung von Gefängnisgeistlichen im Untersuchungsgefängnis denkt. Er meinte, den Unschuldigen sollte man in Ruhe lassen. Wie aber will er herausbekommen, wer von den Untersuchungsgefangenen unschuldig ist, wo es doch der Untersuchungsrichter nicht herausbekommen hat? Die Kirche sollte aus ihren reichen Mitteln mehr für den niederen Klerus tun. Mir ist ein Schreiben aus Rheinland zugegangen von einer Reihe katholischer Pfarrer. (Lachen im Hrt.) Ich will es Ihnen vorlesen: „An die hochansehenliche Fraktion der sozialdemokratischen Partei, Berlin. (Lachen im Hrt.) Wenn die Unterzeichneten auch nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen, so glauben sie doch mit Erfolg sich an die Partei wenden zu dürfen, welche sich stets der Rechtlosen und Unterdrückten angenommen hat. In diesen Rechtlosen gehört der katholische Klerus, den die Bischöfe so gern den niederen Klerus nennen. Diese Rechtlosigkeit zeigt sich wieder bei der Beerdigungsfrage. Mit Spannung sah man dem ersten Auftreten des Zentrums entgegen. Hier es doch, daß die Bischöfe bereits hinter den Kulissen arbeiten. Darauf erschien in der „Kölnischen Volkszeitung“ eine Beerdigungsfrage. Es wurde betont, daß das Zentrum für den niederen Klerus eintreten wird. Jetzt aber vertritt sich das Zentrum hinter die Bischöfe. Die politische Zentrumsparthei hat gebundene Marschroute, gebunden durch die Bischöfe. Wer glaubt da noch an die Lehre von der politischen Zentrumsparthei? Das Zentrum hat sich stets aufgepisst als die Partei, welche allen gerecht wird. Die Notlage des Klerus hat sie anerkannt, warum hilft sie jetzt nicht? Die Bischöfe wünschen eben eine bessere Bezahlung des niederen Klerus. Sie selbst haben reichliche Bränden entsprechend ihrer Stellung als Kirchenfürsten, wie sie sich gern gegen den Geist des Evangeliums nennen. Ein armer Klerus ist gefügiger. Deshalb bitten die Unterzeichneten im Namen der Mehrzahl der katholischen Geistlichen — die Weissen wagen nur zu denken, was wir sagen — die Aufmerksamkeit aller auf uns zu lenken und dem Zentrum keine Pflicht vorzubringen. Die sozialdemokratische Presse bitten wir um gütige Aufnahme dieses Notschreies einer großen Klasse von Rechtlosen im Namen der Humanität.“ (Gelächter im Zentrum. Rufe: Unterschriften!) Das könnte Ihnen so passen, wenn ich Ihnen die Leute denuntzieren würde. Ich habe die Unterschriften zur Vorfrist sogar von dem Original abgetrennt, damit sie Ihnen nicht in die Hände fallen. Widerlegen Sie doch den Inhalt. (Sehr gut! bei den Soz.) Ein ähnliches Schreiben ist mir aus Rheinland noch in den letzten Tagen zugegangen, in dem unter Bezugnahme auf einen Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 1. Januar 1909 auch betont wird, daß das Zentrum den Wünschen der Bischöfe gehorcht und um Unterstützung der Wünsche der niederen Geistlichen gebeten wird. (Lachen im Hrt.) Sie sagen: Stimmen Sie doch dafür. Gewiß, wenn der Staat das Mitbestimmungsrecht hätte und es handelte sich um eine Abänderung, dann würden wir dafür stimmen, aber das ganze ablehnen. (Lachen im Hrt.) Ich verstehe Ihr Lachen nicht. Wir sind prinzipiell gegen Staatszuschüsse an die Kirche. Wenn wir aber damit nicht durchdringen und wir können für die Zuschüsse wenigstens Kontrolle haben, so stimmen wir natürlich für die Kontrolle. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Kirche anfangen wollte zu sparen beim Papst, bei den Kardinälen und Erzbischöfen, dann hätte sie ungeheure Summen für den niederen Klerus zur Verfügung. Mein Kollege Vorgmann hat vor einiger Zeit ein Menu von einem Aufwirtsratessen vorgelesen. Ich will Ihnen ein Menu zum Besten geben als Beweis dafür, daß sich die geistlichen Würdenträger sehr wohl befinden. Ich

will es nicht zu weit ausdehnen. Sonst könnte ich Ihnen bei jedem Gang einen Bibelspruch zum Besten geben. (Heiterkeit.) Ich will nur die Reihenfolge der Speisen wiedergeben: Geflügel-Vorlesung, Königin-Suppe, Nachschinken mit Kartoffeln und Buttertunke, Mehrläden mit Maronen, Erbsen und Spargel, Jungen-Magout, Junge Gänse mit Salat und Kompotten, Eis, Käse, Obst, Kaffee. Dazu folgende Weine: Madeira, Geisenheimer, Rerziger, 1900er Naumburger, 1904er Riesporter, 1897er Bordeaux-Margaux, 1900er Liebfrauenmilde, 1904er Brauneberger Auslese, Champagner. (Große Heiterkeit.) Hierzu paßt sehr schön der Spruch aus Lucas 18, 25. Vers, wo es heißt: Da Jesus das hörte, sprach er zu ihm, verkaufe alles, was du hast und gib es den Armen, so wirst du einen Schatz im Himmel haben; und komm, folge mir nach! Und auch der andere aus Jesus-Spruch 29, 28: Es ist genug zu diesem Leben, wer Wasser und Brot, Kleidung und Haus hat, damit er seine Verdurstung deden kann! Sie müssen zugeben, daß demgegenüber das Menu ein ganz anständiges Mittagmahl ist und daß man solche Summen wahrlich sparen könnte für bessere Bezahlung der niederen Geistlichkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird ja auch in ihren Reihen nach und nach Tag, es gibt schon Geistliche, die das Koch abwerfen. Ich erinnere an den katholischen Geistlichen, der von Gewissensqualen gequält, öffentlich im Ernst alles widerrief, was er gepredigt hatte und dann für einen gewöhnlichen Tagelohn als Weber arbeitete. Er hatte von Mut, für seine Ueberzeugung wirklich einzutreten. Das Zentrum sollte doch durch die Zeit des Kulturkampfes gewarnt sein, sich dem Staate in Abhängigkeit zu begeben. Das der Staat für die Zuschüsse von der Kirche gewisse Dienste im Interesse seiner Existenz erwartet, das beweist am besten die Ausnahmebestimmung in dieser Vorlage gegenüber den katholischen Geistlichen in den Diözesen Aum und Osnabrück. (Sehr wahr! bei den Soz.) Geistliche, die sich in einer Weise betätigen, die „das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung oder die staatliche Ordnung gefährdet“, sollen die Zulage nicht erhalten. Dieser Satz erinnert an das Sozialistengesetz, wo auch vom Unnutz der bestehenden Staatsordnung die Rede war und auf Grund jenes Gesetzes hat man rein wissenschaftliche Bücher verboten und das ganze Vereinsleben zugrunde gelegt. Diese Stellung des Staates zu den Geistlichen ist der ärgste Terrorismus, der gedacht werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine katholische Partei, wie das Zentrum ist, müßte ein Gesetz, das einen solchen Paragraphen enthält, ablehnen und auf den Staatszuschuss verzichten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber sie sagen: Geld reicht nicht, und nehmen es sehr gern. Sie berufen sich auf die Säkularisation der Kirchengüter. Wir sind gern bereit, für die Rückgabe aller Kirchengüter einzutreten, wenn sie nachweisen, daß die Kirche diese Güter rechtlich erworben hat. (Sehr gut! und große Heiterkeit bei den Soz.) Interessant ist, was die „Nationalzeitung“ schreibt: „Die vom Kultusminister an die Diözesen verteilten Fonds sind so reichlich bemessen, daß etwa ein Fünftel davon übrig bleibt.“ Auf diese Art werden für einseitige Zwecke einer politischen Richtung 700 000 Mark aus der Staatskasse ausgegeben. Das ist um so bezeichnender, als Zentrum und Sozialdemokratie hier und da zusammengehen.“ Na, es sind schlechte Bundesgenossen, uns haben sie von den 700 000 Mark noch nichts abgegeben. (Große Heiterkeit.)

Als entgegliche Tatsache zitiert die „Nationalzeitung“, daß im Kultusministerium sogar zur Bearbeitung der Angelegenheiten der katholischen Kirche ein katholischer Referent vorhanden wäre. Wenn die kirchlichen Angelegenheiten heraus wären, so könnte man aus dem Kultusministerium ein Kultusministerium machen. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie schreiben auch, der Kultusminister Hoffe habe sich von katholischen Bischöfen einjagen lassen. Ein von katholischen Bischöfen eingeleiteter preussischer Kultusminister ist ein gutes Bild für jedes Völkchen. (Heiterkeit.) Die Zeitung klagt auch darüber, daß von den Bischöfen die Staatszuschüsse für andere Zwecke verwendet würden. Wenn die Nationalliberalen für die Trennung von Staat und Kirche eintreten wollten, so würden solche Zustände nicht mehr möglich sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Oder wollen die Herren etwa wieder den ungeliebten Kulturkampf heraufbeschwören? Ich dachte, die dominierende Stellung, die das Zentrum hier im Hause und im Reichstag einnimmt, (Lachen bei den Natl.), sie nimmt sie ja heute noch ein, und wenn Sie mit Ihrem Votum sich noch so freuen. Wenn Sie mit Ihrem Votum nicht parieren, so wird von der Seite der Rechten nur gesagt: Krug! Der schwarze Mann kommt! (Stürmische Heiterkeit.) Was wird dem Volke denn eigentlich von der

Geistlichkeit für die Staatszuschüsse gegeben? Nur ein Beispiel aus Aachen: Da hat ein Dr. Leonharts vor katholischen Männern und Jünglingen eine Rede gehalten, die in der „Kölnischen Volkszeitung“ abgedruckt wird, über das Unglück in Messina. Da heißt es wörtlich: „Dieses Unglück ist etwas ganz Alltägliches, denn jeden Tag sterben 90- bis 100 000 Menschen. Ebenso viele verlieren tagtäglich Hab und Gut.“ In einem weiteren Satze: „Die Erdbeben und großen Unglücksfälle haben viele Menschen in den Himmel gebracht und in die Hölle.“ Wenn es dann zum Schluß noch heißt: „Gott gab allen noch Zeit zur Bekehrung“, so erlaube ich mir die Zwischenfrage: „Auch den Sänglingen?“ (Unruhe i. Hrt.) „Wer dies nicht verstand, ist selbst schuld. Gott ließ das Unglück aus Liebe zu.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Behauptung, daß Gott ein so entsetzliches Unglück aus Liebe zugelassen hat, ist die größte Gotteslästerung, die ausgesprochen werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dr. August Specht-Gotha schreibt: „In einem unter bischöflicher Approbation in Donaumarkt herausgegebenen „Schutzengelbriefe“ lesen wir: Darum darfst du nie des Priesters Ruf verlegen durch Reden über seine etwaigen Schwächen. Fluch solchen Lippen.“

Präsident v. Röscher: Nur vorlesen dürfen Sie auch nicht. Sagen Sie doch auch ein bißchen was aus Eigenem. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Ich zitiere nur aus dem Grunde wörtlich, damit mir nicht Entstellung vorgeworfen werden kann. Dem Sinne nach geht es weiter, es solle kein Vergnügen erregt werden dadurch, daß man die Schwächen und Sünden der Geistlichen bekannt gibt. Man soll aber wohl für ihr leibliches Wohl sorgen. „Seid pünktlich im Zahlen der Gebühren und Lasten.“ Das erinnert an den alten Spruch: „Und wenn das Geld im Kasten klingt...“ (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Ich bin ja sehr überzeugt, daß Sie trotzdem die Millionen bewilligen, in den Zeiten der Blaupolitik ist für Sie ja die Hauptsache, daß Sie regierungsfreundlich bleiben. Der Votum reagiert auf jeden Schredensruf, daß das Zentrum wieder an die Regierungskette herankommen könnte. Unter diesem Schredensruf bewilligen Sie Millionen, schließen Sie neue Steuern und auch die Finanzreform, und wenn der Blockmandeur verlangt, daß die Nationalliberalen noch römisch-katholisch werden als das Zentrum, so tun Sie es auch. (Große Heiterkeit.) Der Blockheilige Bernhard ist Ihr Prophet und die Aussicht auf Regierungsfähigkeit ist Ihre Seligkeit. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Von diesem Wahn sind die Liberalen bei uns in Deutschland nicht mehr zu kurieren. Daher wird der Liberalismus in Deutschland zugrunde gehen und wird abgelöst werden durch den siegreichen Sozialismus, durch das Evangelium des Sozialismus, das Evangelium der Menschlichkeit. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Kaufmann (Hrt.): Herr Hoffmann ist offenbar das Opfer einer Witzfigur geworden. Ich glaube nicht, daß die Priesterkreise wirklich katholische Geistliche sind, wenn nicht der Beweis geführt wird. Auf jeden Fall haben die Betreffenden mit der Wahl ihres Advokaten einen gründlichen Fehltriff getan, denn Herr Hoffmann ist ja gegen alle Staatszuschüsse zum Gehalt der Geistlichen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) bittet um Aufklärung, welche Kontrolle darüber besteht, daß die Bischöfe mißliebigen Geistlichen nicht das Rubelgehalt vorenthalten.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Diözesen-Stats mit den Rechnungen des Oberpräsidenten zur Prüfung vorgelegt werden müssen.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird angenommen; in der Gesamtstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen.

Es folgt die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes und Ergänzungsgesetzes. Mit der allgemeinen Beipredung wird auch die Erörterung des Mantelgesetzes und des Gesellschaftsteuergesetzes verbunden. Es liegt hierzu eine große Reihe von Anträgen vor.

Abg. v. Hennig-Schellin (konl.): Die Beischlüsse der Kommission sind durch Entgegenkommen von allen Seiten zustand gekommen. Mit dem Vorschlag der Zuschläge zur Stempelsteuer sind wir einverstanden. Die Prekbehauptung, daß die Erhöhung der Einkommensteuer bei 30 000 Mark aufhören soll, ist falsch. Der wunde Punkt der Vorlage ist, daß jede Deduktion für 1908 fehlt. Daher beantragen wir die nachträglichen Erhebungen der Zuschläge auch für dieses Jahr. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sollten zu einem niedrigeren Steuer-

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seydt.

„Was schwägst du, daß er hätte weder Ruhm noch Ehre!“ rief Segin, seinem Höglinge einen zornigen Blick zuwerfend aus. „Ist er nicht immer gegangen über euch allen — hat's einer von euch ihm tun können gleich — nur von fern tun können gleich — wie?“
„Freilich, freilich! Aber soll's einen denn nicht jammern,“ entgegnete Charley, „sollte man nicht des Teufels werden vor Verdruß, daß nichts davon vor Gericht verläutet, daß niemand nur zur Hälfte erfährt, wer und was er gewesen ist? Welch 'nen elenden Titel wird er im Neugierkalender bekommen — kommt vielleicht nicht mal 'nein! O weh, o weh, was es für a Jammer ist!“
„Ah! wenn du's so meinst,“ sagte der Jude mit vergnügtem Nicken und ihm die Hand reichend, „wenn du's so meinst, daß ist ein andres. Schaut, mein Lieber,“ fuhr er, zu Volter sich wendend, fort, „schaut, wie stolz sie sind auf ihren Stand und Verfall! Ist es nicht zu sehen eine Lust?“
Mr. Volter nickte Bestätigung, und der Jude trat mit freudigem Stolz zu Charley, klopfte ihm auf die Schulter und sagte tröstend: „Sei nur ohne Sorgen, Charley, es wird schon kommen an den Tag, und er wird's selbst schon zeigen, was er ist gewesen, und wird keine Schande bringen über seine alten Kameraden und Lehrer. Bedenkt auch nur, wie jung er noch ist! Ist's nicht schon eine große Auszeichnung, bei seinen Jahren gerumpelt zu werden auf Lebenslang?“
„So freilich — daran hatt' ich nicht gedacht — 's ist freilich ehrenvoll genug!“ erwiderte Charley, eingemurmelt getrübt.
„Er wird haben alles, was er braucht,“ fuhr der Jude fort: „wird in Doves (Gefängnis) gehalten werden wie ein Gentleman, alle Tage haben sein Bier und Geld in der Tasche, zu spielen Bild oder Schrift, wenn er's nicht kann ausgeben.“
„Wahr und wahrhaftig?“ rief Charley aus.
„Ganz gewiß, ganz gewiß!“ sagte Segin. „Und wir werden ihm schaffen 'nen Advokaten — den jungenfünftigen, der wird sein zu finden — zu führen seine Verteidigung; und wenn er will, kann er auch halten eine Rede selbst, und wir werden's lesen alles in den Blättern. Was sagst du, Charley?“
„Prächtig, prächtig!“ rief Master Bates aus. „O, es ist mir, als wenn ich ihn vor mir sähe, wie er die alten Veranden bei der Nase herumzieht, wie sie sich abstrapazieren, wichtig und feierlich ausgeben, und er so vertraulich und gemütlich zu ihnen spricht, als wenn er des Richters eigener Sohn wäre und 'ne Rede bei Tisch hielte — ha, ha, ha!“
„Aber Charley,“ sagte der Jude, „wir müssen erkennen, ein

Mittel in Erfahrung zu bringen, wie er sich macht heute und was ihm passiert.“

„Soll ich hingehen?“ entgegnete Master Bates eifrig, denn er verstand sich sehr auf die köstlichen Genüsse von einem Schauspiel, bei welchem der Balowerer, den er noch vor kurzem als einen Gegenstand des Mitleids und Verdrusses betrachtete, in der ersten glänzenden Rolle auftreten sollte.

„Nicht um alles in der Welt,“ antwortete Segin.
„So schickt den da — den Neugeworbenen hin,“ rief Charley; „den kennt niemand.“

„Kein schlechter Rat,“ sagte der Jude. „Was meint Ihr, mein Lieber?“
„Nein, nein,“ erwiderte Mr. Volter kopfschüttelnd; „nichts davon, 's ist mein Nach nicht.“

„Was habt Ihr ihm denn für a Nach zugeeilt, Segin?“ fragte Charley Bates, Nachsichtsvoll die Gestalt mit großem Widerwillen betrachtend. „Sich den Rücken zu beden, wenn was zu riskieren ist, und alles aufzugeben, wenn wir in guter Lage zu Haus sitzen?“
„Geht dich nichts an,“ fiel Mr. Volter ein; „und nimm dir keine Freiheit heraus gegen Leute, die über dir sind, Anfrs, oder du wirst erfahren, daß du vor die unrechte Schwende gekommen bist.“

Master Bates belachte die prahlische Drohung so ausgelassen, daß es einige Zeit währte, bevor Segin vermitteln und Mr. Volter vorstellen konnte, daß er bei einem Besuche des Polizeikommissars durchaus keine Gefahr lief; denn von seiner kleinen Affäre würde doch ebenso wenig Kunde nach der Hauptstadt, wo man ihn am wenigsten vermutete, gelangt sein, wie ein Stiefbrief; und sollte es das Unglück gewollt haben, so würde er sich, auf verleiht, nirgend in ganz London mit größerer Sicherheit aufhalten können, als eben auf der Polizei, wo er ohne Zweifel am leichtesten gefangen werden dürfte.

Mr. Volter ließ sich endlich durch diese und ähnliche Vorstellungen, noch mehr aber durch seine Furcht vor dem Juden bewegen, freilich mit der verdrießlichen Miene, einzuwilligen, die Genugung zu übernehmen. Segin verließ ihn folglich mit einem Karrenknecht, mancherlei Herrenhosen, ledernen Weinlingen, einem Hut mit Wegelagererzetteln und einer Peitsche, und zweifelte um so weniger am Erfolge, da Mr. Volter obenbein die Ungelegenheit eines Karreners im vollkommnen Maße bejahte. Der Balowerer wurde ihm genau beschrieben, und Master Bates geleitete ihn durch Nebenstraßen nach Bow-Street, wies ihn zurecht, erteilte ihm jede sonst nötige Auskunft, forderte ihn zur Eile auf und verabschiedete, seine Rückkehr an der Stelle, wo er ihn verließ, zu erwarten.

Master Bates' Weisungen waren so genau gewesen, daß sich Nach Clavpole oder Morris Volter, wie der Jude will, sehr leicht, und ohne Fragen zu müssen, zurechtfinden. Er drängte sich durch einen hauptsächlich aus Frauensimern bestehenden Haufen hinein in das düstere und schmutzige Gerichtszimmer. Vor den

Schranken standen ein paar Weiber, die ihren bewundernden Angehörigen oder Bekannten zunickten, während der Gerichts-schreiber zwei Polizisten und einem einfach gekleideten, über den Tisch lehrenden Manne Zeugenaussagen vorlas und ein Gefängniswärter lässig da stand und von Zeit zu Zeit Ruhe oder „das Kind hinauszuweisen“ gebot, wenn ein ungebührliches Geräusch oder der Aufschrei eines Säuglings eine Störung verursachte. Nach blinde schart umher nach dem Balowerer, bemerkte Leute genug, welche Geschwister oder Eltern des Gefangenen hätten sein können, aber niemand, auf den die Beschreibung gepaßt hätte, die ihm von Jack Dawkins selbst gegeben worden war. Endlich waren die vor den Schranken stehenden Frauensimern abgewartet und entfernt, und nunmehr erschien ein Angellagerter, der ohne Frage der Balowerer war.

Jack ging vor dem Gefängniswärter, den Hut in der rechten Hand haltend und die Linke in der Beinkleidertasche, fast genug einher und fragte, sobald er auf der Angeklagtenbank stand, so gleich mit hörbarer Stimme, warum man ihn an die schimpfliche Stelle geführt habe?

„Willst du wohl den Mund halten?“ rief ihm der Schlieher zu.

„Bin ich kein Engländer?“ rief der Balowerer zurück. „Wo find meine Freiheiten?“

„Wirst sie bald genug bekommen,“ entgegnete der Schlieher, „und zwar mit Bieser dazu.“

„Je nun, wenn sie mir gekränkt werden, so wird sich's schon finden, was der Staatssekretär für die inneren Angelegenheiten den Oberherren (Richtern) zu sagen hat,“ fuhr Jack Dawkins fort. „Neh aber — holla, was gib's hier? Wollen die Friedensrichter nicht so gut sein, diese kleine Sache abzumachen und mich nicht anzuhaken, indem sie die Zeitungen lesen? Ich hab' 'nen Gentleman nach der City bestellt, bin ein Mann von Wort und auch sehr pünktlich in Geschäften; er wird daher fortgehen, wenn ich nicht zur bestimmten Zeit da bin, und es könnte ne Klage auf Schadenersatz geben gegen die, die mich aufgehalten haben.“ — „Se, Vinnaden (Amtsbücher), wie heißen die beiden Advokate (Spekulationen) da auf der Richterbank?“ wandte er sich zu dem Gefängniswärter, was die Nachstehenden dermaßen ärgerte, daß sie fast so herzlich lachten, wie es Master Bates selbst getan haben würde, wenn er die spähante Frage gehört hätte. „Ruhe da!“ rief der Schlieher.

Einer der Friedensrichter fragte nach der Ursache des Geräusches.

„Hier steht ein Taschendieb, Ihr Eblen.“

„Ist der Knabe schon hier gewesen?“

„Hätt' schon manchmal sein sollen, Ihr Eblen. Ueberall sonst ist er schon lange genug gewesen. Ich kenne ihn sehr wohl, Ihr Eblen.“

„So! Ihr kennt mich also?“ rief der Balowerer, sich anstellend, als wenn er die Angabe aufzeichnete. „Sehr wohl. Das seht 'ne Klage wegen Beschimpfung meines guten Namens.“

als die Aktiengesellschaften herangezogen werden. Entschieden müssen wir uns wenden gegen den Versuch, Preußen die direkten Steuern zu nehmen und sie dem Reiche zu geben. Eine Reichsvereinssteuer lehnen wir entschieden ab. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Reil (natl.): Uns ist die Zustimmung zu dem Kompromiß sehr schwer geworden. Die Beschlüsse gleichen dem Meiner ohne Ringe, an dem das Best steht. Redner empfiehlt des weiteren seinen nationalliberalen Antrag, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ebenso zu besteuern wie die physische Person. Notwendig ist eine schärfere Kontrolle der Selbstentlassungen. Für die Stempelsteuer treten wir ein, lehnen aber eine Nachzahlung der Zuschläge für 1908 ab.

Finanzminister v. Heinemann: Der nationalliberale Antrag, die Belastung der Gesellschaften m. b. H. wieder rückgängig zu machen, nimmt zwar den ursprünglichen Vorschlag der Regierung wieder auf. Aber ich kann mich im gegenwärtigen Stadium der Sache doch nicht dafür erwärmen, und zwar aus finanziellen Gründen. Er würde einen Ausfall von 1 1/2 Millionen Mark für die Staatskasse bedeuten. Den richtigen Mittelweg bietet wohl der Antrag v. Hennig-Tschlin, wonach die Gesellschaften m. b. H. nur mit der Hälfte des Zuschlages, wie ihn die Kommission beschloffen hat, belastet werden sollten. Auch der Antrag der Sozialdemokraten, die Zuschläge von 1200—3000 Mark zu befreien und von 3000—7000 Mark 10 Proz., von 7000—10000 Mark 5 Proz. zu erheben, würde für die Staatskasse einen Ausfall von 7 1/2 Millionen Mark bedeuten. (Zuruf b. d. Soz.: Es ist ja Ihr eigener Antrag!) Inzwischen ist aber die Sache vollkommen verhandelt durch die Beschlüsse der Kommission hinsichtlich des Kinderprivilegs. (Sehr wahr! rechts.) Ich muß die Kommission gegen den Vorwurf, der in der Öffentlichkeit erhoben worden ist, in Schutz nehmen, als ob ihre Beschlüsse einen plutokratischen Charakter hätten. In der Tat erfahren die schwächsten Steuerzahler keine Mehrbelastung, sondern eine Entlastung um 200 000 Mark. 0,37 Proz. der Bevölkerung bringen von 26 Millionen 17 Millionen auf, d. h. fast zwei Drittel. (Hört, hört! rechts.) Die Frage, ob die Zuschläge auch für 1908 erhoben werden sollen, wie von konservativer Seite beantragt ist, ist nach meiner Erinnerung kein Teil des in der Kommission abgehandelten Kompromisses. Dieser hatte vielmehr zur Grundlage den Verzicht auf die Gesellschaftsteuer und die Anerkennung der Regierung, daß sie in absehbarer Frist den neuen Entwurf zur organischen Regelung der Einkommensteuer vorlegen wolle. Dringliche sachliche Gründe sprechen jedenfalls dafür, daß die Zuschläge auch für 1908 erhoben werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Sedlitz (freil.) erklärt sich mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden und betont die Notwendigkeit, im Reiche für die Nachschüsse einzutreten.

Abg. G. v. H. (fr. Sp.): Wir sind für das Kompromiß in der Kommission eingetreten, nachdem der Herr Finanzminister erklärt hatte, daß er sich gegenüber dem Herrenhaufe stark machen werde in der Verteidigung der weitergehenden Beschlüsse des Hauses zu den Beamtenbesoldungen. Durch den Antrag der Konservativen, die Zuschläge auch für 1908 zu erheben, ist das Kompromiß durchbrochen. Daher beantragen wir nunmehr in Konsequenz unseres Bestrebens, die schwächeren Schichten zu entlasten, die Einkommen von 1200—3000 Mark von den Zuschlägen frei zu lassen. Entschieden protestieren wir gegen den Antrag des Zentrums auf Einschlagung des ländlichen Besitzes nach dem Ertragswert. Das ist eine agrarische Extrawurst. Gegen diesen Antrag hat auch der Herr Finanzminister in der Kommission gesprochen. Die Erweiterung des Kinderprivilegs und das Falllassen des Gesellschaftsteuergesetzes begrüßen wir mit Freuden. Den Antrag, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung nur ebenso zu besteuern wie die physischen Personen, unterstützen wir. Eine Debatte bei dieser Gelegenheit über die Reichsfinanzreform dürfte ihrem Zustande kommen nicht sehr förderlich sein. Wir halten jedenfalls an der Nachschüsse fest. Der Vorstoß in der Steuerungsveranlagungskommission sollte nicht in den Händen der Ränder liegen. Diesen Standpunkt hat schon der frühere Finanzminister v. Miquel eingenommen. Der von den Sozialdemokraten beantragte neuen Fassung des § 23 des Einkommensteuergesetzes, wonach die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Angabe des Einkommens ihrer Arbeiter wegfällt, stimmen wir zu. Wir wollen nicht, daß die Arbeiter in einer Zeit, wo sie schon durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik und indirekte Steuern besonders schwer belastet werden, auch noch mit direkten Steuern schärfer herangezogen werden als andere. (Bravo! links.)

Es wurde abermals gelacht und abermals Ruhe geboten. „Wo sind die Beugen?“ begann der Gerichtsschreiber.

„Ach, so ist's recht!“ fiel Jock Damfins ein. „Ja, wo sind die Beugen?“ Ich möchte doch das Blätter haben, sie zu sehen!“ Sein Wunsch wurde augenblicklich erfüllt, denn es trat ein Polizist vor, der gesehen hatte, daß der Angeklagte einem Herrn das Taschentuch aus der Tasche gezogen, und da es ein sehr altes gewesen, nachdem er Gebrauch davon gemacht, wieder hineingesteckt hatte. Er hatte deshalb den Täter verhaftet und bei demselben eine silberne Schnupstabsdose mit dem Namen des Eigentümers auf dem Deckel gefunden. Der Eigentümer der Dose war gleichfalls gegenwärtig, bezeugte, daß die Dose die seine wäre und daß er sie vermisst hätte, sobald er sich Bahn aus dem Gedränge gemacht, in welchem (wie sich fand) der Angeklagte das fragliche Taschentuch entwendet und zurückgegeben. Er hatte auch bemerkt, daß sich ein junger Gentleman eiligst von ihm entfernte, und der junge Gentleman war eben der Baldowerer.

„Dast du eine Frage an den Beugen zu richten, Knabe?“ fragte der Friedensrichter.

„Ich mag mich nicht erniedrigen, mit ihm in Unterredung zu treten“, entgegnete Jock Damfins.

„Dast du überhaupt was zu sagen?“

„Dast du die Frage seiner Edlen nicht, ob du etwas zu sagen hättest?“ fiel der Schlichter, den stummen Baldowerer mit dem Ellenbogen anstoßend, ein.

„Mit'm Vergebung“, sagte Jock, zersprengt auslachend.

„Redeten Sie mich an?“

„Ihr Edlen“, bemerkte der Schlichter, „ich hab' mein Verbot noch keinen solchen jungen Erbsitzbuben gegeben. Willst du was sagen, Burck?“

„Nein“, entgegnete der Baldowerer, „hier nicht; dies ist nicht das rechte Ausmaß für die Gerechtigkeit, und außerdem fruchtlos mein Advokat heute morgen bei dem Vizepräsidenten des Hauses der Gemeinen. Jedoch werden wir, ich und er, und eine sehr reputierliche Bekanntschaft, anderwärts sprechen, und zwar so, daß die Richterperücken nicken werden, daß sie niemals geboren oder daß sie von ihren Bedienten aufgehängt sein möchten, statt mich hier heute morgen zu prozessieren. Ich will —“

„Er ist vollständig überführt; ins Gefängnis mit ihm —“

„man bringe ihn hinaus!“ rief der Gerichtsschreiber.

„Komme her, Burck“, sagte der Schlichter.

„Komme schon“, sagte der Baldowerer, seinen Hut mit der linken Hand glättend, und wandte sich darauf nach der Richterbank: „Es hilft Ihnen nichts, Gentlemen, und wenn Sie auch noch so bestürzt aussehen. Ich werde kein Erbarmen mit Ihnen haben, für keinen Heller nicht. Sie werden dafür büßen, und ich möchte um vieles nicht an Ihrer Stelle sein. Ich würde die Freiheit nicht annehmen, und wenn Sie mich auf den bloßen Knien darum anflehen. Vinnhaben, führt mich ab ins Gefängnis!“

Der Schlichter zog ihn beim Kragen heranz, Jock drohte, die Sache vors Parlament zu bringen, und schäelte darauf den Schlichter mit der behaarten Selbstzufriedenheit an.

Sobald ihn Jock hatte fortgeschoben, eilte er zu Master Bates zurück, der ihn in einem angemessenen Versteck erwartet hatte und sich zeigte, sobald er sich vergewissert, daß niemand seinem neuen Bekannten nachschlechte. Sie gingen leise und mit einander nach Hause, um Jock die erfreuliche Kunde zu bringen, daß sich der Baldowerer vollkommen ehrenhaft benommen und sich einen glänzenden Namen gemacht habe. (Fortf. folgt.)

Abg. Switala (Pol.): Wir stimmen gleichfalls für die Abänderung des § 23 und auch für die Freilassung der Einkommen von 1200—3000 Mark von den Zuschlägen. Die nachträgliche Erhebung der Zuschläge für das Jahr 1908 lehnen wir ab. Wir werden gegen diese Vorlage stimmen, weil sie eng verknüpft ist mit der Einkommenreform.

Abg. Dr. Bachmide (fr. Sp.): Für uns war die Beilegung der Gesellschaftsteuer ausschlaggebend für die Zustimmung zum Kompromiß. Die Erhebung der Zuschläge für 1908 lehnen wir als eine Durchbrechung des Kompromisses entschieden ab. Der Stempelsteuer gegenüber verhalten wir uns nicht absolut ablehnend. Eine Erörterung der Reichsfinanzreform in diesem Hause könnte nur zur Veräufelung der Gegenstände führen. Um eine Belastung des Besitzes in irgend einer Form werden Sie (nach rechts) jedenfalls nicht herumkommen, denn sie ist für uns eine Vorbedingung für die Mitarbeit an der Finanzreform.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Meine Freunde sind an dem Kompromiß nicht beteiligt und wir sind nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß gekommen, der Vorlage, wie sie aus der Kommission gekommen ist, unsere Zustimmung zu verweigern. Zwischen der Regierungsvorlage und den Kommissionsbeschlüssen ist ein großer Unterschied; die letzteren bedeuten eine wesentliche Verschlechterung. Die Regierung hatte eine organische Regelung des Einkommensteuergesetzes vorgelegt und wollte erst die Einkommen von 7000 Mark an höher besteuern. Die Kommission ist dazu übergegangen, bereits die Einkommen von 1200 Mark an zu besteuern. Im Gegensatz zum Redner der Rechten halten wir es für das einzig Gute an den Kommissionsbeschlüssen, daß der Anfang mit einer Quotisierung gemacht ist. Wir sind aus ganz anderen Gründen gegen die Zuschläge. Zunächst müssen wir bedenken, daß bei einer organischen Regelung der Einkommenbesteuerung auch die Möglichkeit gegeben wäre, die niederen Einkommen von 900—1200 Mark zu befreieren. Ich habe in der Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich sehe davon ab, ihn jetzt zu wiederholen, einmal, weil er doch aussichtslos ist, und dann, weil wir auch eine organische Regelung nicht vornehmen. Wir halten aber daran fest, daß bei einer solchen organischen Regelung die Belastung der Einkommen von 900 bis 1200 Mark aufhören muß. Diese geringen Einkommen müssen vollkommen steuerfrei bleiben. Ich habe in der Kommission darauf hingewiesen, wie sehr seit Erlaß des Einkommensteuergesetzes die Kaufkraft des Geldes sich verringert hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn derzeit ein Einkommen von 900 Mk. als Existenzminimum gelten konnte, so ist das heute nicht mehr der Fall. Wenn man sich nun mit Steuerzuschlägen begnügt, so ist das um so mehr ein Mißstand, als dadurch die Kommunen in eine sehr unangenehme Lage versetzt sind. Gätten wir entsprechend der Regierungsvorlage die Steuern für Einkommen von 7000 Mk. ab erhöht, so würden auch die Kommunen ganz von selbst dadurch eine erhebliche Mehreinnahme bekommen haben. Jetzt haben sie nicht nur keine Mehreinnahmen, sondern infolge der übrigen Beschlüsse, z. B. bei der Lehrerbesoldung, eine ganz erhebliche Mindereinnahme. Auch durch die Erhöhung der Beamtenbesoldung werden die Kommunen gezwungen werden, ihre Beamtengehälter ebenfalls zu erhöhen. Die Folge wird sein, daß die Kommunen namentlich da, wo sie bisher nur 100 Prozent Kommunalfteuerzuschlag erhoben, gezwungen sein werden, darüber hinauszuweichen; und weiter, daß ihr Selbstverwaltungsbudget noch mehr als bisher eingeschränkt werden wird. Diese Lebensstände hätte auch die Kommission berücksichtigen müssen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dazu kommt noch, daß die Kommunen nicht in der Lage sind, ihrerseits die Zuschläge progressiv zu gestalten. Wenn sie also infolge der neuen Gesetzgebung gezwungen sein werden, erhöhte Steuerzuschläge zu erheben, so sind sie genötigt, alle Einkommen, auch die unieren, gleichmäßig zu belasten. Bei einer organischen Regelung würde dieser Mißstand wegfallen. So erwacht aus den Beschlüssen der Kommission indirekt der ärmeren Bevölkerung eine ganz gewaltige Belastung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die Gesellschaftsteuer ist bekanntlich gefallen, und ich würde nicht auf sie eingehen, wenn nicht einige Blätter über das Verhalten des sozialdemokratischen Vertreters in der Kommission die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet hätten. Es war da so hingestellt, als ob zwischen der Sozialdemokratie und den Konservativen ein Kompromiß abgeschlossen sei, einige Blätter sprachen schon von einem neuen Vlod. (Heiterkeit.) Ich habe bereits in der ersten Lesung der Steuerreform erklärt, daß wir dem Gedanken der Gesellschaftsteuer an sich sympathisch gegenüberstehen, daß wir aber unsere Zustimmung davon abhängig machen würden, ob die Besteuerung der Konsumvereine aus dem Gesetz wegfällt. Das habe ich in der Kommission beantragt. Es wurde beschlossen, und infolgedessen habe ich, getreu meiner hier dargelegten Auffassung, für den grundlegenden Paragraphen des Gesetzes gestimmt. Das auch die Konservativen dafür gestimmt haben, ist nicht meine Schuld. Irrenden Vereinbarungen darüber liegen nicht vor. Die Aufregung in der Presse zeigt, daß die Herren einerseits den Verhandlungen im Hause nicht aufmerksam gefolgt sind, und andererseits die Grundidee des Sozialismus nicht ergreift haben. Denn die Gesellschaftsteuer liegt doch ganz in der Richtung dieser Idee. Besonders verwundert tut das „Berliner Tageblatt“. Sie sehen, daß ich mich einmal gegen das „Berliner Tageblatt“ ausspreche. (Heiterkeit) es meint: „Viel leicht erleben wir diese Allianz zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken in Preußen noch häufig.“ (Zuruf rechts.) Das wird ganz von den Herren der Rechten abhängen, wenn Sie (nach rechts) uns folgen wollen, wir haben nichts dagegen. (Heiterkeit.) Die „Freiinnige Zeitung“ schrieb: „Les extrêmes se touchent.“ Es ist nicht ohne Interesse, zu konstatieren, daß die extreme Linke bei der Erhebung des Steuerergesetzes in vieler Hinsicht mit der extremen Rechten übereinstimmt. Das ist kein Zufall. Auch hier wieder zeigt sich, welchen Gesichtspunkt die Sozialdemokratie befolgt.“ Nein, wir richten unsere Stellung zu der Steuerfrage lediglich nach unseren Grundsätzen ein. Wie recht wir mit unserem Eintreten für die Gesellschaftsteuer hatten, zeigt das Resultat der Kommissionsverhandlungen. Wäre die Gesellschaftsteuer Gesetz geworden, dann hätte sich die Kommission wohl nicht dazu entschlossen, mit den Zuschlägen bis auf 1200 Mark herunterzugehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Grundsätzlich haben sich jetzt auch die Freisinnigen zu der Anschauung emporgesungen, daß es eine schreiende Ungerechtigkeit ist, wenn man bereits auf Einkommen von 1200 Mk. Zuschläge legen würde. In der Kommission stimmten sie dafür. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nur der Vertreter der Polen und Sozialdemokraten war dagegen. Trotzdem wird jetzt in einigen Zentrumsblättern das Märchen verbreitet, der Vertreter der Sozialdemokratie habe in der Kommission für die Belastung der Einkommen von 1200 Mk. ab gestimmt. Diese Behauptung steht mit der Wahrheit im Widerspruch. Der Herr Finanzminister hat bereits ausgeführt, daß die Annahme unseres Antrages 7 1/2 Millionen Mark Kosten verursachen würde. Die Rechnung beweist ich nicht, aber es fragt sich, ob es denn gar nicht möglich sein wird, die 7 1/2 Millionen auf andere Weise auszubringen. Wir haben ja nicht die Verpflichtung, der Regierung Vorschläge zu machen, wie sie ihre Steuern aufbringt. Aber wir haben trotzdem ein Uebiges getan und in der Kommission einen Weg gezeigt, auf dem es möglich wäre, die Summe, ohne die Mindereinkommen und den Mittelstand zu belasten, aufzubringen. Ich habe in der Kommission eine Verdoppelung der Ergänzungsteuer beantragt. Der Antrag ist dort abgelehnt worden und wurde wohl auch hier dasselbe Schicksal erleben. Jedenfalls kann ich eine Erhöhung der Ergänzungsteuer nur empfehlen. Sie können ihr um so eher zustimmen, da sie ja nicht kommunalfteuerzuschlagspflichtig ist. Der Antrag der Freisinnigen, der sich darauf beschränkt, die Einkommen von 1200 bis 3000 Mk. zuschlagsfrei zu lassen, würde 8 1/2 Millionen Mehrkosten verursachen. Falls unter Antrag abgelehnt wird, werden wir dem natürlich zustimmen. Ich hoffe, daß die anderen Herren die Blockfreundschaft dann wenigstens so weit treiben, daß sie auch dafür stimmen. (Sehr gut! b. d. Soz.) In der Kommission wurde ja sogar beantragt, die Einkommen von 900—1200 Mark mit Zuschlägen zu belasten. (Hört, hört! bei den Soz.) Also Einkommen, die nach unserer Meinung nicht

einmal das Existenzminimum darstellen. Diese Anträge sind um so auffälliger, als ja in der ersten Lesung erklärt wurde, es sei eigentlich ungerecht, daß schon von 7000 Mk. Zuschläge erhoben würden. Herr Biemer sagte damals: „Wir glauben, daß auch bei einer Grenze von 7000 Mark solche Anträge des Mittelstandes in Betracht kommen, denen eine Steuererhöhung in diesem Augenblick außerordentlich schwer fallen würde, und für uns ist die Frage wohl erwägenswert, ob man nicht die Grenze hinaufsetzen sollte. Gegen eine Herabsetzung würden wir uns entschieden aussprechen.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Ausgesprochen haben sich die Herren allerdings entschieden dagegen, aber gestimmt haben sie trotzdem dafür. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch die Nationalliberalen äußerten sich damals ähnlich. Herr Dr. Friedberg sprach davon, daß die notwendige Schonung des Mittelstandes es gebiete, mit der Steuererhöhung erst über 7000 Mark zu beginnen. Ja, er sprach auch von einer Steuerfreiheit der Vermögen unter 1200 Mark. (Hört, hört! b. d. Soz.) Sie sehen also, wie schnell die Herren ihre Anschauung geändert haben, wie sie in der Kommission plötzlich umgefallen sind und die geringeren Einkommen mit Steuerzuschlägen befallen haben. Angesichts der ganzen Lage auf dem Wirtschaftsmarkt, angesichts der Tatsache, daß wir eine ungeheure Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, daß allein in Groß-Berlin weit über 100 000 Arbeitslose sind, angesichts der kolossalen Steigerung der Lebensmittelpreise, angesichts der gewaltigen Steigerung der Wohnungsmieten — namentlich in den Großstädten — ich sage, angesichts aller dieser Umstände ist es doch ein starkes Stück, nun noch mit den Steuerzuschlägen bis auf 1200 Mk. herabzugehen. Was Sie hier beschließen wollen, bedeutet wirklich nichts anderes als eine Besteuerung der Armen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun wendet man ja ein, daß die Steuerzuschläge ganz minimal sind. Genüß, ich gebe zu, daß sie absolut bei geringen Einkommen auch gering sind; wer 1200 Mk. Einkommen hat, hat bei einem Zuschlag von 5 Prozent ganze 60 Pf. zu zahlen. Aber sie vergessen, daß es einem Familienvater mit 1200 Mark Einkommen weit schwerer wird, die 60 Pf. mehr im Jahre zu zahlen, als etwa einem Rentiten mit 10 000 Mk. Einkommen, 30 Mk. zu zahlen. Dann dürfen Sie auch nicht außer acht lassen, daß es bei den 60 Pfennigen nicht bleiben wird, sondern daß infolge der ganzen Gesetzgebung auch erhebliche kommunalfteuerzuschläge hinzutreten werden. Dazu kommt ferner, daß gerade die kleinen Einkommen durch indirekte Steuern weit, weit mehr belastet sind als die großen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich will Sie hier nicht mit Zahlen aufhalten, sondern mit Muthat auf die vorgeschrittene Zeit von der weiteren Beweisführung absehen. Ich nehme an, daß niemand diese Tatsachen bestreitet. Nun sagt man, in Preußen bringen wenig Wohlhabende fast die ganzen Steuern auf. Nach den Angaben des Herrn Finanzministers, die ich als richtig annehme, würden 0,37 Prozent der Bevölkerung fast zwei Drittel des Mehrbedarfs aufbringen. Das sind die Leute mit mehr als 30 000 Mk. Einkommen. Aber ist das nicht die Pflicht der Leute mit einem so hohen Einkommen? Sie, die doch die größten Rechte im Staate genießen, haben doch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, auch höhere Lasten zu tragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn andererseits die Mehrzahl des Volkes eine geringere Summe aufbringt, so ist doch daran der Umstand schuld, daß die Armen und der Mittelstand heute bereits so reichlich mit Steuern und Abgaben befallen sind, daß es einfach unmöglich ist, noch mehr aus ihnen herauszupressen. Gerade der Umstand, daß heute wenige Reiche die meisten Steuern aufbringen, zeigt, wie gewaltig die Konzentration des Kapitals in Deutschland vor sich gegangen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun beruft man sich auf das Kinderprivileg. Es hat ja zunächst etwas Bestechendes, wenn man hört, daß den Rentiten von 900 bis 3000 Mk. durch das Kinderprivileg ein Gehalt von 0,3 Millionen gemacht werden soll. Der Herr Minister hätte aber uns näher angeben sollen, wie sich die Sache auf die einzelnen Steuerstufen verteilt. Im übrigen ist es klar, daß höchstens diejenigen Rentiten, die mit Kindern reich begünstet sind, einen Vorteil von dieser Änderung haben. Die Rentiten mit einem Kind haben sogar einen direkten Nachteil. Sie können in Zukunft nicht mehr wie bisher 50 Mk. abgeben. Nun sagt man, es handelt sich nur um Zuschläge auf 3 Jahre. Dabei zeigt sich aber gerade der Nachteil des Kompromisses. Denn es ist ganz klar, daß nach 3 Jahren die Regierung mit der Änderung des Tarifs bereits bei 1200 Mk. und nicht, wie es ihrer Vorlage entsprach, bei 7000 Mk. anfangen wird, denn sie wird erklären: Innerhalb der 3 Jahre haben sich die Steuerzahler von selber so sehr daran gewöhnt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist übrigens interessant, daß die Einkommen der „Deutsche Tageszeitung“ bebauert hat, daß die Einkommen von 1200 Mark an mit der Steuererhöhung belastet werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat auch gemerkt, daß die größeren Einkommen stärker zur Steuer herangezogen werden. Das ist ganz unsere Meinung. Auch in freisinnigen Kreisen hat sich eine lebhafteste Opposition gegen die Beschlüsse der Kommission bemerkbar gemacht. Führende Männer der freisinnigen Partei sind mit der Haltung ihrer Freunde in der Kommission nicht einverstanden. Ich erinnere nur an einen Artikel des Abgeordneten Mommsen in der „Liberalen Korrespondenz“. Heute haben ja nun die Freisinnigen einen Antrag gestellt, die Einkommen von 1200—3000 Mark von der Erhebung auszunehmen. Ich möchte nur wünschen, daß es den Freisinnigen gelingt, die übrigen Herren des Kompromisses für ihren Antrag zu gewinnen. Das Kinderprivileg darf auf keinen Fall eine Beeinträchtigung des Wahlrechts im Gefolge haben. Wenn einem Rentiten die Steuer infolge des Kinderprivilegs herabgesetzt wird, so darf diese Herabsetzung nicht bei der Wahl in Betracht kommen, weder hier bei der Wahl vor den Landtag, noch bei Kommunalwahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist auch die Meinung der Kommission bei Beratung des Kinderprivilegs gewesen. Das Wahlrecht der ärmeren Klassen ist heute schon gering genug, so daß es durch Steuererhöhung nicht noch geschmälert werden darf. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Durch die Auskunftsfrist der Arbeitgeber über die Einnahmen der Arbeiter wird den Arbeitgebern ein schwerer Nachteil angetan. Hier müssen wir auch für die Arbeiter das gleiche Recht verlangen, daß für alle anderen besteht. Die Arbeiter müssen auf diese Weise jede einzelne Uebertunde besteuern, während sonst Uebertunden nicht als ein Verdienst angesehen werden, der zu besteuern ist. Diese Verhinderung der Auskunftsfrist der Arbeitgeber halten wir für eine so wichtige aus prinzipiellen Gründen, im Interesse der Schaffung eines gleichen Rechtszustandes für alle, daß wir bei jeder Gelegenheit den Antrag auf Befreiung dieser Bestimmungen wieder aufnehmen werden. Mit den Konservativen stehen wir auf dem Standpunkte, daß es Pflicht der Mehrheit des Hauses ist, auch für eine Deduktion des Bedarfs für 1908 zu sorgen. Wenn Sie für 1908 Ausgaben machen, ist es nur logisch, wenn Sie als Mehrheitspartei nun auch die Schuldfolgerung daraus ziehen und sagen: dann müssen wir auch die Mittel aufbringen. Wir werden aber für den Antrag Hennig auf Erhebung der Steuerzuschläge auch für 1908 nicht stimmen. Denn Sie können nicht von uns verlangen, daß wir als Vertreter der Arbeiter einem Antrage zustimmen, der einen Zuschlag schon für die Einnahmen von 1200 Mk. vorsieht. Lassen Sie die Steuererhebung erst von 7000 Mk. eintreten, dann sind wir sehr gern bereit, für den Antrag zu stimmen. Gätten wir ein Wahlrecht, das der Bevölkerung die Möglichkeit gäbe, in der richtigen Weise an der Gesetzgebung mitzuwirken, dann könnten wir auch über Steuerbewilligungen reden. So aber wäre es von uns als über Vertreter der Arbeiterkräften Verrat an unseren Wählern, wenn wir auch nur einen Pfennig bewilligen wollten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So lange das Kaiserthum besteht, können wir der deutschen Regierung keine Steuern bewilligen. Wäre das allgemeine Wahlrecht eingeführt, könnten wir über die Bewilligung von Steuern reden. Vorläufig aber haben wir keine Veranlassung, der Regierung Steuern zu bewilligen. Wir sind deshalb nicht in der Lage, den Vorlagen zuzustimmen. (Leb. Beifall b. d. Soz.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung und Landwirtschaftsset.)

Schluss 6 Uhr.

Monumentpreis
für die besten und umgegend, so wie für sämtliche Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pf. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich 4,50 Mk. Behebelgeld.
Eingelnummer 10 Pf.

Ercheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 45.

Die heutige Nummer

Die russische Lode
österreichischer

Seit vier Tagen wird vor dem Reichstag verhandelt, die Lage zusammenhängend. Die Balkan und Buren — werden ganze russische Epizyklen beleuchtet. Angehängt ist der Tageblatt „Marzob“ (Wort) Balai veröffentlichte Epizyklen hatte sich auch die Studie Statthalterbeamten Dr. J. nachdem der Artikel im „Borowka der Wodspiele“ im beschuldigte, hatten die Studienkontrolliert und, als sie trotz selbst den Reich der Vorleser Universität hatte ihr angefallen müßte, ehe sie wieder die brachte sie die Klage ein, über scheiden hat.

Den Beweis dafür, daß der Polzei stand, führt Hader der Gehilfe des Chefs der W. Balai gab vor Gericht an, ein son gerufen worden und ab gegeben, die mit der Klagen Peterson erschienen und ba monatlich ihn ständig über die Sozialistische Partei zu info Beziehungen ihm die Revoluti Baffen und mit illegalen D. Ausland reifen. Tatsächlich auf diese Art nach Wladimir Balais hatte sie schon im Vor das jemand mit ihrem Balai Diente der Polizei getreten wendung Balai in Paris von dem Peterson gefügt habe, b ihrem Manne vernachlässigt. Tatsächlich hat die Vorleser Mann auch vor anderen bei bei Gericht ausgetragen, und eines Professors zur Ohnmal mal erzählt, die Vorleser, bei einem Besuch eine förm an ihrem Verstande zweifeln, machen, hatte Balai aus ein des Schwurgerichts sah, jof

Dem gegenüber suchte der würdige Balais zu betreit von revolutionärer Seite rakter erklärt wurde. In die Kläre Nem, weil aus Balais in schlechtem Licht b hüllungen nur mit größ mühen. Dieser Gegenbew Balai geht aus diesem Bros heroor, sondern es wurde au leit auch bezüglich des klein trat Buzzew als Kronzeug dar, daß die Behauptung, leht an ihn verlaßt, falsch

Gefühle Petersons ein Ein hat, während er von ihm i Frank erhalten habe. Bal „einem Austritt von der „Ohrana“ nach Sebastopol abgelehnt. Er wurde, als wurde, nach Sibirien gesch floh. Ueber die Entlarvun richt, Balai sei im Jahre 190 zu ihm gekommen, um reu revolutionäre Bewegung u rehung habe ihm Balai gest lutionären Bewegung i Reich es“, den er nie gele Dienste leiste. Durch eine habe Balai zunächst selbst Namen Winogradow oder u und es sei ihm dann auch g zukaufen. Balai habe ein nis und es wurde ihm, so o den, auch noch nicht in ein

Ein geradezu klassischer lais ist der Rechtsanwalt von 1904—1907 Advokat in solen. Prozesse vor dem treten war. Aus seiner inf führt: Er erzählt zunächst gerichtet. Der Beschuldigt richter verhört, und ihm, i nis, abgelegt, durch die T Dann wurde er zur „O dieses erprete Geständnis erklärt, daß er beim Krieg Balai über dieses von ihm wurde Balai habe sich i unterchieden, indem er n möglich ist bei den Feldge abgelommen, da der Gener gab: „Man braucht keine i schon vorher auf den Affen zeuge, oft, nachzuweisen. war. Der Zeuge fährt da der Epone genau durch wiedergefunden, die ich hatte.“ Ich hatte Gelegen